

Programm

für das Land Bremen



2/201/16-2 Bremen
24.6.87

Programm

für das Land Bremen

Beschluß des außerordentlichen Parteitages des
CDU-Landesverbandes Bremen vom 24. Juni 1987.

	Seite
Präambel	3
Mehr Arbeitsplätze durch bessere Wirtschafts- und Finanzpolitik	11
Mehr Schutz für unsere Umwelt	42
Wir gestalten eine menschliche Gesellschaft	56
Bessere Bildung und Ausbildung für unsere Jugend	74
Mehr Sicherheit für unsere Bürger	90
 Einzelthemen	
AIDS	95
Ausländerpolitik	97
Beiräte	99
Beratungsgesetz zu § 218 StGB	101
"C" in der CDU	102
Energie	104
Entwicklungspolitik	106
Friedenspolitik	108
Gentechnologie und Reproduktionsbiologie	110
Jugendarbeitslosigkeit	112
Kindergärten	114
Kirche und Politik	115
Medien	116
Neue Heimat	118
Öffentlicher Dienst	120
Privatschulen	122
Qualifizierungsoffensive	123
Sport	124
Strafvollzug	126
Suchtgefahren	128
Tierschutz	131
Vertriebene, Flüchtlinge, Aussiedler	132

P R Ä M B E L

Bremen hat eine stolze Tradition und Geschichte. Bremerhaven ist eine junge Stadt auf traditionsreichem Boden. Beide Städte bilden das kleinste Bundesland: Die Freie Hansestadt Bremen.

Bremen weist erhebliche landschaftliche, städtebauliche, aber auch verkehrliche und wirtschaftliche Standortvorteile auf. Sie gilt es zu aktivieren, um unser Land für seine Bürger und Zuwanderer anziehend zu machen.

Doch heute ist der gute Ruf schwer angeschlagen. Die überlange Machtausübung durch ein und dieselbe Partei hat dazu geführt, daß unsere beiden Städte in höchste finanzielle Not gebracht worden sind. Das Land muß heute um seine Existenz ringen.

Die Folge jahrzehntelanger SPD-Herrschaft sind politische Fehlentwicklungen und sich ablösende Skandale. Eins kam zum andern:

Eine nicht finanzierbare Ausweitung des öffentlichen Dienstes führte zusammen mit Fehlentscheidungen in der Wirtschafts- und Bildungspolitik zu einer unverantwortlich hohen Staatsverschuldung.

Die Bremer SPD hat in einer sich schnell wandelnden Welt die Zeit verschlafen. Anstatt aktive Strukturpolitik zu betreiben, behinderte sie moderne Technik und Forschung.

Eine totale Verfilzung zwischen SPD, DGB und Staat hat dazu geführt, daß immer mehr Funktionäre unsere Städte als ihr Eigentum betrachten. Sozialdemokraten sprechen stets von "unser Bremen" und nehmen ganz selbstverständlich das Rathaus auf ihre Wahlplakate, als wenn sie gar nicht mehr gewählt werden müßten - Die SPD als Staatspartei.

Führende SPD-Politiker verunsichern bis heute die Polizei, während in Bremen die Kriminalität steigt und immer weniger Verbrechen aufgeklärt werden.

Skandale bei Rekrutenvereidigungen und bei Marinebesuchen unserer Verbündeten, das sogenannte Denkmal für den unbekanntes Deserteur - dies alles zielt gegen die Bundeswehr und die in Bremen beheimatete Wehrtechnik mit ihren zehntausend Arbeitsplätzen. Die hemmungslosen Beschimpfungen und Verleumdungen des Bundeskanzlers und der Bundesregierung durch die SPD sind nur das vorläufig letzte Glied einer verhängnisvollen Kette von Fehlleistungen und der verzweifelte Versuch, von eigenem Versagen immer wieder abzulenken.

Wir leugnen nicht, daß sich mit der SPD auch große Aufbauleistungen nach dem Kriege in unseren beiden Städten verbinden. Aber der wirtschaftliche und finanzielle Niedergang des Zwei-Städte-Staates und das Verspielen seines guten Rufes sind ebenfalls untrennbar mit der SPD verbunden.

Bremen und Bremerhaven brauchen einen politischen Neubeginn. Dazu ist die SPD nicht in der Lage. Die Verursacher der Krise haben aus ihren Fehlern nichts gelernt. Daher können sie nicht die Retter aus dieser Krise sein.

Während ihrer jahrzehntelangen Machtausübung ist die Bremer SPD selbstgefällig geworden. Eigenes Versagen und eigenes Verschulden an den politischen Zuständen in Bremen und Bremerhaven einzugestehen, kommt ihr nicht in den Sinn. Die SPD löst Probleme nicht selbst, sondern ruft um Hilfe. Seit über vierzig Jahren genießt sie gern die Vorteile einer Regierungspartei. Die Verantwortung für die Ergebnisse ihrer über vierzigjährigen Herrschaft weist sie jedoch weit von sich.

Die Genossen haben sich im Laufe der Jahrzehnte saniert. Das Land ist dabei in Not geraten. Es trägt schwer an der Bürde, die die Genossen-Wirtschaft hinterlassen hat.

In dieser Situation steht die Bremer CDU zu einem politischen Neubeginn bereit. Wir fordern eine gründliche Neubesinnung für Bremen und Bremerhaven. Politisches Handeln muß auf festen Grundsätzen beruhen und bestimmten Werten verpflichtet sein. Maßstab unseres politischen Handelns sind die Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit.

Wir wollen eine freie Gesellschaft, in der sich jeder frei entwickeln und entscheiden kann, soweit es das Recht des Nächsten und das Gemeinwohl erlauben.

Wir wollen eine solidarische Gesellschaft - Solidarität zwischen den Generationen, zwischen den sozialen Gruppen, zwischen Hilfsbedürftigen und Hilfeleistenden, zwischen Starken und Schwachen.

Wir wollen eine gerechte Gesellschaft, in der niemand benachteiligt wird und Chancen und Güter möglichst gerecht verteilt werden.

Die Herstellung eines hohen Beschäftigungsstandes und der Abbau der Arbeitslosigkeit sind für die CDU die vorrangigen Aufgaben. Für die Wirtschaftspolitik fordern wir eine Rückbesinnung auf die Grundsätze der sozialen Marktwirtschaft, die unser Land nach dem Krieg groß gemacht hat.

Wir wollen, daß sich die Wirtschaft in Bremen und Bremerhaven wieder auf die Politik verlassen kann. Wir wollen den Mittelstand stärken, denn dieser ist die wesentlichste Stütze unserer Wirtschaft. Wir wollen den zunehmenden Einfluß des Staates auf alle Lebensbereiche zurückdrängen. Kurzum: Wir wollen das politische Klima in Bremen verändern, damit die Wirtschaft wieder floriieren kann und wieder mehr Menschen Arbeit finden. Arbeit zu haben, ist mehr als Broterwerb. Arbeit gibt dem Leben der Menschen Sinn und steigert ihr Selbstwertgefühl.

Wir wollen im Umweltschutz neue Wege beschreiten. Die politische Verantwortung gegenüber der heutigen und den kommenden Generationen gebietet es, die natürlichen Lebensgrundlagen vor nachhaltigen Störungen und Schäden zu bewahren. In unseren Augen müssen Ökologie und Ökonomie keine Gegensätze sein. Wie in der Wirtschaft, so wollen wir auch im Umweltschutz mehr Marktwirtschaft.

Wir gestalten eine menschliche Gesellschaft. Dabei rücken wir die Familie in den Mittelpunkt. Rücksichtnahme, Verantwortungsbereitschaft und Toleranz können am ehesten in der Familie eingeübt werden, um dann auch in den Lebensbereichen außerhalb der Familie gelebt zu werden.

Wir wollen mehr Chancen für die Frauen und lehnen eine Politik ab, die Frauen auf bestimmte Rollen festlegt. Wir wollen, daß Familienarbeit in ihrem Wert ebenso anerkannt wird wie Erwerbsarbeit.

Wir wissen, daß wir auf die Erfahrung und die Kenntnisse der älteren Generation angewiesen sind, und wir wollen, daß unsere älteren Mitbürger ein selbständiges, eigenverantwortliches und sinnerfülltes Leben führen können.

Mit unserer Jugendpolitik wollen wir den Jugendlichen Hilfen und Anregungen geben, damit sie ihre Identität finden, ihre Persönlichkeit entwickeln und sich in der Gesellschaft engagieren.

Vorbeugen ist besser als heilen. Darum stellen wir die präventive Medizin mehr in den Vordergrund und betonen, daß diese auf die Mitwirkung der Menschen angewiesen ist.

Wir wollen, daß auch Behinderte eine qualifizierte Bildung, berufliche Aus- und Weiterbildung, unter Berücksichtigung von Neigung und Leistungsfähigkeit erhalten.

Wir wollen eine bessere Bildung und Ausbildung für unsere Jugend. Dabei gehen wir davon aus, daß die Schule für unsere Schüler da ist, und daß sie Begabungen erschließen und Leistungsbereitschaft wecken muß. Stufenschule und Gesamtschule als Regelschule lehnen wir ab. Wir wollen das in Hauptschule, Realschule und Gymnasium gegliederte Schulsystem.

Die bewährte Zusammenarbeit von Betrieb und Berufsschule als duales System bleibt für uns unverzichtbar.

Wir wollen leistungsfähige Hochschulen im Lande Bremen und besonders die Leistungsfähigkeit der Bremer Universität verbessern. Zwischen Wissenschafts- und Beschäftigungssystem in Bremen muß sich auch im universitären Bereich eine bessere Zusammenarbeit entwickeln.

Wir wollen ein umfassendes Kulturangebot für die Menschen in Bremen und Bremerhaven. Das Engagement des einzelnen Bürgers und privater Initiativen und Träger, von denen viele eine lange Tradition haben und auf

ein segensreiches Wirken zurückblicken können, muß durch staatliche Kulturförderung verstärkt werden. Nur so kann sich eine künstlerische und kulturelle Vielfalt entwickeln und halten.

Wir wollen schließlich mehr Sicherheit für unsere Bürger und das Rechtsbewußtsein stärken. Ohne Sicherheit und Ordnung gibt es keinen inneren Frieden und keine soziale Gerechtigkeit. Dabei bleibt die Durchsetzung des Rechts dem Staat und seinen demokratisch legitimierten Organen vorbehalten.

Die zerrütteten Finanzen Bremens wieder zu ordnen und auf eine verantwortbare Grundlage zu stellen, ist nicht nur die schwierigste, sondern mit Sicherheit auch die langwierigste Aufgabe zukünftiger bremischer Politik. Diese Aufgabe verlangt neben einer veränderten Haushalts- und Finanzpolitik eine grundlegende Veränderung der Gesamtpolitik in Bremen.

Durch Sparmaßnahmen allein lassen sich die immer häufiger aufreißenden Finanzlöcher nicht mehr schließen. Bremen muß es vielmehr gelingen, seine Wirtschaftskraft wesentlich zu stärken und damit seine Steuerkraft deutlich zu erhöhen.

Wir wollen die Allein- und Dauerherrschaft der Bremer SPD beenden. Demokratische Veränderungen in Bremen und Bremerhaven sind überfällig. 40 Jahre SPD-Herrschaft sind genug!

Wir wollen die Weichen für Bremen und Bremerhaven neu stellen. Das vorliegende Programm für die Jahre 1987 bis 1991 zeigt neue Wege auf, auf denen die alten ausgetretenen Trampelpfade sozialdemokratischer Politik verlassen werden sollen.

Wir kämpfen für eine demokratische Chance, schwere politische Fehlentwicklungen zu korrigieren. Wir kämpfen gegen den allmächtigen SPD-Staat. Wir kämpfen gegen Politisierung und Ideologisierung aller Lebensbereiche.

Wir wollen die verfilzten Strukturen aufbrechen. Wir wollen mehr praktische Vernunft für die Freie Hansestadt Bremen - zum Wohle aller Bürgerinnen und Bürger.

Die wirtschaftliche und finanzielle Situation Bremens und Bremerhavens ist unter jahrzehntelanger SPD-Herrschaft immer schlechter geworden. 1975 hatte das Land im Jahresdurchschnitt 12.800 Arbeitslose. Bis 1986 ist diese Zahl auf über 40.000 Arbeitslose hochgeschneit oder anders ausgedrückt: Die Arbeitslosenquote entwickelte sich von 4,4 % auf über 15 %. Aus einem blühenden, überdurchschnittlich reichen Bundesland ist das Schlußlicht geworden. Heute ist die Arbeitslosigkeit im Lande Bremen um ca. 80 % höher als im Bundesdurchschnitt.

Gründliche Neubesinnung für Bremen und Bremerhaven auf die Grundsätze der sozialen Marktwirtschaft.

Mehr Arbeitsplätze durch bessere Wirtschafts- und Finanzpolitik

Arbeit zu haben ist mehr als Broterwerb! Arbeit gibt dem Leben der Menschen Sinn und steigert ihr Selbstwertgefühl.

Die Masse der Arbeitsplätze wird von der privaten Wirtschaft zur Verfügung gestellt. Der Staat kann nicht beliebig viele Arbeitsplätze schaffen. Der Staat hat vielmehr in erster Linie die Aufgabe, privates wirtschaftliches Handeln zu erleichtern und nicht zu behindern.

Erschweren kann der Staat das Wirtschaften durch zu viele Gesetze, zu viele Verordnungen, zuviel Dirigismus, durch eine zu große und schwerfällige Bürokratie, mit anderen Worten: dadurch, daß er zu viele Aufgaben an sich zieht und daß er zu vielen Menschen in ihr privates Leben und Arbeiten hineinredet.

Die CDU ist die Partei der sozialen Marktwirtschaft. Im Gegensatz zu anderen erwartet sie nicht alles Heil dieser Welt vom Staat.

Wir fordern eine gründliche Neubesinnung für Bremen und Bremerhaven - die Neubesinnung auf die Grundsätze der sozialen Marktwirtschaft, die unser Land nach dem Kriege großgemacht hat. In einer marktwirtschaftlichen Ordnung lösen sich die vielfältigen

Interessenkonflikte des wirtschaftlichen Alltags schneller und harmonischer als durch kollektive oder bürokratische Lenkung. Individuelle Entscheidungsfreiheit und Verantwortlichkeit, Tarifautonomie, privates Eigentum, ein funktionsfähiger Wettbewerb und freie Preisbildung zur Steuerung von Angebot und Nachfrage - das sind die bestimmenden Elemente dieser erfolgreichen Politik Ludwigs Erhards.

Die Politik hat die Aufgabe, durch Gesetzgebung und politische Entscheidungen, auf die man sich verlassen kann, das Vertrauen privater Investoren zu stärken, ihnen das Rechnen und das Investieren zu ermöglichen, kurz, durch vertrauensbildende Maßnahmen Unternehmer zum Handeln zu ermutigen. Erst, wenn sich die Wirtschaft in Bremen und Bremerhaven wieder auf die Politik verlassen kann, kann es wirtschaftlich mit unseren beiden Städten wieder bergauf gehen.

Unsere marktwirtschaftliche Politik will dabei helfen, bestehende Arbeitsplätze, deren Leistung nachgefragt wird, dauerhaft zu sichern und darüber hinaus neue Dauerarbeitsplätze zu schaffen.

Marktwirtschaft bedeutet allerdings nicht, daß der Staat oder die Politik die Hände in den Schoß legen können. Eine auf die Förderung von Wirtschaftswachstum ausgerichtete bremische Wirtschafts- und Finanzpolitik ist Grundvoraussetzung für mehr Arbeits- und Ausbildungsplätze. Andere Rahmenbedingungen müssen hinzukommen, wenn in den nächsten Jahren die Vollbeschäftigung wiederhergestellt werden soll. So müssen die

Die Wirtschaft muß sich auf die Politik verlassen können.

Die Bremer SPD marschiert immer noch in die falsche Richtung. In ihrem Bremen-Plan 1987 schlägt sie erstmals einen Strukturbeirat vor, der sich zu je einem Drittel aus Gewerkschaftern, Arbeitgebern und der Bürokratie zusammensetzen soll. Dabei soll auch geprüft werden, ob eine Ausdehnung des öffentlichen Sektors, z.B. durch Gründung öffentlicher Unternehmen oder durch Ausweitung staatlicher Beteiligung an privaten Unternehmen zum Erreichen der strukturellen Ziele beitragen kann.

Arbeitsbedingungen flexibler gestaltet werden, aber auch Arbeitszeitverkürzungen können ein taugliches Mittel sein, neue Arbeitsplätze zu schaffen. Dabei kann jedoch keine Form der Arbeitszeitverkürzung für sich allein eine ausreichende Entlastung des Arbeitsmarktes bewirken. Arbeitszeitverkürzungen müßten deshalb auf die Organisations- und Produktionsstrukturen in den unterschiedlichen Branchen und bei unterschiedlichen Betriebsgruppen Rücksicht nehmen, wenn sie dem Abbau der Arbeitslosigkeit dienen sollen.

Die Entscheidung über arbeitszeitverkürzende Maßnahmen obliegt den Tarifparteien. Dem Staat fällt die Aufgabe zu, den Vertragsparteien hierzu die notwendigen Gestaltungsrahmen zu schaffen und Anreize zu geben.

Die wirtschaftliche Attraktivität unseres Zwei-Städte-Staates wird jedoch nicht nur durch Wirtschaftspolitik im engeren Sinne, sondern auch durch das allgemeine Klima, welches durch politische Verhaltensweisen und Entscheidungen erzeugt wird, beeinflußt. Ein schlechtes Schulsystem schadet der Attraktivität eines Standortes ebenso, wie zu hohe Energiekosten oder zu hohe Gewerbesteuern. Insofern versteht sich unser gesamtes Programm als ein Programm zur Förderung der Attraktivität der Städte Bremen und Bremerhaven.

Nicht alle wirtschaftlichen Probleme, die es in unserem Bundesland oder dem Unterweserraum gibt, können aus eigener Kraft gelöst werden. Aber das, was wir selbst an-

dern können, wollen wir machen und nur für den anderen Teil auch fremde Hilfe in Anspruch nehmen.

Wir wollen den Mittelstand stärken.

Die Vergangenheit hat gezeigt, daß Bremen sich nicht einseitig auf die Stärke einzelner Unternehmen verlassen darf. Nur eine Vielzahl kleinerer, gesunder Unternehmen kann unserem Land die notwendige wirtschaftliche Stabilität geben. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der vergangenen Jahre haben gezeigt, daß mittelständische Unternehmen risikobereiter, beweglicher und weniger krisenanfällig sind als Großunternehmen.

Deshalb ist die Mittelstandspolitik ein Kernstück unserer wirtschaftspolitischen Konzeption zur Erhaltung und Stärkung der Wirtschaftskraft und letztlich der Selbständigkeit unseres Landes.

Der Mittelstand ist die wesentlichste Stütze der Bremer Wirtschaft. Er stellt 65 % aller Arbeitsplätze und 85 % aller Ausbildungsplätze zur Verfügung.

Es kommt immer wieder vor, daß Betriebe aufgrund veränderter Verkehrs- und Siedlungsstrukturen oder notwendiger Erweiterung neue Betriebsgrundstücke benötigen.

Vor ein solches Problem gestellt, haben in der Vergangenheit viele Betriebe das Land Bremen verlassen, weil unsere beiden Städte ihnen keine geeigneten Grundstücke zur Verfügung gestellt haben.

Die Wirtschaftspolitik des SPD-Senats hat sich zu oft darauf beschränkt, Großunternehmen bei Existenzkrisen zu helfen.

Wir werden den Betrieben, die im Lande Bremen bleiben möchten, bei der Umsiedlung so helfen, daß sie auch im Lande Bremen bleiben können.

Wir wollen, daß die "Kleinen" nicht vergessen werden!

Wenn der Staat Aufträge an Unternehmen vergibt, muß auch die mittelständische Wirtschaft berücksichtigt werden.

Existenzgründungen und Investitionen gerade auch im high-tech-Bereich oder im Zusammenhang mit Forschung und Entwicklung sind in der Regel mit finanziellen Risiken verbunden.

Wer etwas Neues wagt, kann sich nicht stets von vornherein des Erfolges sicher sein. Gerade weil Bremen in diesen genannten Bereichen Nachholbedarf hat, wollen wir, daß das Land sich an der Bereitstellung von Wagniskapital zunächst beteiligt. In diesem Zusammenhang ist ein verstärktes Engagement der Kreditinstitute erwünscht.

Wir wollen ein Landesdarlehens- und Zuschußprogramm für den Mittelstand auflegen und ein landeseigenes Programm zur Förderung und Gründung und zum Ausbau von Existenzen ins Leben rufen. Gerade auch das Handwerk ist auf eine solche Förderung angewiesen. Wir wollen eine spezielle Mittelstandsberatung und ein Institut für Mittelstandsforschung einrichten, das die Probleme mittelständischer Unternehmen analysiert und Lösungsmöglichkeiten anbietet.

Die Steuerreform der Bundesregierung, die eine Steuerentlastung von 44,4 Milliarden Mark bringt, kommt neben den kleinen und mittleren Einkommensbezieheren besonders dem Mittelstand zugute, weil die überproportionale Belastung des Mittelstandes durch einen linear ansteigenden Steuertarif ab dem 01.01.1990 beseitigt wird.

Bei der Wirtschaftsförderungsgesellschaft muß eine zentrale Technologie-Transferstelle eingerichtet werden, die vorrangig kleine und mittlere Unternehmen betreut und berät und ihnen bei der Umsetzung von Ideen in den Produktionsprozeß hilft. Direkt anschließen muß sich dann die Förderung von

neuen Produkten und neuen Verfahren in diesen Betrieben. Dabei muß die Entwicklung und Umsetzung umweltfreundlicher Produkte und Produktionsverfahren einen besonderen Schwerpunkt bilden.

Bremen läßt immer noch Chancen aus, sich auf Messen darzustellen, so zum Beispiel als Software-Standort der Computertechniken auf der CeBIT-Messe in Hannover.

Auch kleine und mittlere Betriebe müssen die Chance haben, sich auf Messen darzustellen. Durch Zuschüsse kann man ihnen das erleichtern. Soweit sie nicht in der Lage sind, Messestände allein zu betreiben, muß ihnen die Möglichkeit gegeben werden, sich an Länderpräsentationen zu beteiligen (Bre-mischer Messepavillon).

Nicht Bonn, sondern Bremen bestimmt die Höhe der Gewerbesteuer. Die Höhe der Gewerbesteuer hat dazu geführt, daß viele Betriebe ins Umland abgewandert sind und Ansiedlungen in Bremen erschwert werden. Wir wollen die Gewerbesteuer in der Stadt Bremen zunächst um 30 Punkte senken. Diese Maßnahme soll dazu beitragen, daß die Ansiedlungen von Unternehmen in Bremen zunehmen werden. Das hilft der Wirtschafts- und Strukturkraft Bremens.

Bremerhaven ist auf zusätzliche Betriebe noch stärker angewiesen als Bremen. Daher muß die Gewerbesteuer in der Seestadt um mindestens 75 Punkte gesenkt werden.

Wenn Bremen will, daß Unternehmen in seinen Mauern bleiben und neue hinzukommen, muß es in ausreichendem Maße verfügbare Gewerbeflächen anbieten können. Darum muß es Flächen vorhalten.

Bremen steht im Wettbewerb mit seinem Umland. Bremens Gewerbesteuer ist mit 420 Punkten zu hoch. Im Vergleich dazu: Syke 300 Punkte, Oyten 260, Schwanewede 290, Delmenhorst 345, Ritterhude 300 Punkte.

Die SPD und der Senat haben gegen unseren Willen auf die Gewerbefläche Niedervieland III verzichtet. Sie haben damit mittelfristig die Chancen für neue Arbeitsplätze verspielt.

Der von der SPD-Mehrheit in der Bürgerschaft beschlossene Flächennutzungsplan enthält schwere Fehler zum Nachteil Bremens. Er genügt nicht den heutigen Anforderungen an eine moderne Stadtentwicklung. Insbesondere die Verdrängung kleiner und mittlerer Betriebe aus Mischgebieten, die künftig Wohngebiete werden sollen, vernichtet häufig ihre Existenz und damit Arbeitsplätze oder sie vertreibt sie ins niedersächsische Umland. Das gilt umso mehr, als der Flächennutzungsplan nicht genügend Gewerbeflächen enthält. Darüber hinaus gibt es zuwenig Vorrat an erschlossenen Gewerbeflächen.

Investitionshemmnisse beseitigen

Wir werden dafür sorgen, daß Bremen ansiedlungswilligen Unternehmen stets hinreichende Gewerbeflächen zur Verfügung stellen kann. Das schließt nicht aus, daß erhebliche Flächen für die Erholung und den Landschaftsschutz erhalten bleiben.

Wir wollen insbesondere in gewachsenen Strukturen ein Nebeneinander von Wohnen und Arbeiten ermöglichen. Dieses ist durch die Ausweisung von Mischgebieten erreichbar, die den bestehenden Betrieben Zukunftschancen offenhalten. Darüber hinaus müssen genügend Wohnbauflächen für den Wohnungsneubau und Gewerbeflächen, auch in wohnortnahen Gebieten, angeboten werden. Wenn Infrastrukturmaßnahmen frühzeitig ergriffen werden, können unzumutbare Belastungen vermieden werden.

Wir wollen den Flächennutzungsplan in diesem Sinne so schnell wie möglich ändern. Entscheidungen von Politik und Verwaltung erschweren zu oft Investitionen, vor allen Dingen, wenn diese Entscheidungen kurzfristig, sozusagen über Nacht, gefällt werden. Wir wollen die politischen Rahmenbedingungen für Investitionen entscheidend verbessern. Wir wollen Gesetze und Verordnungen vereinfachen und drastisch reduzieren, und wir wollen, daß die Verwaltung die bestehenden Gesetze und Verordnungen unbürokratisch anwendet.

Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) sind für Langzeitarbeitslose die einzige Möglichkeit einer zielgerichteten, nützlichen Erwerbstätigkeit. Bei mehr als 5.500 ABM-Plätzen

im Lande Bremen fällt es jedoch zunehmend schwerer, entsprechend dem Arbeitsförderungsgesetz (AFG) Aufgaben zu finden, die ohne ABM nicht oder erst zu einem späteren Zeitpunkt durchgeführt werden können. Gerade die Praxis in Bremen gibt zu der Vermutung Anlaß, daß Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zunehmend zur Erfüllung von Regelaufgaben des öffentlichen Dienstes eingesetzt werden. Damit wird ein Stellenabbau im öffentlichen Dienst vielfach erst ermöglicht, und in der privaten Wirtschaft werden Arbeitsplätze gefährdet. Wir werden daher einer weiteren Ausweitung von ABM nur noch in solchen Bereichen zustimmen, in denen ein Mißbrauch ausgeschlossen ist.

Wir wollen mehr Ehrlichkeit auf dem Arbeitsmarkt. Illegale Beschäftigung ist sozialschädlich, vernichtet legale Arbeitsplätze und verhindert die Schaffung neuer Beschäftigungsmöglichkeiten. Illegalen Arbeitnehmer-Verleihern muß das Handwerk gelegt werden. Gleichzeitig muß der Staat darauf achten, daß er nicht durch eine zu sehr belastende Steuer- und Abgabenpolitik die Illegalität fördert.

Wo die Wirtschaft florieren soll, muß das politische Klima stimmen. Wirtschaft ist zu 50 Prozent Psychologie.

Wer für private Unternehmen attraktiv sein möchte, darf nicht gleichzeitig die Vergesellschaftung bestimmter Industrien fordern. Wer wehrtechnische Aufträge für seine heimische Industrie haben möchte, darf nicht gleichzeitig die Bundeswehr und ihren Verteidigungsauftrag diffamieren. Die CDU

Schwarzarbeit verstößt gegen geltendes Recht und belastet sowohl den Arbeitsmarkt als auch die öffentlichen Haushalte schwer.

Die Bremer SPD hat auf ihrem Parteitag vom 27. Juni 1986 die "Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien" gefordert. Der Bremer Senat duldet das Denkmal für den unbekanntesten Deserteur.

bekannt sich zur Bundeswehr, zu ihrem Auftrag und zu ihrer erforderlichen Ausrüstung und Ausstattung. Daher unterstützt sie auch Wehrtechnik in Bremen.

Die erforderlichen öffentlichen Investitionen dürfen nicht nach dem Gießkannenprinzip, sondern müssen dort vorgenommen werden, wo sie private Investitionen nach sich ziehen und langfristig neue Arbeitsplätze schaffen. Da in Bremen nur begrenzte Ressourcen zur Verfügung stehen, ist es unvermeidlich, dort Schwerpunkte zu setzen, wo Bremen bereits Potentiale besitzt. Das sind die Schwerpunktbereiche Meerestechnik, Produktionstechnik, Raumfahrt, Umweltechnik, Seehafentechnologie und Transporttechnik. Diese Bereiche müssen ergänzt werden durch Wissenschaft und Forschung, vor allem auch Mittelstandsforschung.

So wollen wir das Ziel erreichen, daß Bremen und Bremerhaven endlich auch zu bedeutsamen Standorten der Hochtechnologie werden. Dies ist zugleich eine der wichtigsten Voraussetzungen dafür, daß neue Unternehmen entstehen.

In diesem Zusammenhang muß die Bremer Universität künftig eine wichtige Rolle spielen. Sie muß dazu beitragen, Bremen als Standort von Forschungs- und Entwicklungsschwerpunkten interessant zu machen.

Wir wollen die Bremer Universität stärker und schneller als bisher umstrukturieren. Noch mehr Gewicht muß auf die Schwerpunkte im naturwissenschaftlich-technischen Bereich gelegt werden.

Wenn es nach der SPD geht, versäumt Bremen es, das Zentrum der Raumfahrt zu werden. Niemand in der Bundesrepublik Deutschland hat größere Chancen als Bremen, weil das Raumfahrtunternehmen ERNO hier seinen Hauptsitz hat. Der geplante "Raumfahrtlehrstuhl" an der Universität ist jedoch mit zwei Professorenstellen gegenüber anderen Universitäten wie Stuttgart mit etwa 10 Hochschullehrern oder dem Fahrzeug-Flugzeugbau an der TH Harburg mit rund 45 Hochschullehrern zu klein ausgelegt. Wenn die Politik nicht geändert wird, laufen andere Bremen wieder den Rang ab.

Ver mehrt werden Leitungs-funktionen im Flugzeugbau von Bremen nach Hamburg verlegt.

Neben der erforderlichen politischen Klima-verbesserung und der erforderlichen Förderung der Vergabe von wehrtechnischen Aufträgen nach Bremen müssen die Bereiche Luft- und Raumfahrtwesen an der Universität Bremen und solchen angegliederten Instituten gestärkt werden, die eine enge Kooperation mit dem industriellen Raumfahrtstandort Bremen eingehen können.

Wir wollen die Luft- und Raumfahrtindustrie in Bremen sichern und stärken. Diese Industrie ist als technologisch hochstehender und innovationsträchtiger Bereich national und international besonders wichtig. Deshalb muß die Bedeutung des Standortes Bremen von MBB/ERNO erhalten werden. Wir werden uns dafür einsetzen, daß das zwischen Bayern und Bremen vereinbarte Werkstättenkonzept vollständig eingehalten wird, damit auch technologisch anspruchsvolle Aufgaben am Standort Bremen verbleiben. Sonst wird langfristig die Existenz des für Bremen unverzichtbaren Gesamtbereiches gefährdet.

Wir setzen uns dafür ein, daß der Standort Bremen an der Entwicklung und Produktion der Flugzeuge der Airbus-Familie angemessen beteiligt wird. Bremen ist bei der Vergabe von wehrtechnischen Aufgaben zu berücksichtigen. Die Projekte der bemannten Raumfahrt und der hierzu notwendigen Transportsysteme sind auszubauen und zu erweitern. Wir sind für den weiteren Ausbau der Nachrichtensatellitensysteme und -technologien.

Wir unterstützen nachdrücklich die Pläne

zur Errichtung einer nationalen Raumfahrt-agentur. Aufgrund der bereits vorhandenen Kapazitäten, der Entwicklungsmöglichkeiten und der regionalpolitischen Erfordernisse ist Bremen hierfür der geeignete Standort.

Die "Abfallprodukte" der Forschung, Entwicklung und Produktionstätigkeiten des Luft- und Raumfahrzeugbaus werden es ermöglichen, im Zusammenwirken von Wissenschaftsforschung, Wissenschaftsförderung, Existenzgründungen und Unternehmensinvestitionen neue Produktpaletten, neue Betriebe und neue Arbeitsplätze in Bremen entstehen zu lassen. Das alles soll dazu führen, Bremen schnell zu einem high-tech-Zentrum in Deutschland zu machen.

Die deutsche Stahlindustrie und insbesondere die Hütte Bremen ist sowohl von der Kostensituation her als auch von ihrem technischen Standard weltweit im Spitzenfeld angesiedelt. Gerade deshalb ist es erforderlich, daß der Stahlstandort Bremen erhalten und gesichert wird, zumal die Hütte Bremen mit 5.000 Arbeitnehmern von überragender Bedeutung ist. Die Bemühungen der Bundesregierung der deutschen Stahlindustrie bei der Bewältigung ihrer derzeit großen Probleme Hilfestellung zu gewähren, werden von uns daher unterstützt. Es bleibt eine vorrangige Aufgabe, für Wettbewerbsbedingungen ohne Handelshemmnisse und Wettbewerbsverfälschungen im Rahmen von gegenseitigen Handelsabkommen zu sorgen. Dies gilt insbesondere im Bereich der europäischen Gemeinschaft.

Rund 100.000 Arbeitsplätze in Bremen hängen vom Hafen ab.

Die Häfen in Bremen und Bremerhaven bleiben auch in Zukunft das Rückgrat der bremischen Wirtschaft. Wir sind der Meinung, daß die Selbständigkeit Bremens in der Wahrnehmung der nationalen Hafen- und Schifffahrtsaufgaben für die Bundesrepublik Deutschland begründet ist. Jeder dritte Arbeitsplatz im Lande Bremen hängt direkt oder indirekt mit den wirtschaftlichen Entwicklungen in den Häfen zusammen.

Bremen muß seine eigene Verantwortung als deutscher Hafenstaat stärker wahrnehmen.

Bremen muß sicherstellen, daß die notwendigen Mittel zur Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit der Häfen bereitgestellt werden.

Die Attraktivität des Hafen- und Außenhandelsplatzes Bremen muß durch eine kombinierte Hafen- und Gewerbepolitik, die ausreichend erschlossene Flächen vorhält, gesteigert werden. Nur so kann die Produktion hafenabhängiger Güter und die damit verbundene Zahl der Arbeitsplätze vermehrt werden.

Wir wollen, daß die Umstrukturierung eines Teils unserer Hafenanlagen in Bremen-Stadt in Angriff genommen wird. Wir fordern die Vollendung der Kaje auf der Ostseite im Neustädter Hafen im Becken II, verbunden mit dem Bau eines Löschwasserrückhaltebeckens und anderer Maßnahmen aus Umweltschutzgründen.

Gleichzeitig können in Teilbereichen Mittel eingespart werden, so zum Beispiel beim wassersseitigen Hafenumschlag im Überseehafen durch Beschränkung auf die nur noch notwendige Zahl der Liegeplätze.

Unterlassene bremische Hafeninvestitionen gefährden mittelfristig unsere Wettbewerbsfähigkeit.

Erneuerungs- und Sanierungsinvestitionen für die Hafenanlagen in Bremen und Bremerhaven müssen kontinuierlich vorgenommen werden. Insbesondere ist die Sanierung der Kaiserschleuse (Inbetriebnahme 1895) und der Nordschleuse (Inbetriebnahme 1930) voranzutreiben. Ein dritter Liegeplatz für Con-Ro-Schiffe im südlichen Teil der Stromkaje in Bremerhaven ist zu schaffen.

Wir wollen, daß die innovativen Seehafentechnologien in den Hafengruppen Bremen-Stadt und Bremerhaven weiterentwickelt und verstärkt werden. Sie sichern uns im europäischen Konkurrenzkampf den Vorsprung.

Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, daß es in bestimmten Hafengebieten Bremens und Bremerhavens ansässigen und ansiedlungswilligen Betrieben ermöglicht wird, die Betriebsgrundstücke auf Wunsch zu erwerben.

Der Freihafenstatus Bremens darf durch künftiges EG-Recht über Freihäfen und Freilager nicht beeinträchtigt werden. Wir werden uns nachhaltig dafür einsetzen, den bisherigen Status des Freihafens zu sichern.

Wir reden nicht dauernd vom Süd-Nord-Gefälle.

Wir wenden uns gegen ein undifferenziertes Lamentieren über ein Süd-Nord-Gefälle in der Bundesrepublik Deutschland. Wir bekennen uns zur Eigenverantwortung aller politischen und wirtschaftlichen Kräfte des Küstenraums.

Aber gemeinsam mit den Küstenkammern erinnern wir den Bund an seine Aufgabe, aus ge-

samtwirtschaftlichen und regionalpolitischen Gründen drohenden Ungleichgewichten im Bundesgebiet mit geeigneten Maßnahmen zu begegnen. Die Küste braucht bundespolitischen Flankenschutz. Ihre interregionale und internationale Wettbewerbsfähigkeit muß gestärkt werden und lagebedingte Standortnachteile infolge eines sich nach Süden verlagernden Gravitationsfeldes des EG-Raums müssen kompensiert werden.

Die Lage im deutschen Seeschiffbau hat sich in den Jahren 1986/1987 weiter dramatisch verschlechtert. Deutsche Reeder sind praktisch nicht mehr in der Lage, Schiffe auf deutschen Werften zu bestellen. Dollarkursverfall, die Zurückhaltung der Banken und die Subventionspraktiken anderer Schiffbauländer sind die Hauptgründe.

Die Hälfte der deutschen Flotte ist bereits ausgeflaggt. Die norddeutschen Küstenländer sind allein nicht in der Lage, diese verhängnisvolle Entwicklung zu stoppen.

Bereits jetzt läßt sich absehen, daß das Land Bremen von weiterem Kapazitätsabbau im Werftenbereich nicht verschont bleiben wird. Ein Mindestmaß an Schiffbaukapazität ist für ein exportorientiertes Land wie die Bundesrepublik Deutschland sowohl unter wirtschaftlichen als auch unter sicherheitspolitischen Gesichtspunkten jedoch unerläßlich. Bei den anhaltenden Wettbewerbsverzerrungen im Schiffbau sowie in der Seeschifffahrt sind staatliche Hilfen auch künftig unverzichtbar.

Deutsche Schifffahrt und deutscher Schiffbau sind nationale Aufgaben.

Der Bund hat die norddeutschen Werften und die deutsche Schifffahrt in der Vergangenheit mit hohen Milliardenbeträgen unterstützt.

Ein von der Bundesregierung angestellter Steuervergleich hat gezeigt, daß die deutschen Reeder vor allem auf dem Gebiet der ertragsunabhängigen Steuern weltweit am stärksten benachteiligt sind.

Während die Forderung der norddeutschen Küstenländer, Aufträge im Handelsschiffneu- und -umbau für deutsche Werften ab sofort in einer Höhe von 20 % des Auftragswerts zu fördern, von der Bundesregierung aufgenommen worden ist, müssen im Bereich der Seeschifffahrt noch eine Reihe von Entscheidungen getroffen werden:

Die Finanzbeiträge für die deutschen Reeder sind als wirksames Instrument zur Förderung der deutschen Seeschifffahrt bis zur Einführung steuerlicher Erleichterungen für die Seeschifffahrt mindestens im bisherigen Umfang weiterzugewähren und so zu verändern, daß eine längerfristige Bindung der geförderten Schiffe an die deutsche Flagge erfolgt.

Die CDU wird sich dafür einsetzen, daß eine Senkung der Einkommensteuer bzw. der Lohnsteuer für Seeleute, die an Bord von Schiffen unter deutscher Flagge überwiegend außerhalb der Grenzen der Bundesrepublik Deutschland tätig sind, vorgenommen wird.

Für die Modernisierung der Flotte, zu der auch die beschleunigte Umsetzung technischer Neuentwicklungen zum Abbau der Kostenlast gehört, ist eine an die Führung der deutschen Flagge gebundene, angemessene Förderung deutscher Schifffahrtsunternehmen bereitzustellen.

Die CDU wird sich dafür einsetzen, daß innerhalb der EG auf die durch die Liberalisierung der EG-Seeverkehrsmärkte dringlich gewordene parallele Harmonisierung der

steuerlichen, sozialen und technischen Rahmenbedingungen und der Förderungshilfen für die einzelnen EG-Handelsflotten hingewirkt wird.

Ein "offenes Register" im Geltungsbereich des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland lehnt die Bremer CDU nicht zuletzt im Interesse der Arbeitnehmer ab.

Die CDU appelliert an die Verantwortung der Tarifpartner, am Abbau der Kostenlast mitzuwirken. Die Möglichkeiten der neugestalteten Schiffsbesetzungsordnung sind unter einvernehmlicher Mitwirkung der Tarifpartner optimal auszuschöpfen, damit unter Beachtung der Sicherheit für Mannschaft und Schiff der technische Fortschritt für die Kostensenkung wirksam werden kann.

Der notleidenden Werft- und Werftzuliefererindustrie muß die Diversifizierung auf Gebieten wie der Meeres- und Umweltechnik sowie in verwandten Bereichen erleichtert werden. Wir setzen uns dafür ein, daß im Rahmen der institutionellen und direkten Forschungsförderung des Bundes der meereswirtschaftlichen Forschung (Meerestechnik, Meeresökologie, Marine-Geologie, Klimaforschung) ein höherer Stellenwert eingeräumt wird.

Wir wollen, daß das von den Küstenländern vorbereitete Konzept für eine Verstärkung von untereinander abgestimmten Meeresforschungsaktivitäten die Unterstützung des Bundes findet.

Wir unterstützen bessere außenwirtschaftspolitische Voraussetzungen für eine Intensivierung der meereswirtschaftlichen Kooperation gerade auch mit den Schwellenländern.

Wir wollen auch der Seestadt Bremerhaven wieder auf die Beine helfen. Die kleinere Stadt im Zwei-Städte-Staat ist wirtschaftlich, strukturell und finanziell noch schlechter dran als die Stadtgemeinde Bremen.

Bremerhaven darf in dieser Situation nicht alleingelassen werden. Seine Probleme verstehen wir als Probleme des Landes Bremen und seiner Selbständigkeit.

Mit seiner Fischwirtschaft bringt Bremerhaven einen großen Wirtschaftszweig in das gesamtwirtschaftliche Angebot des Landes Bremen ein. Wir wollen die vielen tausend Arbeitsplätze in der Fischindustrie, im Dienstleistungsbereich der Fischwirtschaft, bei den Zulieferbetrieben und der Hochseefischerei absichern. Dazu halten wir einen Katalog von Maßnahmen für erforderlich:

Die eigene Hochsee- und Kutterflotte muß auf dem neuesten Stand der Technik gehalten werden, um ein rentables Fischen zu gewährleisten und den nationalen Anspruch auf Fangquoten für die Bundesrepublik Deutschland zu sichern.

Wir wollen die fischverarbeitende Industrie in Bremerhaven weiter stärken, indem wir

Bremerhaven hat eine Pro-Kopf-Verschuldung von über DM 12.000,00. Das sind 600 % mehr als der Durchschnitt der deutschen Städte und Gemeinden. Bei der Belastung der Bürger und Wirtschaftsbetriebe mit Gebühren, Steuern und Entgelten liegt Bremerhaven absolut an der Spitze.

Auch die Arbeitslosenzahlen der Seestadt liegen über denen der Stadtgemeinde Bremen.

uns für eine Liberalisierung von Frischfisch- und Frostfischimporten einsetzen und neue Produkte in der Fischverarbeitung (Heringsverarbeitung, Tiefkühlprodukte, Bionahrung, Biofutter) ermöglichen.

Wir wollen vorhandene Einrichtungen konzentrieren und eine Marketingzentrale schaffen (Veterinäruntersuchungsamt, Lehrküche, Werbedienst, FIMA).

Großen Wert legen wir auf die Ansiedlung von importabhängigen Firmen der Nahrungs- und Genußmittelindustrie, die sich in die bereits vorhandene Infrastruktur gut einfügen.

Der Fischereihafen ist das größte Gewerbegebiet Bremerhavens. Wir wollen, daß bei Neuansiedlungen in diesem Bereich ansiedlungswilligen Betrieben Industriegelände nicht nur als Erbbaurecht angeboten wird, sondern ihnen auch die Möglichkeit offensteht, das Gelände als Eigentum zu erwerben. Das gleiche gilt für bereits ansässige Betriebe, die den Wunsch haben, bei geplanten Neuinvestitionen ihr Gelände käuflich zu erwerben.

Die Wirtschaftsförderung in Bremerhaven muß endlich koordiniert werden.

Bremerhaven kann sich nicht den Gewerbesteuersatz der Stadt Bremen leisten. Wir schlagen eine Senkung um 75 Punkte vor, ohne daß der Seestadt dadurch beim kommunalen Finanzausgleich Nachteile entstehen. Die Grundsteuer muß ebenfalls deutlich gesenkt werden.

Der Bremer SPD-Senat und der Bremerhavener SPD-Magistrat arbeiten oft unkoordiniert aneinander vorbei. Die Sozialdemokraten können sich nicht darauf einigen, wer federführend die Wirtschaftsförderung in Bremerhaven betreiben soll: Die Seestadt selbst oder die landeseigene Wirtschaftsförderungsgesellschaft mit einer Außenstelle Bremerhaven.

Bei möglichen Neuansiedlungen von Wirtschaftsbetrieben im Lande Bremen sollen die Unternehmen auf die Standortvorteile der Stadtgemeinde Bremerhaven aufmerksam gemacht werden.

Um den Standort Bremerhaven zu stärken, wollen wir die Luneplate erschließen und den Flugplatz Luneort ausbauen.

Auch im Hochschulbereich hat Bremerhaven gegenüber Bremen einen Nachholbedarf. Mit der Einrichtung des Innovations- und Technologiezentrums Bremerhaven und mit der Gründung des Instituts für angewandte Meeresforschung sowie des Instituts für Lebensmittelproduktion und Systemtechnik wollen wir den Wissenschaftsstandort Bremerhaven weiter stärken.

Für den Fall, daß die Entscheidung zur Gründung eines Max-Planck-Instituts für Hochseebiologie zugunsten des Landes Bremen ausfällt, treten wir dafür ein, daß dieses Institut in Bremerhaven angesiedelt wird.

Die finanzielle Situation der Stadt Bremerhaven kann ohne die Hilfe Bremens nicht verbessert werden. Wir brauchen einen neuen Finanzausgleich innerhalb unseres Landes. Wir wollen, daß die Bürger Bremens und Bremerhavens im Zusammenhang mit den Finanzausgleichsentscheidungen des Landes an die beiden Gemeinden gleich bewertet werden (Einwohnerwertung).

Wir schlagen vor, die 5%ige Beteiligung

der Stadtgemeinde Bremerhaven an den Personalkosten für Polizei und Lehrer zu beseitigen.

Bremerhaven muß einen größeren Teil der Bundesergänzungszuweisung erhalten, die an das Land Bremen fließt.

Die Attraktivität Bremens hat in der Vergangenheit immer mehr zugunsten der umliegenden niedersächsischen Städte und Gemeinden abgenommen. Wir wollen eine Politik betreiben, die mehr Käufer in unsere Städte führt. Das ist ohne eine Verbesserung der Verkehrsverbindungen und erweiterte Parkmöglichkeiten in beiden Städten nicht möglich.

Wir wollen alle verkehrsplanerischen Maßnahmen mit Hilfe eines Gesamtkonzepts koordinieren. Die City ist auf den Besucher- und Wirtschaftsverkehr angewiesen. Die Menschen müssen die Innenstadt sowohl mit dem Auto als auch mit den öffentlichen Verkehrsmitteln erreichen können. Der Individualverkehr ist auf eine bessere Verkehrslenkung ebenso angewiesen, wie auf einen Ausbau des Parkleitsystems. Außerdem wollen wir die Zahl der Stellplätze für den ruhenden Verkehr erhöhen.

Wir wollen aber auch den öffentlichen Personennahverkehr in Zukunft erheblich stärker fördern. Wir wollen das Straßenbahnnetz zu einer Stadtbahn ausbauen. Die Verlängerung der Linie 6 nach Horn-Lehe und die Verlängerung der Linien 2 und 10 nach Osterholz sind dabei wichtige Schwerpunkte.

Bremens Innenstadt muß attraktiver werden.

Der Einzelhandel in Bremen hatte 1986 reale Umsatzrückgänge von 0,5 %. Dagegen konnte im Bundesgebiet ein Umsatzplus von + 4,0 % realisiert werden. Die seit Jahren bestehenden Rückgänge in Bremen führen zu weiteren Verlusten von Arbeitsplätzen.

Anstatt die Innenstadt attraktiver zu gestalten, indem z. B. die Faulenstraße umgestaltet wird, gibt Bremen 20 Millionen DM für einen "toten" Domshof aus.

Die SPD hat den öffentlichen Personennahverkehr in den letzten zehn Jahren besonders vernachlässigt. Allein seit 1980 sind 50 Millionen DM Bundesmittel verlorengegangen, weil Bremen keine Bauinvestitionen für ein Stadtbahnnetz getätigt hat.

Die Straßenbahnen fuhren 1970 durchschnittlich 18,3 km/h, 1985 sind sie nur 0,8 km/h schneller. Die Busse fuhren 1970 21,7 km/h, und 1985 waren sie genauso langsam. Die Straßenbahnwagen stammen zum größten Teil aus den 50er und 60er Jahren.

Der öffentliche Personennahverkehr kann im übrigen nur attraktiver werden, wenn er seine Umlaufgeschwindigkeit erhöht und wenn sein Fuhrpark erneuert wird. Wir werden auch zusätzliche Park + Ride-Plätze einrichten, damit mehr Menschen auf den öffentlichen Personennahverkehr umsteigen.

Die Innenstadt wird aber nicht nur dadurch attraktiver, daß sie für die Menschen bequem erreichbar ist. In den City-Bereichen selbst müssen vielmehr die Voraussetzungen für eine neue "Erlebniswelt" geschaffen werden.

Wir wollen die Innenstadt durch die Schaffung zusätzlicher Fußgängerzonen attraktiver machen. Die Fußgängerverbindungen zwischen dem Kern der City und der Weser, der Faulenstraße und dem Ostertor wollen wir interessanter gestalten - auch durch mehr Grün an Straßen und Plätzen.

Wir wollen den Messestandort Bremen aufwerten. Hierzu muß eine gute Infrastruktur mit Kongreßzentrum und angegliedertem Hotel sowie ausreichend Ausstellungsfläche geschaffen werden.

Bremen und Bremerhaven haben eine oberzentrale Funktion, die es mit sich bringt, daß einerseits viele Leistungen für das Umland erbracht werden, andererseits Bremen aber auch vom Umland profitieren kann. Wir wollen, daß Planungen für den Individualverkehr und den öffentlichen Nahverkehr zwischen Bremen und Niedersachsen besser abgestimmt werden.

Wir haben es uns zum Ziel gemacht, mit Niedersachsen freundschaftlich zusammenzuarbeiten.

Wir streben eine Verkehrsgemeinschaft zwischen den privaten und öffentlichen Verkehrsbetrieben in Bremen und den Umlandgemeinden an. Dabei geht es um einen gemeinsamen Tarif und ein koordiniertes Streckennetz.

Bremen und das Bremer Umland besitzen bereits eine ausreichende Zahl von Verbrauchermärkten. Der unsinnige Wettbewerb zwischen Bremen und Niedersachsen bei der Ansiedlung von großflächigen Verbrauchermärkten muß aufhören.

Wir wollen durch Verträge mit den niedersächsischen Umlandgemeinden sicherstellen, daß in unserer Region keine weiteren Verbrauchermärkte entstehen.

Die Nebenzentren haben für die wohnortnahe Versorgung eine wichtige Funktion. Wir wollen sie durch geeignete Maßnahmen leistungsfähiger machen. In diesem Zusammenhang ist es besonders wichtig, die Verkehrsinfrastruktur zu verbessern und genügend Parkraum zu schaffen.

Wir wollen eine Stärkung des Mittelzentrums Bremen-Nord. Deshalb müssen wirksame Maßnahmen gegen die einseitige Wirtschaftsstruktur und die über dem Landesdurchschnitt liegende Arbeitslosigkeit ergriffen werden. Vorrangig sind mittelständische Betriebe, insbesondere im Dienstleistungsbereich, anzusiedeln. Wir wollen bestehende Gewerbeflächen verstärkt erschließen und die B 74 bis Bremen-Farge zweispurig verlängern. Die Ortskerne Lesum und Blumenthal

Durch den SPD-Senatsbeschluß, den Verbrauchermarkt "Wunderland" anzusiedeln, sind die Beziehungen zwischen Bremen und Niedersachsen weiter beeinträchtigt worden.

Die wohnortnahe Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs ist in einigen Stadtteilen gefährdet, alte und behinderte Menschen sind die Leidtragenden.

sind zu lebensfähigen Zentren auszubauen, und Bremen-Nord ist in das Werbekonzept der Bremen-Werbung einzubeziehen.

Zur Erhöhung der Attraktivität Bremen-Nords ist das kulturelle Angebot auszuweiten.

Der Wunsch der Bremerinnen und Bremer, in ihren eigenen vier Wänden zu wohnen, ist traditionell stark ausgeprägt. Noch immer wandern zu viele Bremer ins niedersächsische Umland ab, weil ihnen dort in ausreichendem Maße Baugrundstücke angeboten werden.

Wir wollen mehr erschlossenes Bauland in Bremen zur Verfügung stellen. Außerdem werden wir die öffentlichen Förderungsmittel für Eigentumsmaßnahmen wieder bereitstellen.

Mit jedem, der aus Bremen abwandert, verliert unser Land zugleich einen Steuerzahler und damit Steuereinnahmen von etwa 3.500 DM jährlich. Hinzu kommt, daß wegen der wirtschaftlichen Situation die Zahl der Menschen, die die Region Bremen verlassen, zunimmt.

Wir wollen bei den Baubehörden Ämter zusammenlegen und viele überflüssige Vorschriften abschaffen. Dann kann der Bürger schneller Genehmigungen und Bescheide erhalten und endlich schneller in Bremen bauen.

Viele ältere Wohnungen müssen modernisiert werden. Dabei und bei der Sanierung von Stadtvierteln wollen wir helfen. Zur Wohnungsmodernisierung und Stadtanierung wer-

Bremer wohnen gern in ihren eigenen vier Wänden.

Die Einwohnerzahl des Landes Bremen ist von 1970 bis 1986 von 736.000 auf 656.000 gesunken.

In Bremen gibt es bei den Baubehörden zu viele verschiedene Ämter und zu viele Vorschriften.

Bürokratie behindert schnelles Bauen. Die CDU-geführte Bundesregierung hat in der letzten Legislaturperiode durch die Streichung vieler Bauvorschriften für Erleichterungen gesorgt.

Wir wollen alte Wohnungen und Wohnviertel modernisieren und dabei das einzigartige, für Bremen typische Bremer Haus in seiner Substanz erhalten.

den wir deshalb ausreichend bremische Mittel bereitstellen. Dadurch können die zur Verfügung stehenden Bundesmittel in Anspruch genommen werden.

Viele Menschen klagen zu Recht darüber, daß sie in ihren Wohnungen von Verkehrslärm belästigt werden. Außerdem wird die Luft durch Umwegverkehre und Staus zusätzlich belastet. Die CDU wird bei Verkehrsplanungen verstärkt Lärmschutzmaßnahmen durchführen (näheres Programmteil Umweltschutz). Verkehrslenkende Maßnahmen und Herausdrängung des Schleichverkehrs aus Wohnstraßen sind in diesem Zusammenhang wichtige Maßnahmen.

Außerdem müssen ausreichend Mittel für Schutzwälle und Schutzbepflanzungen sowie gegebenenfalls Lärmschutzwände an besonders lärmbelasteten Straßen und Schienenwegen bereitgestellt werden.

Wir brauchen in den Bereichen, in denen in den letzten Jahren verdichteter Wohnungsbau betrieben wurde, besser gestaltete Grünflächen. Hierfür wollen wir Mittel aus der Stiftung "Wohnliche Stadt" bereitstellen.

Wir wollen laufend und ausreichende Mittel zur Gebäude- und Straßenunterhaltung bereitstellen. Damit werden die viel aufwendigeren Folgeschäden vermieden.

Der Bau von großen anonymen Mietwohngebieten hat in Bremen keine Tradition. In einigen Fällen hat es nur den großen Wohnbaukonzernen genützt, diese Betonburgen zu er-

Bremens öffentliche Gebäude und Straßen verkommen immer mehr. Seit Jahren stellt der SPD-Senat nur noch etwa 25 % der erforderlichen Mittel zur Gebäude- und Straßenerhaltung bereit. Die Folgen sind unübersehbar. Immer mehr öffentliche Gebäude weisen erhebliche Schäden auf, Straßen und Radwege sind in einem schlechten Zustand.

38 % aller Bremer Einwohner wohnen in den eigenen vier Wänden.

richten. In Bremen und Bremerhaven werden inzwischen viele leerstehende Wohnungen mit hohen Kosten unterhalten (siehe Einzelthema "Neue Heimat").

Die zerrütteten Finanzen Bremens wieder zu ordnen und auf eine verantwortbare Grundlage zu stellen, ist nicht nur die schwierigste, sondern mit Sicherheit auch die langwierigste Aufgabe zukünftiger bremischer Politik. Diese Aufgabe verlangt neben einer veränderten Haushalts- und Finanzpolitik eine grundlegende Veränderung der Gesamtpolitik in Bremen.

Ohne einen Neuanfang bremischer Politik sind Bremens Finanzen nicht wieder in Ordnung zu bringen. Vor einem Neuanfang muß eine redliche Bestandsaufnahme über die wirkliche finanzielle Lage stehen.

Die Ausgabenzuwächse müssen für viele Jahre begrenzt bleiben.

Ohne eine Senkung der Personalausgaben ist eine Senkung der bremischen Staatsausgaben nicht erreichbar. Entscheidend ist, daß die finanziellen Möglichkeiten Bremens, die von Bremen wahrzunehmenden Aufgaben und die Zahl der öffentlichen Bediensteten einander in Zukunft entsprechen. Ein über viele Jahre gehender Einstellungsstopp, der den unterschiedlichen Arbeits- und Aufgabenanfall innerhalb des öffentlichen Dienstes nicht berücksichtigt, gefährdet die ordnungsgemäße Verwaltung der Freien Hansestadt Bremen.

Zerrüttete Finanzen wieder in Ordnung bringen

Der wesentliche Teil der bremischen Finanzmisere ist hausgemacht. Die verfehlte Personalpolitik des SPD-Senats hat in der Vergangenheit die Schulden Bremens um rund vier Milliarden DM erhöht. Fehlentscheidungen im Bereich der Universität und der Bildungspolitik ergaben eine weitere Milliarde Mark Schulden.

Die SPD hat in den letzten Jahren bei sinkenden Bevölkerungszahlen im Land die öffentlichen Aufgaben vermehrt und die Verwaltung auf fast 40.000 öffentliche Bedienstete ausgeweitet. Heute will die SPD durch einen zumindest bis 1995 vorgesehenen Einstellungsstopp und den fast völligen Verzicht auf Beförderungen die Zahl der öffentlichen Bediensteten wieder um mehrere Tausend verringern. Sie unterläßt es aber dabei, die öffentlichen Aufgaben entsprechend zu vermindern. Ihr fehlt die Kraft zu echter Aufgabenkritik.

Daher werden wir keine planlosen und globalen Einsparungen vornehmen, sondern ein in sich schlüssiges, abgestimmtes Konzept verfolgen, das in Teilbereichen auch Neueinstellungen einschließen kann.

Wir fordern eine Verkleinerung des Senats und eine Straffung der Zuständigkeiten.

Wir werden den gesamten Bereich öffentlicher Tätigkeit mit dem Ziel durchforsten, staatliche Tätigkeit abzubauen oder an Private beziehungsweise freigemeinnützige Träger zu übertragen.

Wir wollen eine konsequente Reform der Verwaltung mit dem Ziel, Doppelarbeit zwischen verschiedenen Behörden abzubauen, moderne Bürotechnik einzuführen, die Aus- und Fortbildung für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu verbessern sowie den betrieblichen Sachverstand in den Behörden zu fördern und zu verstärken.

Wir wollen, daß sich der öffentliche Dienst stärker am Leistungsprinzip orientiert.

Wir wollen, daß staatliche Ausgaben noch wirkungsvoller kontrolliert werden. Daher werden wir die Zuständigkeiten und die Unabhängigkeit des Rechnungshofes ausweiten und stärken und die Wahl des Rechnungshofspräsidenten mit Zwei-Drittel-Mehrheit der Bürgerschaft ermöglichen.

All diese Veränderungen wollen wir mit Hilfe der Beschäftigten im öffentlichen Dienst und mit ihrer Beteiligung durchführen. Denn

Sinn dieser angestrebten Reform ist es auch, den öffentlichen Dienst aus einer polemischen Diskussion herauszuführen.

Wir werden die investiven Ausgaben des Staates zu Lasten der konsumtiven Ausgaben erhöhen.

Viele öffentliche Projekte werden in Form einer Mischfinanzierung bezahlt. Es gibt eine ganze Reihe von Finanzierungsquellen, die auch Bremen zur Verfügung stehen. Die von Bremen geforderte Leistung in diesem Zusammenhang besteht jeweils darin, Komplementärmittel, also auch eigene Mittel, zur Verfügung zu stellen und dafür zu sorgen, daß das Geld für sinnvolle Projekte zügig eingesetzt werden kann. Wir werden dafür sorgen, daß alle Mittel, die im Haushalt der Europäischen Gemeinschaft oder im Haushalt des Bundes zur Förderung der Infrastruktur in Bremen enthalten sind - wie die Mittel aus dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz oder für Forschung und Entwicklung - auch wirklich abgefordert und ausgegeben werden können.

Auf keinem Gebiet hat sich das Versagen der jahrzehntelangen SPD-Herrschaft im Lande Bremen so katastrophal ausgewirkt wie auf dem Gebiet der öffentlichen Finanzen. Die Sozialdemokraten haben unseren Zwei-Städte-Staat finanziell total heruntergewirtschaftet. Die Gesamtverschuldung Bremens ist seit 1975 um über 300 % angestiegen. Sie liegt

Durch Sparmaßnahmen allein lassen sich die immer häufiger aufreißenden Finanzlöcher nicht mehr schließen. Bremen muß es vielmehr gelingen, seine Einnahmen zu erhöhen. Seine Einnahmen können aber nur dadurch erhöht werden, daß mehr Menschen und mehr Betriebe ihre Steuern in Bremen bezahlen. Zuweisungen von dritter Seite müssen vorübergehend flankierend helfen.

damit bei knapp 12 Milliarden Mark und Bremen muß täglich 2 Millionen Mark Zinsen dafür bezahlen. Der Schuldendienst ist doppelt so hoch wie die Ausgaben für Investitionen. Bremen hat Ende 1987 mit 18.100,00 DM die mit Abstand höchste Pro-Kopf-Verschuldung aller Bundesländer.

Mehreinnahmen aus dem Finanzausgleich sind für Bremens Existenz wichtig, sie betragen aber nur rund 5 % des Gesamthaushaltes und reichen somit zur Sanierung der Bremer Finanzen bei weitem nicht aus.

Das bremische Steuer- und Abgabensystem muß leistungsfreundlicher, innovationsfreundlicher und wachstumsfreundlicher werden.

Wir brauchen einen Abbau von Investitionshemmnissen, Entbürokratisierung und einen Senat, der sich jederzeit darüber im klaren ist, welche Kosten seine Entscheidungen nach sich ziehen.

Wir vertreten nach Kräften berechnigte Interessen Bremens gegenüber den anderen Bundesländern und gegenüber dem Bund im Zusammenhang mit dem Länderfinanzausgleich und der Bundesergänzungszuweisung.

Der Zwei-Städte-Staat Bremen hat Seehafenfunktion. Wir wollen, daß die Hafenlasten Bremens, d. h. die Sonderbelastungen für die Unterhaltung der Seehäfen, in einem höheren Maße abgegolten werden, als das derzeit der Fall ist.

Unser Zwei-Städte-Staat hat eigene Landesfunktion. Die dafür notwendigen Kosten sind je Einwohner höher als in großen Flächenländern. Wir wollen, daß Bund und Länder diesen Umstand beim Finanzausgleich deutlich berücksichtigen. Wir wollen eine Gleichbehandlung mit dem Saarland erreichen.

Anhang

Bonn hilft Bremen

Der von der SPD immer wieder erhobene Vorwurf, die Bundesregierung lasse Bremen im Stich, ist nachweislich falsch. Keine Bundesregierung hat mehr für Bremen getan als die Regierung Helmut Kohl. Hier einige Beispiele:

- Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" 1984 bis 1987 = 80 Mio. DM in bar und Inkaufnahme von Steuerausfällen von geschätzt über 200 Mio. DM; inzwischen Fortführung bis 1989 und Aufstockung um 40 Mio. DM
- Hilfen für Schiffbau und Schifffahrt von 1987 bis 1989 rund 1 Mrd. DM
- 173,2 Mio. DM Zuschuß für Klöckner
- Im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe "Agrar- und Küstenschutz" für 1984 bis 1987: 26,9 Mio. DM für Küstenschutz und 4,3 Mio. DM für die Verbesserung der Agrarstruktur
- Innerhalb der Gemeinschaftsaufgabe "Hochschulbau" für 1984 bis 1987: 17,6 Mio. DM Bundeszuweisungen

- Für 1984 bis 1987 Zahlungen von 83,7 Mio. DM als Ausbildungsförderung an Bremer Studenten
- Modellvorhaben im Rahmen des Städtebauförderungsgesetzes, z.B. Sanierung - insbesondere von Ostertor und Vegesack - sowie Verdreifachung der Bundesmittel für 1986 und 1987 (Anteil Bremens nur 50 % und damit günstigerer Schlüssel als andere Länder).
- Für Wohngeld 33,2 Mio. DM,
für Modernisierungsprogramm 1,4 Mio. DM,
für Wohnungsbauprämien 6,2 Mio. DM,
für Modellvorhaben ca. 2,2 Mio. DM,
für Fernwärmeausbau 4,6 Mio. DM
- Für 1984 bis 1987 im Rahmen des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes Zahlungen des Bundes an Bremen in Höhe von 54 Mio. DM
- Zuwendungen des Bundes für Investitionen im Fernstraßennetz von 1984 bis 1987 in Höhe von 10 Mio. DM
- Bremen wird vom Bund und von der Bundesanstalt für Arbeit überproportional im Sonderprogramm "Ausbildungsplätze" berücksichtigt.

- Bremen wird von der Bundesregierung bei der Vergabe von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen überdurchschnittlich (etwa vierfach) im Vergleich zum Bund berücksichtigt
- Der Bund gewährt Verlustausgleiche in der Fischereiwirtschaft für zurückliegende Jahre und einen Zuschuß zur Fang-Union
- Auftragsvergabe an MBB/ERNO (Spacelab, Columbus und Ariane) mit einem Auftragsvolumen von insgesamt über 7 Mrd. DM
- Der Bund fördert die Entwicklung und den Bau der Airbus-Familie
- Die Bundeswehr vergibt immer wieder in Milliardenhöhe Aufträge an Bremer Firmen, zum Beispiel an
 - MBB (Tornado, Minenkampfboote),
 - Lürssen (Schnellboote,
 - Minenkampfboote),
 - Bremer Vulkan (Fregatten),
 - Krupp-Atlas-Elektronik (Elektronik- und Simulationsanlagen),
 - AEG in Vegesack (Schiffselektronik),
 - MWB in Bremerhaven (Instandsetzung, Generatoren),
 - Euroatlas (Elektronikbauteile)

Mehr Schutz für unsere Umwelt

Unsere zukünftigen politischen Entscheidungen und unser Handeln müssen sich daran messen lassen, welchen Wert wir dem Schutz menschlichen Lebens und der Umwelt geben.

Unsere Verantwortung gegenüber der heutigen und den kommenden Generationen gebietet es, die natürlichen Lebensgrundlagen vor nachhaltigen Störungen und Schäden zu bewahren.

Der Schutz der Umwelt ist zu einer vorrangigen politischen Aufgabe geworden, weil in der Vergangenheit aus Umweltbelastungen viele Probleme und Gefahren entstanden sind, die entweder nicht erkannt oder nicht konsequent bekämpft wurden.

Eingriffe der Menschen in die Vielfalt der Natur können nicht abzuschätzende Folgen haben. Die zunehmend erkennbaren Schäden an unseren Wäldern, an Kunst- und Bauwerken, die Verluste an wildlebenden Pflanzen- und Tierarten sowie die Gefährdung unserer Gesundheit durch verunreinigte Luft, Gewässer und Böden zwingen nicht nur aus ethischen Gründen zum schnellen Handeln; Umweltschutz ist vielmehr auch ein Gebot wirtschaftlicher Vernunft.

Ökologie und Ökonomie müssen keine Gegensätze sein. Wir stellen uns einer nicht immer einfachen Abwägungsproblematik und wollen gegensätzliche Ausgangspositionen in

Wir wollen Ökonomie und Ökologie versöhnen.

Vorsorgeprinzip:
Vorbeugen ist besser als Reparieren.

Marktwirtschaft auch im Umweltschutz!

Großfeuerungsanlagenverordnung und TA-Luft wurden bereits 1964 von einer CDU-geführten Bundesregierung erlassen. In ihrer 13jährigen Regierungszeit hat die SPD auf diesem Gebiet keine wirksamen Initiativen ergriffen. Die CDU hat nach der Regierungsübernahme 1982 die Novellierung beider Vorschriften sofort in Angriff genommen und die Grenzwerte für Luftschadstoffe erheblich gesenkt.

Einklang bringen. Viele Maßnahmen zur Verbesserung der Umwelt schaffen neue und erhalten vorhandene Arbeitsplätze.

Auch im Umweltschutz gilt: Vorbeugen ist besser und billiger als Reparieren. Wir treten dafür ein, daß zukünftig im Lande Bremen im Umweltschutz nicht nur reagiert wird, sondern daß Umweltschäden von vornherein vermieden werden.

Wir wollen die konsequente Anwendung des Verursacherprinzips. Belastungen der Umwelt zum "Nulltarif" sind nicht vertretbar. Als Verursacher treten sowohl Hersteller als auch Verbraucher auf. Wenn der Gebrauch des öffentlichen Gutes Umwelt sich für alle finanziell auswirkt - positiv wie negativ -, wird das persönliche Interesse für Umweltmaßnahmen stärker geweckt.

Wir wollen die marktwirtschaftlichen Kräfte für umweltschonende Herstellungsverfahren und Produkte freisetzen, damit neue Umwelttechniken so schnell wie möglich entwickelt und angewandt werden.

Wir halten es für erforderlich, daß der Umweltschutz einen klar erkennbaren und rechtlich gesicherten Ordnungsrahmen erhält. Dazu gehören entsprechende gesetzliche Regelungen mit Geboten und Verboten.

Umweltschutz geht alle an. Viele Mitbürgerinnen und Mitbürger verhalten sich schon heute in ihrem täglichen Leben umweltgerecht. Dieses Umweltbewußtsein muß weiter gestärkt werden. Denn Umweltschutz kann nicht allein durch Gesetze verordnet wer-

den, sondern wird nur dann erfolgreich sein, wenn in der breiten Bevölkerung die Bereitschaft zu einem verantwortungsvollen Umgang mit unserer Umwelt besteht. Deshalb werden wir dafür sorgen, daß auch die Schule im Rahmen ihres Bildungs- und Erziehungsauftrages ihren Beitrag dazu leistet.

Wir setzen uns dafür ein, daß eine rationale Umweltpolitik mit klaren Prioritätensetzungen erfolgt. Umweltpolitische Maßnahmen sind entsprechend dem Ausmaß der Gefährdungen schwerpunktmäßig in Angriff zu nehmen. Die bisherigen Maßnahmen der CDU-geführten Bundesregierung haben bewiesen, daß an Schwerpunkten orientierte konkrete Schritte und Zielsetzungen Verbesserungen im Umweltschutz bringen.

Um wirtschaftspolitische und sozialpolitische Zielsetzungen mit Umweltschutzmaßnahmen zu vereinbaren, ist bei notwendigen Eingriffen in die Umwelt eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen. Diese soll Konflikte offenlegen, objektiv bewerten und Entscheidungshilfe für verantwortungsvolles Handeln liefern. Wir wollen, daß bei mehreren möglichen Varianten jeweils die umweltschonendste gewählt wird.

Wir haben uns im Land Bremen als erste dafür eingesetzt, daß der Umweltschutz als Staatsziel in die Landesverfassung aufgenommen wurde. Nachdem wir nun diese Landesverfassungsänderung erreicht haben, muß jetzt der Schwerpunkt auf praktischen Umweltmaßnahmen liegen.

Weitere Maßnahmen des Bundes seit Amtsantritt der CDU-geführten Bundesregierung: Einführung des schadstoffarmen Autos und des bleifreien Benzins, Verbesserung des Grundwasserschutzes, neues Waschmittelgesetz, Novelle zum Abfallbeseitigungsgesetz, Bodenschutzkonzeption, Verbesserung beim Artenschutz und verstärkter Lärmschutz.

Bessere Gesundheit durch Umweltschutz.

Der SPD-Senat hat in seiner Aufgabenkritik vom April 1986 beschlossen, Umweltmedizin als neues Aufgabenfeld der Gesundheitsämter nicht einzurichten.

Es wird immer deutlicher, daß eine Reihe von Erkrankungen auf schädliche Umwelteinflüsse zurückzuführen ist.

Wir setzen uns aus diesem Grund für eine Verminderung der Schadstoffe in Boden, Wasser und Luft ein, wenn auch nicht in allen Fällen der letzte Beweis erbracht werden kann, inwieweit ein Zusammenhang zwischen Umweltbelastungen und Gesundheitsbeeinträchtigung besteht.

Wir wollen, daß eine verstärkte Erforschung der Zusammenhänge von Umwelteinflüssen und Gesundheitsbeeinträchtigungen erfolgt. Durch die Einrichtung von Schadstoffkatalogen und Krankheitsregistern sollen bessere Erkenntnisse über die Zusammenhänge von Gesundheitsschäden und Umweltfaktoren gewonnen werden.

Wir werden durch eine verbesserte Gesundheitserziehung und -aufklärung erreichen, daß die Selbstverantwortung des Einzelnen für Gesundheit und Umwelt gestärkt wird. Deshalb werden wir den Bereich Umweltmedizin bei den Gesundheitsämtern personell und sachlich so ausstatten, daß er seinen Aufgaben gerecht werden kann.

Wir werden dafür sorgen, daß in Bremen und Bremerhaven die Arbeitsschutzvorschriften in bezug auf mögliche Lärm- und Schadstoffbelastungen eingehalten und ausreichend kontrolliert werden.

Wir wollen, daß Zusatzstoffe bei Lebensmitteln entsprechend gekennzeichnet und überprüft werden.

Wir werden uns dafür einsetzen, daß bundesweit einheitliche Grenzwerte bei gesundheitsgefährdenden Schadstoffen festgelegt und angewendet werden. Dabei sind auch zusätzliche Schadstoffe zu berücksichtigen, die nach heutigen Erkenntnissen Risiken für die menschliche Gesundheit in sich bergen.

Schadstoffbelastungen der Luft sind die Ursache für eine Vielzahl von Beeinträchtigungen und Schäden in der Umwelt. Deshalb sind Maßnahmen zur wirksamen Luftreinhaltung unter anderem Voraussetzung für das Wohlbefinden und die Gesundheit der Bevölkerung, den Schutz der Tier- und Pflanzenwelt, den Erhalt von Denkmälern und Bauten sowie einer gesunden Nahrungsmittelproduktion. Wir wollen daher Schadstoffemissionen aller Art in der Atmosphäre mit besonderer Dringlichkeit abbauen.

Wir werden dafür sorgen, daß in Bremen und Bremerhaven eine lückenlose Überwachung der Luftbelastungen durch ausreichende und ständig im Einsatz befindliche Meßstellen erfolgt. Damit soll die Erstellung eines regionalen Emissions- und Immissionskatasters eingeleitet werden.

Luftbelastungen entscheidend reduzieren!

Die Luftbelastungen in Bremen und Bremerhaven haben zugenommen. Im Luftmeßprogramm 1985/86 ist für die Messungen im Vergleich zu 1983/84 für beide Städte festgestellt: "Die Gesamtbelastung hat sich gegenüber dem vorangegangenen Meßzeitraum leicht erhöht." Daraus wird deutlich, daß für das Land Bremen entscheidende Luftverbesserungsmaßnahmen nicht durchgeführt wurden.

Im Land Bremen gibt es bis heute keine Smog-Verordnung. Initiativen der CDU wurden wiederholt von der SPD und dem Senat abgelehnt. Tatsache ist, daß nur zwei feste Luftmeßstellen existieren, mit denen eine Smog-Verordnung nicht durchgeführt werden könnte.

Wir werden für das Land Bremen eine Smog-Verordnung als Vorsorgemaßnahme erlassen,

damit die rechtliche Handhabe besteht, bei zu hohen Luftbelastungen wirksame Produktions- und Verkehrsbeschränkungen erlassen zu können. Wir erwarten, daß mit dem Erlaß einer Smog-Verordnung Anreiz- und Signalfunktionen verbunden sind, die bereits im Vorfeld hoher Schadstoffkonzentrationen zu Luftentlastungsmaßnahmen führt.

Wir werden dafür sorgen, daß bei allen Unternehmen, an denen Bremen und Bremerhaven entscheidend beteiligt sind (beispielsweise Müllverbrennungsanlagen sowie Feuerungsanlagen der Stadtwerke und Krankenhäuser), eine deutliche Senkung der Gesamtschwefeldioxid- und Gesamtstickoxidemissionen unter die bestehenden gesetzlichen Grenzwerte erfolgt. Denn die überwiegend in staatlicher Hand sich befindenden Unternehmen müssen mit gutem Beispiel vorangehen und ihre Vorbildfunktion wahrnehmen.

Gleichzeitig werden wir die genehmigungspflichtigen Emissionsquellen im Lande Bremen auf notwendige Emissionssenkungen überprüfen und gemeinsame Verhandlungen mit den Unternehmen führen, um zu freiwilligen Vereinbarungen über zusätzliche Maßnahmen zur Schadstoffreduzierung zu kommen.

Wir werden darauf dringen, daß bei dem Bau neuer Rauchgasreinigungsanlagen, zum Beispiel aufgrund der Großfeuerungsanlagenverordnung, auch Entstickungsmaßnahmen mitein-

Aufgrund des ideologischen Druckes durch die SPD planen die Stadtwerke den Bau eines Kohlekraftwerkes im Bremer

Ortsteil Hastedt. Dies bringt selbst bei modernster Technik Umweltbelastungen, wie zum Beispiel durch Luftschadstoffe, Weseraufwärmung und Kohletransporte, mit sich.

Verbesserte Verkehrsplanung senkt die Schadstoffbelastung in Wohngebieten.

Im Lande Bremen werden seit vielen Jahren gültige Wasserschutzgesetze nicht eingehalten.

Der Zustand der Gewässer in Bremen und Bremerhaven hat sich drastisch verschlechtert. Nach der Gewässergütekarte von 1985 ist der größte Teil der bremischen Gewässer kritisch belastet bis stark verschmutzt.

bezogen werden. Wir halten in diesem Zusammenhang den geplanten Bau eines großen Kohlekraftwerkes in Hastedt aus energie-, wirtschafts- und umweltpolitischen Gründen für falsch und werden hier eine Änderung anstreben.

Mit einem sinnvollen Ausbau der Fernwärme und der Erarbeitung einer Konzeption zur freiwilligen Um- und Nachrüstung von Feuerungsanlagen wollen wir zu einer Verminderung der Luftbelastungen unter anderem bei Kleinfeuerungsanlagen in Gebäuden kommen (siehe Einzelthema "Energiepolitik").

Wir werden durch eine Reihe von Maßnahmen zu einer Verminderung der Kraftfahrzeugschadstoffe beitragen. Hierzu gehören eine verbesserte Verkehrsplanung und eine entsprechende Abstimmung mit dem niedersächsischen Umland, die Förderung des öffentlichen Nahverkehrs mit dem Ziel, dessen Attraktivität zu erhöhen, und eine schnelle Umrüstung der Dienstfahrzeuge entsprechend der neuen Schadstoffgrenzwerte.

Ein Teil unserer Luftverschmutzungen stammt aus der DDR und dem Ausland; deshalb setzen wir uns dafür ein, daß durch entsprechende Vereinbarungen eine Senkung der Schadstoffbelastungen international erfolgt.

Wir wollen entscheidende Verbesserungen in der Wasser- und Abwasserpolitik umsetzen, damit eines Tages wieder in der Weser und

den Gewässern in Bremen und Bremerhaven gebadet und dieses Oberflächenwasser zur Trinkwassergewinnung herangezogen werden kann.

Wir werden daher für die Städte Bremen und Bremerhaven Abwasser- und Kanalnetzsanierungspläne erstellen, umsetzen und damit gewährleisten, daß bei der Abwasserreinigung der Stand der Technik erreicht wird und unter anderem keine Abwässer mehr ungeklärt über sogenannte Notauslässe die Oberflächengewässer verunreinigen.

Die mit den anderen Anrainerländern festgelegten Forderungen im Weserlastplan wollen wir durchführen und durch entsprechende Regelungen, unter anderem mit der DDR, erreichen, daß die Weserwasserqualität entscheidend verbessert wird.

Wir werden die Indirekteinleiter von Abwasser besser erfassen und kontrollieren und keine zusätzlichen Genehmigungen für die Einleitung von Schwermetallen oder chlorierten Wasserstoffen in das Abwasser erteilen. Bereits bestehende Einleitungen werden wir stufenweise herabsetzen, etwa bei der Erneuerung von Genehmigungen oder durch Ausnutzung des neuen Wasserhaushalts- und Abwasserrechts.

Die Maßnahmen des 1973 von der Bürgerschaft beschlossenen Kanalbaustufenprogramms sind zum größten Teil bis heute nicht abgeschlossen. Jährlich fließen über eine Million Kubikmeter ungeklärte Abwässer über "Notauslässe" in die Weser, Kleine Wümme und Lesum.

Mit Wasser sparsam umgehen!

Wir setzen uns für einen aktiven Grundwasserschutz ein. Deshalb ist es erforderlich, dem steigenden Verbrauch von Grundwasser entgegenzuwirken. Wir werden Maßnahmen zur Wassereinsparung fördern, und zwar in Haushalten, in der Industrie und im Gewerbe. Dazu gehört auch, daß Wirtschaft und Industrie ihren Bedarf verstärkt mit Brauchwasserqualität befriedigen. Mit regelmäßigen Messungen der Grundwasserqualität wollen wir sicherstellen, daß eventuelle Verschmutzungen frühzeitig festgestellt werden.

Die unbedachte Versiegelung von Oberflächen im Bereich von Siedlungen und Verkehrsflächen sowie die damit verbundene direkte Ableitung von Regenwasser in die Kanalisation ist weitgehend zu vermeiden. Bestehende versiegelte Flächen wollen wir daraufhin überprüfen, inwieweit ein wasserdurchlässiger Belag unter Beibehaltung der bisherigen Funktionsfähigkeit eine versiegelte Oberfläche ersetzen kann.

Für den Schutz der Nordsee

Wir wollen die Lebensfähigkeit der Nordsee verbessern und durch die konsequente Anwendung des Vorsorgeprinzips zusätzliche Verschmutzungen durch Abwasser und Abfall verhindern. In diesem Zusammenhang fordern wir einen Anschluß- und Benutzungszwang der Schifffahrt für die Entsorgung von Schiffsabfällen in den Häfen.

Wir wollen, daß der Bund sich an den Kosten der Länder für die Entsorgung von Öl und Chemikalien in den Häfen beteiligt.

Auf Initiative der Bundesregierung fand 1984 erstmalig unter Beteiligung aller Anrainerstaaten eine Internationale Nordseeschutz-Konferenz statt.

Nordsee muß internationales Schutzgebiet werden.

Den Boden sanieren und schützen!

Das Bodenschutzkonzept der CDU-geführten Bundesregierung sieht u.a. vor: "Der Bodenschutz hat insbesondere Maßstäbe für die Erhaltung der Funktion des Bodens im Naturhaushalt zu setzen, Grenzen für Stoffeinträge und andere Belastungen der Böden anzugeben, wenn eine Vermeidung nicht möglich ist, Anforderungen des Biotopt- und Artenschutzes, des Grundwasser- und Gewässerschutzes sowie eine nach Güte und Menge ausreichende Wasserversorgung zu berücksichtigen."

Anträge der CDU auf besseren Bodenschutz wurden von der SPD in der Bürgerschaft immer abgelehnt.

Kursänderung in der Abfallpolitik dringend notwendig!

Auf der im Herbst 1987 stattfindenden Zweiten Internationalen Nordseeschutz-Konferenz müssen weitere Maßnahmen zur Nordseereinhaltung entsprechend den Forderungen der Bundesregierung gemeinsam mit den Anrainerstaaten ergriffen werden. Wir unterstützen nachhaltig die Verhandlungsposition der Bundesregierung, die Nordsee international als Schutzgebiet auszuweisen.

Zusammen mit Wasser, Luft und Sonnenlicht ist der Boden Grundlage des Lebens. Nach unserer Auffassung bestehen ernsthafte Gefahren und langfristige Risiken für den Boden. Wir unterstützen deshalb die Zielsetzung des von der Bundesregierung vorgelegten Bodenschutzkonzeptes.

Wir werden für das Land Bremen eine Bodendokumentation erstellen und eine Bodenprobenbank aufbauen, die langfristig Auskunft über die Entwicklung und Schädigung der Böden gibt.

Wir werden insbesondere die Untersuchung und Sanierung der Böden, die durch Altlasten geschädigt sind, vorantreiben.

Wir werden Maßnahmen einleiten, die möglichst jede zusätzliche Belastung des Bodens verhindern. Dazu gehören der begrenzte und verminderte Einsatz von Pflanzenschutzmitteln, zum Beispiel durch Aufklärung über den sachgerechten Einsatz im Kleingärtner- und Hobbybereich, sowie eine umweltfreundliche Verwertung von Gülle aus der Landwirtschaft nach dem jeweiligen Stand der Technik.

Bremen hat eine Müllverbrennungsanlage, die jährlich etwa 350.000 Tonnen Müll verbrennen kann, jedoch etwa nur 240.000 Tonnen Müll verbrennt. Bremerhaven hat eine Müllbeseitigungsanlage, deren tatsächliche Verbrennungskapazität bei 280.000 Tonnen im Jahr liegt, während in Bremerhaven selbst nur 90.000 Tonnen Hausmüll und hausmüllähnliche Abfälle anfallen.

Ohne jedwede ernsthafte Müllwiederverwertung zu betreiben, fallen in den Städten Bremen und Bremerhaven insgesamt ca. 330.000 Tonnen Abfälle an, die zur Zeit verbrannt werden. Einfachste Wiederverwertungskonzepte können diese Menge um ein Drittel reduzieren. Die jetzt geplante Rauchgasreinigung bei der MVA Bremen soll 33 Millionen DM an Investitionen und jährlich 7,7 Millionen DM an laufenden Kosten verschlingen. Große Beträge, die für ein sinnvolles Müllwiederverwertungskonzept verwandt werden können.

Viele Abfälle sind zum Verbrennen zu schade.

Die Abfallpolitik in Bremen und Bremerhaven ist bisher durch überdimensionierte Müllverbrennungsanlagen gekennzeichnet. Eine Änderung ist dringend notwendig. Wir werden der Abfallvermeidung, der Wiederverwertung und der umweltgerechten Beseitigung den Vorrang einräumen. Wir müssen von einer Abfallbeseitigung zu einer Abfallwirtschaft kommen. Wir werden einen bindenden Abfallwirtschaftsplan erstellen, der zu einer Verringerung der Abfälle bei Herstellern und Verbrauchern und zu einer Wiedergewinnung möglichst vieler Rohstoffe führt.

Wir wollen entscheidende Einschränkungen bei Einwegverpackungen und Wegwerferzeugnissen. Wir werden uns für ein Verbot von Einwegflaschen, Getränkedosen und Kunststofftragetaschen einsetzen, falls andere Maßnahmen keinen Erfolg haben. Wir fordern die Anwendung des Verursacherprinzips bei den Entsorgungskosten der Verpackungsmaterialien.

Wir werden unter Beibehaltung der Entsorgungssicherheit bei der Abfallentsorgung eine weitgehende getrennte Erfassung von Wertstoffen in den Haushalten durchführen, um eine möglichst hohe Wiederverwertungsquote zu erreichen. Grundsätzlich sind dabei diese Maßnahmen nach dem Prinzip der Freiwilligkeit bzw. Partnerschaft auszurichten. Dies gilt sowohl für die Beteiligung der Bevölkerung als auch für das Zusammenwirken kommunaler Stellen und privater Recyclingunternehmen.

Gemeinsame Abfallpolitik in unserer Region ist nötig.

Damit eine möglichst hohe Wirtschaftlichkeit von Maßnahmen zur Abfallwiederverwertung erreicht wird, halten wir ein gemeinsames Vorgehen der Städte Bremen und Bremerhaven sowie der niedersächsischen Umlandgemeinden für erforderlich: Bei einer konsequenten Umsetzung bisher möglicher Wiederverwertungsmaßnahmen reicht für unsere Region eine Müllverbrennungsanlage, nämlich die in Bremerhaven, aus.

Das bereits vorhandene System von Depotcontainern für Altglas und Altpapier werden wir ausweiten und ergänzen, dies gilt sowohl in bezug auf Qualität der Container als auch auf die Erweiterung der verschiedenen Wertstoffarten.

Kein Abfalltourismus.

Das Land Bremen kann aufgrund seiner geographischen Größe und der anfallenden Sonderabfallmenge nicht allein den Sonderabfall umweltgerecht entsorgen. Deshalb sind schnellstmöglich die begonnenen Verhandlungen mit den anderen norddeutschen Küstenländern dahingehend abzuschließen, daß gemeinsame Verbrennungs- und Deponiekapazitäten geschaffen werden.

Wir werden uns bei der Sonderabfallentsorgung an einer norddeutschen Lösung beteiligen und so auf Transporte von Sonderabfällen zur Deponie Schönberg/DDR verzichten, weil diese Deponie von uns nicht auf mögliche Gesundheits- und Umweltgefährdungen kontrolliert werden kann. Der bisher vom Bremer Senat durchgeführte Abfalltourismus wird von uns beendet werden.

Wir werden durch sachgerechte Kontrollen sicherstellen, daß bei der Abfallbeseitigung und auf den Abfalldeponien gesetzliche Maßnahmen nicht umgangen werden. Ebenso werden wir rechtzeitig Rekultivierungs- und Begrünungsmaßnahmen einleiten, damit die bestehenden Abfalldeponien sich harmonisch in das Stadt- und Landschaftsbild eingliedern.

Lärm bekämpfen!

Nach wie vor fühlt sich ein großer Teil der Bevölkerung zeitweise oder dauernd durch Lärm belästigt. Der Straßenlärm gilt dabei als Hauptquelle.

Maßnahmen des aktiven Lärmschutzes, das heißt Reduzierung des Lärms an der Quelle, sollen Vorrang in der Lärmbekämpfung erhalten. Wir werden deshalb besonders auf entsprechende bundesrechtliche Verbesserungen beim Lärmschutz drängen.

Für die Städte Bremen und Bremerhaven werden wir Lärmschutzpläne schaffen, die unter anderem die Möglichkeit, Verkehrswege zu bündeln, berücksichtigen. Hierbei ist auch eine Abstimmung mit dem niedersächsischen Umland notwendig.

Im Bereich des Straßenverkehrs werden wir den Verkehrsfluß durch verkehrabhängige Signalschaltungen verbessern, die Anwendung von "leiseren" Straßenbelägen bei Neubauarbeiten durchsetzen sowie im öffentlichen Personennahverkehr auf den Einsatz von lärmarmen Fahrzeugen drängen.

Wir werden auf die Einhaltung bestehender Lärmgrenzwerte achten und verschärfte Kontrollen durchführen, unter anderem bei Motorrädern und Kleinkrafträdern im Hinblick darauf, ob lärmverstärkende Manipulationen vorgenommen wurden.

Wir wollen den Natur- und Landschaftsschutz verstärken, um den Naturhaushalt und vor allem wildlebende Pflanzen- und Tierarten

Mehr Natur- und Landschaftsschutz.

Die Waldschadenserhebung 1986 für das Land Bremen hat eine erschreckende Bilanz gebracht. Danach waren nur noch 16 % aller Bäume gesund, 41,6 % schwach geschädigt, 40,7 % mittelstark bzw. stark geschädigt und 1,7 % abgestorben. Obwohl sich entsprechende Schadenssituationen andeuteten, sind in den letzten Jahren vom SPD-Senat die Baumschäden verniedlicht worden. Es wurde versäumt, entsprechende Pflege und Vorsorgemaßnahmen einzuleiten. Gleichzeitig wurden das Personal bei den Gartenbauämtern abgebaut und die Pflege der Grünflächen reduziert.

besser zu schützen. Es gilt, die Naturgüter Boden, Wasser und Luft als Lebensgrundlagen zu sichern und die Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes zu erhalten.

Wir werden ein Landschaftsschutzprogramm vorlegen, das die Ziele des Natur- und Landschaftsschutzes darstellt und Wege zu ihrer Realisierung aufzeigt.

Wir werden entsprechende Maßnahmen im Natur- und Landschaftsschutz im Einklang mit den betroffenen Landwirten durchführen, so daß der Schutzzweck erreicht und gleichzeitig den Landwirten die Existenzgrundlage nicht entzogen wird.

Die vorhandenen Grünflächen und Parkanlagen sowie die Straßenbäume sind zu erhalten.

Wir werden dafür eine ausreichende Pflege sicherstellen und durch eine Verbindung von Parks, Bepflanzung von Straßen und Plätzen, Begrünung privater Hinterhöfe sowie die Förderung naturnaher Kleingartenanlagen durchgängige Stadterholungslandschaften schaffen.

Wir werden den ehrenamtlichen Naturschutz durch die Verbände stärken. Diese leisten beim Arten- und Biotopschutz eine wichtige Arbeit.

Wir gestalten eine menschliche Gesellschaft

Die Familie stärken

Die Familie ist die natürlichste und beständigste Form des menschlichen Zusammenlebens. In der Geborgenheit der Familie machen Kinder die ersten Erfahrungen in einer Gemeinschaft mit allen Chancen und Möglichkeiten, aber auch Problemen. Rücksichtnahme, Verantwortungsbereitschaft und Toleranz können am ehesten in der Familie eingeübt werden, um dann auch in den Lebensbereichen außerhalb der Familie gelebt zu werden.

Eltern tragen gemeinsam und in gleichem Maße die Verantwortung für ihre Kinder. Partnerschaft bewährt sich gerade in der Familie, wenn Mann und Frau die Aufgaben der Erziehung, der Haushaltsführung, der Betreuung älterer und behinderter Familienangehöriger und der Erwerbstätigkeit unter sich aufteilen.

Der Staat muß die Familie schützen und fördern, indem er hilft, ihre sozialen und wirtschaftlichen Grundlagen zu sichern.

Wir wollen, daß es den Familien in Bremen nicht schlechter geht als in anderen Bundesländern. Deshalb rücken wir die Förderung der Familie in den Mittelpunkt unserer Sozialpolitik. Wir werden das Bundeserziehungsgeld durch ein Landeserziehungsgeld ergänzen.

Um Familien und werdenden Müttern in besonderen wirtschaftlichen Schwierigkeiten unbürokratisch und schnell helfen zu können, werden wir eine Landesstiftung "Hilfe für die Familie" einrichten.

In den CDU-regierten Ländern werden zusätzliche Hilfen für die Familie gewährt, wie z.B. ein Landeserziehungsgeld im Anschluß an das Bundeserziehungsgeld von monatlich 600,- DM, Familiengründungsdarlehen, Familiengeld usw.

Alle CDU-regierten Länder haben landeseigene Stiftungen eingerichtet und so die Mittel aus der Bundesstiftung "Mutter und Kind" durch eigene Stiftungsgelder ergänzt. Die CDU hat dazu in der Bremischen Bürgerschaft einen entsprechenden Antrag gestellt, der von der SPD abgelehnt wurde.

Die Mittel für die Familien-erholung in Bremen wurden von der SPD gekürzt und die Förderungskriterien deutlich eingeschränkt.

Wir wollen dafür sorgen, daß auch die sozial schwachen Familien, die ihren Erholungsurlaub selbständig durchführen wollen, in Bremen wieder gefördert werden.

Familie und Erwerbsarbeit sind entscheidende Lebensbereiche des Menschen, in denen er sein Selbstwertgefühl erfährt. In der heutigen Zeit wird aber die Welt der Erwerbsarbeit auf Kosten der Familie überbewertet. Ansehen erwirbt der Mensch heute fast nur durch Erwerbsarbeit, durch Einkommen, Gewinn und entsprechendes Konsumverhalten. Für uns sind Familien- und Erwerbsarbeit gleichrangige Bereiche der Lebensentfaltung des Menschen. Die Bedingungen in der Arbeitswelt müssen die Bedürfnisse von Familien berücksichtigen. Flexiblere Arbeitszeiten und ein ausreichendes Angebot von Teilzeitarbeit für Frauen und Männer helfen, Beruf und Familien miteinander zu vereinbaren. Dies muß auch für qualifizierte Arbeitsplätze gelten.

In Bremen gibt es schon seit langem kein bedarfsgerechtes Angebot an Kindergartenplätzen. Im Kindergartenjahr 1987/88 fehlen 2.200 Plätze. Außerdem werden die Gebühren ständig erhöht.

Kindergärten und Horte sollen die Erziehung in der Familie ergänzen, fördern und unterstützen. Für alleinerziehende und berufstätige Eltern haben sie eine besondere Bedeutung. Wir halten Einsparungen zu Lasten dringend benötigter Kindergartenplätze für unverantwortlich. Auch eine bessere Abstimmung der Öffnungszeiten von Kindergärten mit den Arbeitszeiten der Eltern muß erreicht werden.

Eltern müssen sich darauf verlassen können, daß die angesetzten Unterrichtszeiten - insbesondere im Grundschulbereich - eingehalten werden.

Durch Erhöhung des Mehrbedarfszuschlags im Bundessozialhilfegesetz hat die Bundesregierung die Situation der Alleinerziehenden verbessert.

Seit 1.1.1986 ist im Steuerrecht der Haushaltsfreibetrag auf 4.536,- DM für Alleinerziehende erhöht worden.

Die Lebensbedingungen für viele Mütter und Väter, die ihre Kinder allein erziehen, sind belastet durch besondere Probleme: geringes Einkommen, Wohnungssorgen, Zeit- und Betreuungsschwierigkeiten. Die Alleinerziehenden brauchen die Hilfe des einzelnen, aber auch die Unterstützung durch Politik und Gesellschaft.

Die durch die Bundesregierung veranlaßten Gesetzesänderungen zur Verbesserung der Situation Alleinerziehender sind ein Schritt in die richtige Richtung.

Auch bei zukünftigen Gesetzesänderungen werden wir uns dafür einsetzen, daß die Belange der Einelternfamilien besonders berücksichtigt werden.

Die im Grundgesetz verfassungsrechtlich garantierte Gleichberechtigung von Mann und Frau ist immer noch nicht alltägliche Wirklichkeit. Wir wollen mit unseren Forderungen und Maßnahmen dem Ziel der Gleichberechtigung von Mann und Frau näherkommen.

Wir lehnen eine Politik ab, die Frauen auf bestimmte Rollen festlegt. Die Frauen sollen frei entscheiden können, wie sie ihr Leben gestalten; sie sollen in unterschiedlichen Lebensphasen unterschiedliche Schwerpunkte wählen können.

Das Ziel der Wahl- und Entscheidungsfreiheit für Frauen kann aber nur erreicht wer-

Bessere Chancen für die Frauen

den, wenn alle gesellschaftlichen Kräfte sich dieser Aufgabe stellen: von der Politik und den Tarifpartnern bis hin zu jedem einzelnen in seiner Familie.

Auch Institutionen, wie zum Beispiel Gleichstellungsstellen, sind ein notwendiges Instrument bei der Durchsetzung der Gleichberechtigung. Sie sollen auf Diskriminierung von Frauen aufmerksam machen und Maßnahmen zum Abbau vorschlagen oder einleiten. Wir werden dafür sorgen, daß sich die "Bremische Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau" bei der Bewältigung dieser vielfältigen Aufgaben für die Belange aller Frauen im Lande Bremen einsetzt. Ideologisch begründetes Handeln widerspricht dem Auftrag einer Gleichstellungsstelle.

Keine Frau darf benachteiligt werden, weil sie sich für die Versorgung eines Haushalts und die Erziehung ihrer Kinder entschieden hat. Wir wollen, daß Familienarbeit in ihrem Wert ebenso anerkannt wird wie Erwerbsarbeit, und unterstützen die Politik der Bundesregierung.

Viele Frauen leisten nicht nur wertvolle Erziehungsarbeit, sondern pflegen und betreuen zugleich betagte Eltern und pflegebedürftige Angehörige. Diese Leistung wird von der Gesellschaft noch zu wenig gewürdigt. Wir wollen deshalb die soziale Stellung der Pflegenden verbessern, indem wir im Steuerrecht weitere Erleichterungen schaffen, die Bedingungen für private Vorsorgeleistungen verbessern und die

Die Frauenpolitik der SPD orientiert sich allein an der berufstätigen Frau und enthält damit eine einseitige Rollenfixierung. Die mit einem Kostenaufwand von mehr als 300.000,- DM jährlich geförderte "Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau" nutzt jede Gelegenheit, die Politik der Bundesregierung herabzusetzen. Die Arbeit der Gleichstellungsstelle hilft weniger den Frauen im Lande Bremen als vielmehr der Verbreitung der SPD-Politik.

Auf Initiative der Bundesregierung wurden das Erziehungsgehalt für Mütter und/oder Väter sowie die Anrechnung der Erziehungszeiten im Rentenrecht eingeführt.

Pflege­­tätigkeit schrittweise in der Rentenversicherung verankern.

Berufliche Ausbildung und Erwerbstätigkeit sind heute fester Bestandteil der Lebensplanung von Mädchen und Frauen. Die Freude am Beruf und am Kontakt zu anderen Menschen sind für sie ebenso wichtig wie die Schaffung einer eigenständigen sozialen Sicherung.

Die Arbeitslosigkeit der Frauen ist im Lande Bremen wesentlich höher als im Bundesdurchschnitt.

Aufgrund der desolaten wirtschaftlichen Lage in Bremen ist die Situation für Mädchen und Frauen, die einen Ausbildungs- bzw. Arbeitsplatz suchen, besorgniserregend. Hinzu kommt, daß Frauen im Beruf mit Problemen und Vorurteilen zu kämpfen haben, wie sie Männern nicht begegnen.

Auf dem Arbeitsmarkt werden den Frauen in erster Linie die weniger qualifizierten Arbeitsplätze mit geringer Bezahlung angeboten. Arbeitsplätze mit guten Aufstiegschancen und guter Bezahlung sowie Spitzenpositionen sind fest in männlicher Hand.

Damit Frauen auch in zukunfts­­trächtigen technikorientierten Berufen eine Selbstverständlichkeit werden, müssen wir bereits bei der Schulausbildung der jungen Mädchen ansetzen. Insbesondere sollen Schule und Berufsberatung Mädchen verstärkt auf neue Berufe mit guten Aufstiegs­­möglichkeiten aufmerksam machen und sie ermutigen, sich in 'frauenuntypischen' Berufen ausbilden zu lassen.

Forderungen an die Tarifpartner

Um darüber hinaus die Chancen der Frauen im Erwerbsleben zu verbessern, haben wir fol-

gende Forderungen an die Tarifpartner:

Der Grundsatz "Gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit" muß endlich auf allen Ebenen verwirklicht werden.

Die Arbeitszeiten müssen flexibler gestaltet werden, um Familie und Berufstätigkeit besser miteinander vereinbaren zu können.

Teilzeitarbeit hilft, Familien- und Erwerbsarbeit besser miteinander zu vereinbaren. Die Bundesregierung hat deshalb auch durchgesetzt, daß die Teilzeitarbeit rechtlich besser abgesichert wird.

Wir wollen, daß vermehrt Teilzeitarbeitsplätze für Männer und Frauen geschaffen werden, insbesondere auch für solche Tätigkeiten, die eine höhere Qualifikation voraussetzen, da diese in einem immer größeren Umfange nachgefragt werden.

Wo durch technologisch bedingte Veränderungen traditionelle Frauenarbeitsplätze verlorengehen, sollen Frauen rechtzeitig Umschulungs- und Qualifizierungsmaßnahmen angeboten werden, um so neue zukunftssichere Arbeitsplätze besetzen zu können.

Wir wollen, daß die Betriebe in Bremen entsprechend dem von der Bundesregierung vorgelegten Leit­­faden Frauenförderpläne erarbeiten und Maßnahmen ergreifen, um Benachteiligungen von Frauen abzubauen. Der öffentliche Dienst muß hier mit gutem Beispiel vorangehen. Wir werden dafür sorgen, daß die Richtlinie zur Frauenförderung im öffentlichen Dienst in Bremen endlich umgesetzt wird.

Bei Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen muß Rücksicht auf die Bedürfnisse von Frauen mit Kindern genommen werden.

Ehemaligen Mitarbeiterinnen sollen bevorzugt Urlaubs- und Krankheitsvertretungen angeboten werden, um ihnen den Kontakt mit dem Erwerbsleben weiterhin zu ermöglichen.

Keine Gewalt gegen Frauen

Die körperliche und seelische Mißhandlung von Frauen und Mädchen wurde zu lange bagatellisiert oder verschwiegen. Dieses Thema darf nicht länger tabuisiert werden.

Die Bundesregierung hat durch das "Opferschutzgesetz" mißhandelten Frauen einen rechtlich abgesicherten Persönlichkeitsschutz gegeben.

Die noch immer existierenden Vorurteile gegenüber den Opfern müssen beseitigt werden. Wir wollen dafür sorgen, daß durch gezielte Fortbildungsmaßnahmen für Polizei, Justiz und Ärzteschaft mißhandelten Frauen mehr Verständnis entgegengebracht wird. Auch die Bevölkerung wollen wir in stärkerem Maße aufklären.

Die Arbeit der Frauenhäuser in Bremen, die Frauen mit ihren Kindern in akuten, verzweifelten Situationen aufnehmen, werden wir fördern und finanziell absichern. Nur so können auf Dauer alle hilfesuchenden Frauen Aufnahme, fachkundige Beratung und die überaus wichtige Nachbetreuung erhalten.

In einer komplizierter und schneller werdenden Welt wird Lebenserfahrung immer wichtiger. Deshalb sind wir auf die Erfahrung und das Wissen der älteren Generation angewiesen. Ihre Lebenserfahrung ist für das Zusammenleben in unserer Gesellschaft unverzichtbar.

Sicherheit und Geborgenheit für unsere älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger

Der Anteil der über 60jährigen Bürger an der Gesamtbevölkerung im Lande Bremen beträgt fast ein Viertel und wird in Zukunft noch weiter ansteigen.

Eine moderne und fortschrittliche Gesellschaftspolitik muß sich um die Lebenssituation der älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger mit Nachdruck kümmern und die Voraussetzungen dafür schaffen, daß sie ein selbständiges, eigenverantwortliches und sinn erfülltes Leben führen können. Gerade der Umgang mit unseren älteren Menschen macht deutlich, wie es um die Humanität unserer Gesellschaft bestellt ist. Wir setzen dabei vorrangig auf "Hilfe zur Selbsthilfe".

Wir treten bei der anstehenden Strukturreform der Rentenversicherung für die Beibehaltung der leistungs- und beitragsbezogenen Rente ein. Eine Einheitsrente lehnen wir ab.

Die CDU-geführte Bundesregierung hat die Renten wieder auf ein sicheres Fundament gestellt und z. B. durch die Einführung von Kindererziehungszeiten fortentwickelt. Die erreichte Preisstabilität hat den Rentnern reale Einkommenszuwächse gebracht.

Über die finanzielle Absicherung hinaus gilt es jedoch, eine zunehmende Vereinsamung der älteren Menschen zu verhindern. Wir setzen uns dafür ein, daß die Älteren stärker am politischen und gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Wir befürworten Weiterbildungsangebote, Seniorentreffpunkte und Sport für die ältere Generation.

Die älteren Menschen sollen in ihrer eigenen Wohnung leben können, solange sie es wünschen und dazu in der Lage sind.

Wir brauchen mehr altengerechte Wohnungen, integriert in Wohnbereiche, die die Begegnung zwischen jungen Familien und älteren Menschen besonders fördern. Wir werden die ehrenamtlichen Nachbarschaftshilfen ausbauen, um dadurch Familien mit zu pflegenden Angehörigen sowie hilfsbedürftigen älteren Menschen zusätzliche Hilfen zu geben.

Seit Jahren fordern wir den Senat auf, das ehrenamtliche Engagement nach klaren Richtlinien zu fördern und zu stärken. Bis heute ist der SPD-Senat nicht in der Lage, ein Konzept vorzulegen.

Wir wollen bei größeren Altenwohnanlagen ohne Heimbindung eine ständige Betreuung sicherstellen. Neben regelmäßigen Kontakten zu den älteren Bewohnerinnen und Bewohnern sowie entsprechenden Hilfsangeboten soll bei sporadisch eintretender Hilfsbedürftigkeit ein Verbleiben in der eigenen Wohnung ermöglicht werden.

Wir werden Hausnotrufsysteme verstärkt fördern, um den älteren Mitmenschen mehr Sicherheit zu geben.

Wir werden neue Formen des Zusammenlebens älterer Menschen anregen und unterstützen, damit diese beispielsweise durch die Beschäftigung einer gemeinsamen Pflegekraft möglichst lange in ihrer gewohnten Umgebung leben können.

Wir werden die Dienstleistungszentren und ihre Nebenstellen bedarfsgerecht ausbauen, um die ambulante Versorgung zu verbessern.

Wir wollen, daß in den Fällen, in denen vorübergehend die ambulante Versorgung nicht die erforderlichen Hilfen sicherstellen kann, Einrichtungen der befristeten stationären Kurzzeitunterbringung genutzt werden können.

Darüber hinaus werden wir in Zusammenarbeit mit den freien Wohlfahrtsverbänden einen realistischen Bedarf an Pflegeheimplätzen ermitteln und gewährleisten.

Wir werden uns dafür einsetzen, daß die Absicherung des Risikos der Pflegebedürftigkeit geregelt wird.

Chancen für die junge Generation

Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen!

Aufgrund der verfehlten Wirtschaftspolitik des SPD-Senats ist der Anteil der Jugendarbeitslosigkeit im Lande Bremen ca. dreimal so hoch wie im Bundesdurchschnitt.

Im Lande Bremen werden im Jahre 1987 bis auf 10 Jugendliche keine weiteren Auszubildenden der Verwaltungsberufe nach Abschluß der Berufsausbildung in den öffentlichen Dienst übernommen.

Kinder und Jugendliche erleben heute eine Welt, die für sie immer komplizierter wird. Unter dem Eindruck gegenläufiger Vorbilder in Familie, Schule und Massenmedien ist es für die jungen Menschen oft schwer, ihre Leitbilder zu finden. Die Verlängerung der Bildungs- und Ausbildungsprozesse und die damit verbundene wirtschaftliche Unselbständigkeit haben die Jugendphase in eine lang andauernde eigenständige Lebensphase verwandelt und die Integration der Jugend in die Welt der Erwachsenen erschwert.

Jugendpolitik hat die Aufgabe, über die jugendfördernden Maßnahmen in Ausbildung und Beruf hinaus den Jugendlichen Hilfen und Anregungen zu geben, damit sie ihre Identität finden, ihre Persönlichkeit entwickeln und sich in der Gesellschaft engagieren. In der Jugendarbeit tätige Gruppen und freie Träger, die jungen Menschen mehr Möglichkeiten zur Mit- und Selbstbestimmung in eigener Verantwortung bieten, wollen wir unterstützen.

Die hohe Zahl Jugendlicher ohne Ausbildung oder Arbeitsplatz gibt zu großer Sorge Anlaß. Viele junge Leute können sich heute aus Mangel an qualifizierten Ausbildungsplätzen ihren Berufswunsch nicht erfüllen. Deshalb ist für die Zukunft der jungen Generation die Entwicklung der wirtschaftlichen Lage genauso wichtig, wie ein leistungsfähiges Bildungswesen. Die Jugendarbeitslosigkeit wird nur beseitigt werden können, wenn die Wirtschaft zukunftsichere Arbeitsplätze schafft. Unsere Gesamtpolitik hat das zum Ziel (siehe auch Einzelthema "Jugendarbeitslosigkeit").

In Bremen sind die Nebenstellen der Dienstleistungszentren mangelhaft ausgestattet.

Freizeit sinnvoll gestalten!

Ein besonders wichtiger Bereich für junge Menschen ist ihre Freizeit. Soziales Engagement ist dabei besonders unterstützenswert. Jugendverbände, die hier aktiv sind, sollen mit finanziellen Zuwendungen gefördert werden.

Auch Sportvereine sind ein wichtiger Treffpunkt junger Menschen. Deshalb müssen die Vereine ideell und materiell unterstützt werden (siehe Einzelthema "Sport").

Der wachsende Trend zu vermehrter Beschäftigung mit der deutschen Geschichte, Kunst und Kultur hat auch bei Jugendlichen ein breites Echo ausgelöst. Junge Menschen aus allen Teilen Deutschlands sollten sich möglichst häufig begegnen. Das gegenseitige Kennenlernen junger Menschen aus Deutschland hilft, den Gedanken der Wiedervereinigung aufrechtzuerhalten und mit Leben zu erfüllen.

Weil das Kennenlernen fremder Kulturen und Völker für die Persönlichkeitsbildung junger Menschen von besonderem Wert ist, kommt dem Erlernen der Partnersprachen und dem internationalen Jugendaustausch große Bedeutung zu. Seine Förderung ist ein wichtiges Element unserer Jugendpolitik.

Jugendfreizeitheime wieder attraktiver machen

Für viele Jugendliche sind Freizeitheime und Jugendzentren häufig die einzigen Treffpunkte zu gemeinsamer Freizeitgestaltung. Wir werden nicht nur die weitere Schließung von Jugendfreizeitheimen verhindern, sondern in den einzelnen Stadtteilen

Der SPD-Senat hat viele Angebote in den Jugendfreizeitheimen gestrichen. Dadurch fehlen gerade problembelasteten Jugendlichen die geeignete Umgebung und Betreuung.

Gesundheitsvorsorge stärken

kleine und überschaubare Jugendbegegnungstätten schaffen und für eine bessere personelle Ausstattung in den Jugendfreizeitheimen sorgen. Die Jugendlichen sollen zu Eigeninitiative und Kreativität angeregt werden.

Wir werden mehr freie Träger einbeziehen und damit eine größere Eigenständigkeit bei den Jugendfreizeitheimen erreichen.

Wir werden die schwerfälligen bürokratischen Abrechnungsverfahren beseitigen, um eine flexiblere Bewirtschaftung zu ermöglichen. Wir wollen die Öffnungszeiten der Jugendfreizeitheime auf die Wochenenden und Ferienzeiten erweitern.

Viele Menschen, die unter den früheren medizinischen Bedingungen keine Heilungschancen gehabt hätten, können heute ein längeres Leben führen.

Wir wollen die Erkenntnisse in der medizinischen Forschung und Entwicklung weiter für den Menschen nutzbar machen. Gleichzeitig wollen wir die präventive Medizin mehr in den Vordergrund stellen.

Vorbeugende Medizin ist auf die Mitwirkung der Menschen angewiesen. Sie bleibt wirkungslos, wenn der einzelne sich passiv verhält und nicht bereit ist, seinen Lebensstil entsprechend den Erkenntnissen über die Auswirkungen von falscher Ernährung, Bewegungsarmut, Alkohol-, Drogen- und Medikamentenmißbrauch zu ändern.

Erziehung zur Gesundheit

Wir wollen die Gesundheitserziehung in Kindergärten und Schulen und die Informationen über Gesundheitsvorsorge und Früherkennung von Krankheiten verstärken. Dazu gehört auch eine altersgerechte Sexualerziehung in allen Schulstufen, durch die die jungen Menschen auf einen verantwortlichen Umgang miteinander vorbereitet werden.

Wir wollen in der bedarfsgerechten Krankenversorgung mehr Gewicht auf die ambulante Krankenpflege legen.

Viele Kranke, die heute im Krankenhaus liegen, können ebensogut von niedergelassenen Ärzten medizinisch versorgt und von Pflegeeinrichtungen pflegerisch betreut werden. Das gilt besonders für ältere Patienten und Langzeitkranke. Diese gezielte Behandlungsweise ist für viele Patienten humaner, und sie ist kostengünstiger, ohne die Heilungschancen zu vermindern.

Dazu wollen wir die Familien- und Nachbarschaftshilfe und die Zusammenarbeit der freigemeinnützigen, der privaten und öffentlichen Träger stärken und die Stellung des Hausarztes mit dem Ziel vermehrter Hausbesuche fördern.

Mit der Vonselbständigung der kommunalen Krankenhäuser ist nach nunmehr dreizehnjähriger Diskussion endlich der erste Schritt in die richtige Richtung getan und damit die langjährige Forderung der CDU erfüllt worden.

Humane Krankenhäuser

Aufgrund der verfehlten Krankenhauspolitik des SPD-Senats wurden die Bremer Steuerzahler und Krankenversicherungsbetragszahler mit einem Pflegesatzdefizit von 300 Mio. DM belastet.

Das ideologische Experiment des klassenlosen Krankenhauses in Bremerhaven ist gescheitert. Das kostet den Steuerzahler 23 Millionen Mark.

Krankenhaus-Atlas erstellen

Schlichtungsstelle muß auch für kommunale Krankenhäuser gelten.

Zu einer Krankenhauspolitik, die eine optimale Behandlung und Pflege der Patienten zum Ziel hat, gehören fachgerechte Wirtschaftsführung ebenso wie zeit- und sachgerechte Pflegesatzverhandlungen.

Anhand eines "Krankenhaus-Atlas" wollen wir den Patienten vor der Einweisung ins Krankenhaus die Wahl der Klinik erleichtern.

Im Krankenhaus sollen Patientenführer zur Beseitigung von Schwierigkeiten zur Verfügung stehen.

Wir wollen durch den Abbau von Bürokratie erreichen, daß Ärzte und Pflegepersonal mehr Zeit für die Patienten haben.

Wir wollen mit der Veränderung der Krankenhausstruktur durch den Abbau von zu vielen Hochleistungsbetten und der Schaffung von Rehabilitations- und Mobilisationszentren für chirurgische, neurochirurgische, orthopädische und geriatrische Patienten in der stationären Behandlung sozial tragbare Pflegesätze erreichen.

Wir wollen, daß neben den privaten Krankenhäusern auch die kommunalen Krankenhäuser einer Schlichtungsstelle unterliegen, damit den Patienten bei möglichen Streitfällen schneller zu ihrem Recht verholfen wird.

Behinderten ihr Schicksal erleichtern

Die Hilfen müssen den unterschiedlichen Behinderungen Rechnung tragen.

Ziel unserer Politik ist es, die behinderten Menschen als gleichwertig und gleichberechtigt in die Gesellschaft zu integrieren. Die Hilfen müssen den unterschiedlichen Behinderungen Rechnung tragen. Daher muß eine angemessene und ausreichende Förderung der wirklich Hilfebedürftigen erfolgen. Es darf nicht nach dem Gießkannenprinzip verfahren werden.

Wir wollen, daß die Chancen moderner Diagnostik und Therapie voll genutzt werden, um die größtmögliche gesundheitliche Stabilisierung zu erreichen.

Wir wollen, daß auch Behinderte eine qualifizierte Bildung, berufliche Aus- und Weiterbildung unter Berücksichtigung von Neigung und Leistungsfähigkeit erhalten (siehe Kapitel "Bessere Bildung und Ausbildung für unsere Jugend").

Gerade für den Behinderten bedeutet die berufliche Eingliederung oder zumindest eine angemessene Beschäftigung eine wesentliche Form der Selbstbestätigung. Wir werden über Verhandlungen mit den Arbeitsämtern, Kammern und Arbeitgeberverbänden versuchen, die Möglichkeiten einer dauerhaften beruflichen Eingliederung Behinderter zu verbessern.

Wir werden durch die Werkstatt für Behinderte "Martinshof" bzw. durch die Schaffung von Werkstattverbunden dafür sorgen, daß auch Schwerstmehrfachbehinderte eine Beschäftigung ausüben können.

Wir wollen, daß unsere behinderten Mitbürgerinnen und Mitbürger nach Möglichkeit ohne fremde Hilfe in ihrer eigenen Wohnung leben können. Dazu ist es erforderlich, daß mehr behindertengerechte Wohnungen durch Umbau vorhandener Wohnungen geschaffen werden.

Wir werden neue Konzeptionen des Zusammenlebens behinderter Menschen unterstützen, z.B. beim Aufbau von Wohngemeinschaften und bei der Betreuung durch Pflegehilfen.

Wir werden künftig Selbsthilfegruppen nach überschaubaren Kriterien fördern.

Wir wollen durch gezielte Maßnahmen erreichen, daß sich Behinderte im öffentlichen Raum so leicht, so einfach und so sicher wie möglich bewegen können.

Wir wollen die personelle und räumliche Situation des "Martinshofes" verbessern, damit er wieder den Bestimmungen des Schwerbehindertengesetzes, der Werkstättenverordnung und den Arbeitssicherheitsvorschriften entspricht. Darüber hinaus wollen wir im Interesse einer besseren Wirtschaftlichkeit und Beweglichkeit in den verschiedenen Betriebsabläufen, daß der "Martinshof" aus der Sozialbehörde ausgegliedert und künftig, wie die kommunalen Krankenhäuser, verselbständigt wird. Die vorgeschlagene Maßnahme bringt den Behinderten höhere Entgelte und einen Statusgewinn.

Die Behinderten im "Martinshof" leben und arbeiten dort unter teilweise unwürdigen Bedingungen. Der SPD-Senat weist dem "Martinshof" nicht die notwendigen finanziellen Mittel zu mit der Folge, daß sogar die Aberkennung als Werkstatt für Behinderte droht.

Anhang

Bremer SPD-Beschlüsse, die zur Verschlechterung sozialer Leistungen führten

Beim Senator für Jugend und Soziales wurden von 1984 bis 1987 mehrere hundert Stellen gestrichen. Dadurch werden zum Beispiel:

- Die Betreuung in Kindertagesheimen und Horten eingeschränkt
- Spielhäuser nicht mehr wie bisher betreut
- Jugendfreizeitheime geschlossen.

Auch Schüler sind von unsozialen Maßnahmen der SPD betroffen, zum Beispiel durch

- Kürzung der Mittel für Schullandheimfahrten
- Erhöhung der Kostenanteile der Eltern bei Schulmittagessen
- Reduzierung bei der Schulmilchspeisung.

Darüber hinaus gab es eine Vielzahl von Streichungen, die vorrangig Bürger mit kleinem Einkommen oder öffentlich Bedienstete in den unteren Lohn- und Gehaltsgruppen betreffen.

Beispiele:

- Erhöhung der Arbeitsnorm für das Reinigungspersonal (Putzfrauen) und Personalabbau

- Verschlechterung der Hinterbliebenenversorgung für Arbeiter und Angestellte, soweit diese aus der Ruhelohnkasse finanziert werden
- Wegfall der Arbeitnehmerdarlehen
- Kürzung bzw. Abschaffung der Essengeldzuschüsse
- Kürzung bei der Bewilligung der Feuerungshilfe
- Eingrenzung der Leistungen für Erholungs- und Ferienmaßnahmen für Heimbewohner
- Kürzung beim Bezieherkreis der Weihnachtsbeihilfe
- Einstellung der Bargeldhilfe aus Landesmitteln an DDR-Besucher
- Verschärfung des bremischen Landespflegegeldgesetzes für Blinde und Schwerstbehinderte.

Dieses ist nur ein kurzer Auszug, der beispielhaft belegt, daß die SPD in Bremen im großen Umfang soziale Leistungen für alle Bürger gestrichen hat.

Bessere Bildung und Ausbildung für unsere Jugend

Auftrag der Schule: Bildung und Erziehung

Die Schule ist für die Schüler da.

Die Schüler sollen sich geborgen fühlen.

Wir treten für eine Schule ein, die für die Kinder da ist, eine Schule, die sich ganz der Aufgabe widmet, die Persönlichkeit der Kinder in ihrer Verschiedenartigkeit entwickeln und entfalten zu helfen. Dabei hat sich die Schule den individuellen Anlagen, Fähigkeiten und Interessen der Schüler zuzuwenden, ihre Stärken zu fördern und ihre Schwächen auszugleichen. Nur eine Schule, die in ihren Anforderungen auf die alters-, begabungs- und entwicklungsbedingten Unterschiede der ihr anvertrauten Schüler eingeht und mit den Eltern zusammen erzieht, bietet den jungen Menschen eine praktische Lebenshilfe.

Das erzieherische Wirken der Schule soll den Werten der christlichen und humanistischen Kulturtradition verpflichtet sein;

Toleranz, Gerechtigkeit, Gemeinsinn, Wahrhaftigkeit und Nächstenliebe gründen auf Vertrauen und sind nur glaubwürdig zu vermitteln, wenn sie durch Vorbilder in Schule und Elternhaus vorgelebt werden. Eine auf Heimat und Geschichte sich besinnende Erziehung steht gegen Bindungslosigkeit. Eine wertbezogene und den Gemeinsinn fordernde Erziehung steht gegen Oberflächlichkeit und Egoismus.

Erfolg in der Schule - Freude an der Schule

Allgemeinbildung stärken

Begabung und Leistungsbereitschaft wecken

Wir wollen keine Stufenschule.

Ein so verstandener Erziehungsauftrag widmet sich der ganzen Person des jungen Menschen und bildet gleichermaßen Verstand und Gemüt, Geist und Charakter. In einer ganzheitlich angelegten Bildung erfährt der junge Mensch, daß es neben einer technisch meßbaren und rechnerisch erfaßbaren Welt noch eine andere Wirklichkeit gibt. Auf diese Weise lernt er die Welt verstehen.

Das Lernen in der Schule soll mit Freude verbunden sein. Dazu bedarf es einer Atmosphäre, die von Vertrauen und Zuversicht bestimmt ist. Bei der Bewältigung der schulischen Aufgaben bleiben niemandem Mühe und Arbeit erspart; doch der in der Gemeinschaft erarbeitete Erfolg bewirkt Freude und ein positives Lebensgefühl und schafft so die Grundlage für eine dauerhafte Leistungsbereitschaft.

Die Schule darf die Frage nach dem Sinn ihrer Leistungsanforderungen nicht ausklammern. Sie muß deutlich machen, daß ihr Erziehungsauftrag den kritik- und urteilsfähigen, zum selbständigen Handeln befähigten Menschen zum Ziel hat. Dazu bedarf es neben einer wertbezogenen Erziehung der Vermittlung ausreichenden Wissens und der Konzentration auf das Wesentliche. Grundwissen und Orientierung haben den Vorrang vor Spezialistentum.

Schule muß Begabungen erschließen und Leistungsbereitschaft wecken. Das Schulsystem muß das Leistungsvermögen eines jeden Schülers entsprechend seinen Begabungen zur Entfaltung kommen lassen. Ein gegliedertes

und auf Durchlässigkeit angelegtes Schulwesen kann am besten auf die unterschiedlichen Fähigkeiten der Schülerinnen und der Schüler eingehen.

Schule darf nicht das Experimentierfeld für Ideologen sein. Schule muß von der großen Mehrheit der Bürger bejaht und getragen werden.

Wir streben daher eine enge Zusammenarbeit mit den Eltern an, deren Erziehungsrechte zu sichern sind.

Wir wollen die freie Wahl der Schule ermöglichen.

Wir werden für eine bedarfsdeckende Versorgung mit Lehrern - besonders im Sonderschul- und Berufsschulbereich - eintreten.

Wir müssen einen Einstellungskorridor für Nachwuchslehrer schaffen, um der Überalterung der Lehrerschaft und dem Lehrermangel in einigen Fächern vorzubeugen.

Wir werden dafür sorgen, daß in allen Schulen Grundkenntnisse, Grundwissen und eine breite Allgemeinbildung vermittelt werden. Jede Schülerin und jeder Schüler müssen Grundwissen über die neuen Informations- und Kommunikationstechniken altersgemäß erlernen. Die sinnvolle Verwendung von Medien ist eine Bildungs- und Erziehungsaufgabe für Schule und Elternhaus.

Wir messen einer geschichtlichen Bildung als Grundlage zum Verständnis nationaler und europäischer Kultur einen hohen Rang bei. Dabei muß entgegen der bisherigen Praxis auch besonderer Wert auf die Ver-

Kindgemäß unterrichten

Die SPD-Stufenschule hat zu Störungen im Schulleben und zu Nachteilen für Schüler, Lehrer und Eltern geführt. Gewachsene Schuleinheiten werden dem Prinzip der Stufenschule geopfert und zerschlagen. Die Bildungsgänge sind zerstückelt und zerstört. Die Trennung in Schulstufen zwingt zu häufigem Schulwechsel, der bestehende soziale Bindungen auflöst. Die Schüler werden von Lehrern unterrichtet, denen oft Kenntnisse und Unterrichtserfahrungen in den sich anschließenden Schulstufen fehlen. Die in der Folge entstehenden Bildungsdefizite führen dazu, daß die erreichte Qualifikation der anschließenden Schulstufe nicht mehr genügt. Dies geht zu Lasten insbesondere von Schülern aus sozial schwachen Elternhäusern. Die Vergleichbarkeit mit den übrigen Bundesländern ist gefährdet.

mittlung von Kenntnissen über die Geschichte, Kultur, Geographie und Heimatkunde Deutschlands gelegt werden.

Wir werden dem musischen und künstlerischen Unterricht mehr Raum geben.

Wir werden die stark verwissenschaftlichten Lehrpläne von Stoff- und Problemüberfrachtung befreien.

Wir wollen, daß sich die Lehrer mehr um die Probleme der Schüler kümmern können. Daher streben wir kleine Klassenverbände an und mehr Unterrichtszeit für den Klassenlehrer in seiner Klasse.

Wir werden in der Bausubstanz solide Altbauschulen renovieren, weil diese häufig billiger zu unterhalten und menschlicher sind als riesige Betonklötze.

Wir wollen die Eigenständigkeit und die inhaltliche Stärkung von Hauptschule, Realschule, Gymnasium und beruflichen Schulen anstreben. Jede einzelne Schulart ist daher als pädagogische Einheit an einem eigenständigen Bildungsauftrag auszurichten: Um dieses zu erreichen, werden wir das Bremische Schulgesetz grundlegend ändern.

Die vorschulische Förderung soll dem Kind helfen, sich in die Lerngemeinschaft einzulernen und gleichzeitig die Möglichkeit eröffnen, im Spiel und im Umgang mit anderen Kindern Fähigkeiten und Fertigkeiten zu entwickeln.

Freie Wahl der Schule

Unterrichtsausfall stoppen!

Grundkenntnisse vermitteln

Geschichtliche Bildung stärken

Für eine wohnortnahe Schule

Wir wollen die wohnortnahe, notfalls einzügige Grundschule erhalten, um den Kindern weite Schulwege zu ersparen. Wir wollen, daß altersgemäß unterrichtet wird. Die Grundfertigkeiten Lesen, Schreiben und Rechnen müssen sicher beherrscht werden.

Die jetzige Orientierungsstufe berücksichtigt nicht die unterschiedlichen Begabungen der Schüler. Sie werden teils über-, teils unterfordert und dadurch in ihrer Entwicklung nicht ausreichend gefördert.

Die Orientierungsstufe ist in der jetzigen Form eine integrierte Gesamtschulstufe. Um sie zu einer wirklichen Phase der Orientierung zu machen, werden wir starke inhaltliche und organisatorische Veränderungen vornehmen. Wir werden die Orientierungsstufe so gestalten, daß die Schülerinnen und Schüler entsprechend ihren Begabungen und ihrem Leistungsvermögen auf den späteren Übergang in Hauptschule, Realschule oder Gymnasium vorbereitet werden. Wir wollen schwächere Schüler zusätzlich fördern und begabten Schülern weitergehende Angebote machen.

Französisch und Latein müssen von der 5. Klasse an alternativ zu Englisch als erste Fremdsprache angeboten werden. Dies ist auch im Hinblick auf mögliche Schulwechsel innerhalb der Bundesrepublik Deutschland unverzichtbar.

Die Hauptschule muß als eigenständige Schulart wegen ihres besonderen Bildungsauftrages gestärkt werden. Sie soll pädago-

Die Hauptschule muß aufgewertet werden.

gisch besonders auf den Bereich der praktischen Berufe ausgerichtet sein. Betriebspraktika und Betriebserkundungen, welche die Berufsfindung erleichtern, und ein in Verbindung mit den Berufsschulen durchgeführter praktischer Unterrichtsanteil müssen zu festen Bestandteilen des Unterrichts in der Hauptschule werden. Sie braucht daher eine eigene Stundentafel.

Wir lehnen die verpflichtende Einführung eines 10. Hauptschuljahres ab, weil damit lediglich die Schulzeit verlängert wird und die Jugendlichen an einer früheren Aufnahme eines Ausbildungsberufes gehindert werden. Zur Berufsvorbereitung und zur Erlangung der Berufsreife wollen wir jedoch freiwillige Angebote unterstützen.

Die Vielseitigkeit des Realschulabsolventen erhalten

Der Realschule fällt aufgrund der Entwicklung in der immer differenzierter werdenden Arbeitswelt ein besonderer Bildungsauftrag zu. Sie erweitert schwerpunktmäßig das Hauptschulangebot und eröffnet bei entsprechender Qualifikation den Zugang zu einer Vielfalt von weiteren Bildungsgängen.

Keine Zerstückelung des gymnasialen Bildungsgangs

Wir wollen das durchgängige Gymnasium. Der besondere Bildungsauftrag für das Gymnasium läßt sich nur durch einen curricular, personell und organisatorisch durchgehenden Bildungsgang erfüllen. Deshalb wollen wir wieder mehr durchgängige Gymnasien einrichten. Das muß schrittweise dadurch erreicht werden, daß die gymnasialen Mittelstufen den gymnasialen Oberstufen oder umgekehrt - je nach Standortgegebenheiten - angegliedert werden.

Die Studierfähigkeit verbessern

Wir wollen die allgemeine Hochschulreife gewährleisten: Eine durchgehende Belegungspflicht von Deutsch, Mathematik, einer Fremdsprache, einem naturwissenschaftlichen Fach und Geschichte bis zum Abitur und die individuelle Schwerpunktbildung kennzeichnen das Leistungsprofil der gymnasialen Oberstufe.

Wir wollen die Sonderschulen personell und sachlich so ausstatten, daß jeder Schüler im Rahmen seiner Möglichkeiten optimal gefördert werden kann. In jeder Altersstufe muß der Übergang auf die Grund- und Hauptschule möglich sein. Sonderschulen sollen die Klassenverbände 1-9 (10) umfassen und an einem Schulstandort verbleiben, anstatt im Sinne der Stufenschule räumlich getrennt zu werden.

Die Zusammenarbeit der Sonderschule mit Grund- und Hauptschule ist so zu fördern, daß möglichst viele Sonderschüler in die Regelschule zurückgeführt werden können beziehungsweise ein Wechsel in die Sonderschule vermieden werden kann.

Behindertengerecht integrieren

Wir werden behinderte Schüler in den normalen Unterricht integrieren, wo immer das möglich ist und dies ihren speziellen Bedürfnissen nicht widerspricht.

Die Aufwendungen pro Schüler unterscheiden sich gravierend. Ein Schüler der Gesamtschule kostet ca. 8.000 Mark im Jahr und damit erheblich mehr als ein Schüler der regulären Schulen mit 5.300 Mark.

Wir lehnen die Gesamtschulen als Regelschule ab. Sie konnten bisher nicht als eine bessere Alternative zum bestehenden gegliederten Schulsystem überzeugen. Deshalb wollen wir keine weiteren Gesamtschulen. Die vorhandenen Gesamtschulen sollen nur bei

entsprechender Nachfrage erhalten bleiben. Starke inhaltliche Veränderungen sind jedoch unverzichtbar, um die Vergleichbarkeit und Gleichwertigkeit mit dem gegliederten Schulsystem sicherzustellen.

Mehr Chancen für ausländische Schüler

Zur Förderung der Kinder ausländischer Familien müssen den Schulen ausreichend Lehrer zur Durchführung von Stütz- und Förderkursen zur Verfügung stehen. Diesen Kindern wollen wir die Chance einräumen, in der Schule ihre Muttersprache zu erlernen. Geschichte und Kultur der Herkunftsländer der hier stark vertretenen Ausländergruppen sollen im Unterricht behandelt werden, um mehr Verständnis füreinander zu entwickeln.

Bessere berufliche Bildung

Bei den wachsenden Anforderungen der modernen Arbeitswelt hat der junge Mensch Anspruch auf qualitativ hochwertige und umfassende Ausbildung.

Nicht nur die Wirtschaft, sondern auch der Staat hat eine Ausbildungsverpflichtung. Aber der SPD-Senat hat die Ausbildungsstellen im öffentlichen Dienst in den letzten Jahren trotz allgemeiner Ausbildungsnot drastisch verringert.

Wir wollen die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe stärken, damit alle ausbildungswilligen Jugendlichen einen Ausbildungsplatz erhalten. Durch eine verstärkte Kooperation von Betrieben, die allein nicht in der Lage sind auszubilden, sollen Voraussetzungen dafür geschaffen werden, daß auch diese Unternehmen Ausbildungsplätze anbieten können.

Dabei wollen wir durch Ausbildungshilfen erreichen, daß besonders Mädchen bessere Ausbildungschancen erhalten. Wir werden bereits in der allgemeinbildenden Schule darauf hinwirken, daß sich mehr Mädchen als

bisher für naturwissenschaftlich-technische Fächer interessieren und an entsprechende Ausbildungsgänge herangeführt werden.

Neben einem ausreichenden Angebot an Plätzen muß aber auch die Qualität der Berufsausbildung den Anforderungen der modernen Arbeitswelt angepaßt werden. Die bewährte Zusammenarbeit von Betrieb und Berufsschule als duales System bleibt auch für die Zukunft unverzichtbar.

Hierzu gehört vorrangig die umgehende schulische Umsetzung der Neuordnung der Metall-, Elektro-, Chemie- und Einzelhandelsberufe. Wir werden dafür Sorge tragen, daß die betroffenen Berufsschulen mit den notwendigen Geräten und Einrichtungen ausgestattet werden und daß die erforderliche Fortbildung der Berufsschullehrer und Lehrmeister zügig und ohne Beeinträchtigung der Unterrichtsversorgung erfolgt.

Wir müssen den drohenden Qualitätsverlust des bremischen Berufsschulsystems stoppen und deshalb Maßnahmen einleiten, die die Berufsschule zu einem qualitativ angemessenen Partner der betrieblichen Ausbildung machen.

Wir wollen wieder das System eigenständiger Berufsschulen in Bremen einführen, die möglichst zentral erreichbar sein sollen. Eine Zusammenarbeit zwischen Gymnasien und Berufsschulen ist dort denkbar, wo Berufsschulen Leistungsfächer für die gymnasiale Oberstufe anbieten (z.B. Maschinenbau, Elektrotechnik). Eine Integration von be-

Die Berufsschule als wesentlicher Partner für die Berufsausbildung unterliegt der Verantwortung des Staates. Dieser Verantwortung werden Senat und SPD in Bremen immer weniger gerecht.

Die SPD hat mit ihrem Standortkonzept in Bremen die Berufsschulen aus der Innenstadt vertrieben und sie in Schulzentren eingegliedert, in denen sie beim Verlust ihrer Eigenständigkeit zu Integrationsformen gezwungen werden.

Der Unterrichtsausfall an bremischen Berufsschulen ist dramatisch angestiegen. Dies beeinträchtigt die Qualität der Berufsausbildung und mindert damit die Zukunftschancen junger Menschen.

ruflicher und gymnasialer Bildung lehnen wir ab.

Wir wollen den Einstellungsstopp für Berufsschullehrer aufheben, qualifizierte Lehrkräfte einstellen und für ihre fachliche Weiterbildung sorgen.

Nach Rückgang der Nachfrage nach qualifizierten Ausbildungsplätzen werden wir das Angebot schulischer Vollzeitmaßnahmen dem Bedarf anpassen und die Förderung außerbetrieblicher Ausbildungsgänge einstellen. Wir werden alle Maßnahmen im Rahmen des Benachteiligtenprogramms des Bundes unterstützen und ergänzen sowie schulische Qualifizierungsformen für behinderte und lernbeeinträchtigte Jugendliche weiterentwickeln.

Die Förderung und Qualifizierung von Jugendlichen, die aus Gründen ihrer individuellen Behinderung bisher nicht in einem regulären Ausbildungsberuf ausgebildet werden konnten, ist für uns ein vorrangiges Ziel. Solche Ausbildungsgänge sollen sich an Inhalt und Aufbau anerkannter Ausbildungsordnungen orientieren.

Wir werden auch für diejenigen Jugendlichen neue Ausbildungswege entwickeln und ermöglichen, die aufgrund ihrer besonderen Leistungsfähigkeit zusätzliche Qualifikationen erwerben wollen. Im Zusammenwirken mit der bremischen Wirtschaft wollen wir die Gründung einer Berufsakademie für den Unterwerraum ermöglichen, bei der neben einem regulären Ausbildungsabschluß zugleich auch

Der Einstellungsstopp führt zu einem fachlich nicht vertretbaren Einsatz von Lehrern aus dem allgemeinbildenden Bereich in den Berufsschulen. Dringend benötigte Berufsschullehrer aber bewerben sich woandershin und verlassen Bremen. Damit sinkt das Niveau der Berufsschulen weiter.

Das Benachteiligtenprogramm der CDU-geführten Bundesregierung wurde von 67 Mio. DM in 1982 auf 407 Mio. DM in 1987 angehoben.

ein dem Fachhochschulabschluß gleichgestelltes Diplom erworben werden kann.

Die wissenschaftliche Infrastruktur Bremens ist nach wie vor mangelhaft. Jahrzehntelange Versäumnisse in der Forschungspolitik und der Wissenschaftsförderung können angesichts der heutigen Finanzlage Bremens nur dadurch überwunden werden, daß ihnen eine hohe politische Priorität zugewiesen wird.

Der Forschungsstandort Bremen ist auf eine universitäre und außeruniversitäre Forschung gleichermaßen angewiesen. Wir wollen durch gezielte Investitionen dazu beitragen, daß beide Bereiche gestärkt werden, so daß Bremen nicht länger Schlußlicht in der Forschung bleibt.

Wir haben stets auf den kausalen Zusammenhang zwischen Forschung und Lehre und wissenschaftlicher Innovation, und damit auch auf den Nutzen für die Wirtschaftskraft Bremens, hingewiesen und deshalb immer wieder Strukturverbesserungen für die Universität vorgeschlagen. Einige wesentliche Bestimmungen sind von der Bundesregierung durch das novellierte Hochschulrahmengesetz verbindlich vorgegeben worden, die wir für die Bremer Hochschulen umsetzen werden, so daß deren wissenschaftliche Leistungsfähigkeit verstärkt werden kann. Wir wollen mehr wissenschaftliche Spitzenleistungen in der Forschung fördern und ihnen einen unbürokratischen Zugang zur Drittmittelfinanzierung erleichtern.

Für leistungsfähige Hochschulen in Bremen

Der Ausbau des bremischen Hochschulsystems hat dem Steuerzahler große Opfer abverlangt. Die Leistungsfähigkeit der Bremer Universität bleibt angesichts der bisherigen Investitionskosten von über einer halben Mrd. DM und jährlicher konsumtiver Kosten von 120 Mio. DM weiterhin umstritten. Von einer positiven Rückwirkung der Forschungsergebnisse auf die Region Bremen kann nur in Ansätzen die Rede sein.

Wir werden die Behinderung der Auftragsforschung an der Universität beenden. Auf diese Weise werden die erforderlichen wissenschaftlichen Kontakte mit außeruniversitären Stellen verstärkt und die Finanzlage der Hochschulen verbessert. Durch eine bessere Graduiertenförderung müssen wissenschaftliche Nachwuchskräfte angeworben beziehungsweise in Bremen gehalten werden.

Durch Straffung der Entscheidungsstrukturen soll bei angemessener Mitwirkung aller Statusgruppen mehr produktive Zeit für Aufgaben in Forschung und Lehre gewonnen werden.

Wir haben als erste Fraktion in der Bremischen Bürgerschaft einen detaillierten Gesetzesantrag zur Änderung des Bremischen Hochschulgesetzes vorgelegt.

Unsere Wissenschaftspolitik wird dem Umstand Rechnung tragen, daß ein Studium mehr ist als Berufsausbildung oder Gebrauchswissenserwerb. Wir sehen Hochschulausbildung auch unter dem Aspekt der Entfaltung individueller Fähigkeiten und Freiheiten. Eingriffe, die den Zugang zu Bildungseinrichtungen ausschließlich an dem Bedarf des Arbeitsmarktes orientieren, verbieten sich für uns. Andererseits gehört es zur Verantwortung des Staates, bei seinem Angebot an wissenschaftlichen Ausbildungsplätzen die späteren Berufsperspektiven der Hochschulabsolventen zu berücksichtigen.

Unter diesen Prämissen werden wir den Hochschulgesamtplan mit dem Ziel fortschreiben, besonderes Gewicht auf Studiengänge zu legen, an denen Bedarf besteht und deren wissenschaftlicher Standard gewährleistet ist. Nur überregional anerkannte Leistungen können Bremer Hochschulabsolventen Perspektiven für eine spätere Beschäftigung bieten.

Die "Lehreruniversität" muß zu einer forschungsintensiven Universität umgewandelt werden.

Wir wollen alle Studiengänge daraufhin überprüfen, inwieweit sie heute noch bedarfsgerecht sind. Zukunftsorientierte Studiengänge, insbesondere im naturwissenschaftlich-technischen Bereich müssen gezielt gefördert, überflüssige Kapazitäten abgebaut werden. Freiwerdende Mittel sind zugunsten eines erweiterten und leistungsfähigen akademischen Mittelbaus, der Graduiertenförderung und des Ausbaus zukunfts-trächtiger Forschungszentren in enger Verzahnung mit der bremischen Wirtschaft zu verwenden. Der enge Zusammenhang zwischen Bildungs- und Beschäftigungssystem macht es erforderlich, daß sich zwischen Wissenschaft und Wirtschaft in Bremen auch im universitären Bereich eine bessere Zusammenarbeit entwickelt.

Wir wollen an der Universität das System der Wissenschaftsvielfalt sicherstellen und deshalb auf geisteswissenschaftliche Angebote nicht verzichten. Aber das Übergewicht der Geisteswissenschaften werden wir durch das Abschmelzen von Kapazitäten beenden. So werden wir den perspektivlosen Studiengang Diplom-Pädagogik schließen und die Juristenausbildung deutlich reduzieren.

Die an der Universität organisierte Lehrerausbildung orientiert sich an der Struktur der Stufenschule. Wir lehnen die Stufenlehrerausbildung ab und können auch den Bedarf für eine ausschließlich auf Bremen bezogene Ausbildung nicht erkennen. Deshalb streben wir die völlige Aufgabe der Lehrerausbildung an. Die entsprechend entpflich-

In Bremen beenden immer noch 300 Stufen-Lehrer jährlich ihr Studium, obwohl sie keinen Arbeitsplatz finden können.

teten Hochschullehrer sind dafür in graduierten und spezialisierten Aufbaustudiengängen einzusetzen. Das System der fachbezogenen wissenschaftlichen Weiterbildung wollen wir erweitern.

Auch in der Hochschule Bremen ist eine weitere Förderung von zukunftsorientierten Studiengängen anzustreben. Aber Studiengänge und Fachbereiche sollen sich nicht gegenseitig behindern, sondern inhaltlich befruchten. Die Struktur der Hochschule hat das zu berücksichtigen.

Die vom Bremer Senat bisher vernachlässigte Beratungskompetenz des Hochschulbeirates muß besser genutzt werden.

Für eine bessere Kunst- und Kulturpolitik

Bremen und Bremerhaven müssen für ihre Bürgerinnen und Bürger ein umfassendes Kulturangebot sicherstellen.

Die Begegnung mit der Kunst, mit Musik und Literatur soll für den jungen Menschen bereits in der Schule stattfinden; wir wollen deshalb das Gewicht der musischen Fächer stärken.

Aber auch außerhalb der Schule sollen schöpferische Begabungen, Fähigkeiten und Neigungen der Menschen dadurch erschlossen werden, daß sie Kultur in vielfältiger Form erleben können.

Das Engagement des einzelnen Bürgers, pri-

vater Initiativen und Träger soll durch staatliche Kulturförderung gestärkt werden. Nur so kann sich eine künstlerische und kulturelle Vielfalt entwickeln. Staatliche Bevormundung und Kontrolle lehnen wir ab.

Darüber hinaus wollen wir die überregionale Bedeutung der kulturellen Zentren Bremen und Bremerhaven stärken, weil wir in der Kulturförderung auch eine Möglichkeit zur attraktiven Ausgestaltung des Wohn- und Wirtschaftsstandortes Bremen sehen.

Wir werden deshalb den Fortbestand der Dreispartentheater in Bremen und in Bremerhaven sichern und die Vielfalt der freien Theatergruppen erhalten und stärken. Überregional beachtete Einrichtungen wie die Kunsthalle sind in ihrer Existenz zu sichern. Wir wollen den Abbau von Stadtteilbibliotheken stoppen und wieder ein leistungsfähiges Bibliothekensystem ermöglichen.

Die dramatischen Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen der Jugend- und Volksmusikschule werden wir beenden und ihre Standortbedingungen verbessern.

Das Überseemuseum muß durch eine verbesserte Ausstellungskonzeption und durch eine Erhöhung der Attraktivität wieder mehr Besucher anziehen. Wir wollen dabei die Bedeutung der Handelskunde als einen Schwerpunkt des Museums betonen und seinen alten guten Ruf wiederherstellen.

Den Abbau der Stadtteilbibliotheken beenden

Das Überseemuseum hat nach seinem kostspieligen Umbau Besucherrückgang zu verzeichnen, weil sein Ruf durch politisierte Ausstellungen gelitten hat.

In fast allen deutschen Großstädten versucht man, die Innenstädte durch kulturelle Infrastrukturmaßnahmen attraktiver zu machen. In Bremen dagegen vernichtet der SPD-Senat zentrale Einrichtungen und zeigt keine kulturpolitischen Perspektiven auf.

Senat und SPD haben die Leistungen des Staates für kulturelle Aufgaben drastisch gesenkt. Für den Kulturbereich vorgesehene Haushaltsmittel sind inzwischen verstärkt abgezogen und nur notdürftig durch Toto- und Lottomittel ersetzt worden.

Die Bremer Innenstadt muß mit neuen kulturellen Impulsen belebt werden, wobei die Anstedlung neuer und überregional beachteter Einrichtungen anzustreben ist. Der Teerhof ist dabei der ideale Standort zur Schaffung eines Kultur- und Kommunikationszentrums. Wir werden durch eine Änderung des Bebauungsplanes dafür sorgen, daß eine Option auf weitere attraktive Ansiedlungen erhalten bleibt.

Wir wollen die in Bremen gewachsene Kulturtradition bewahren und zugleich auch die kulturelle Vielfalt in den Stadtteilen stärken. Dabei wollen wir auch die kulturellen Begegnungsstätten erhalten und schützen, wo vor allem auch junge Menschen mit Kulturangeboten konfrontiert und zur Mitbeteiligung aufgefordert werden.

Wir wollen uns für eine Kulturstiftung in freier Trägerschaft einsetzen, die neben privaten Zuwendungen auch staatliche Förderung erhalten kann. Die Hauptaufgabe dieser Stiftung soll darin bestehen, die Finanzaufwendungen notwendiger kultureller Aktivitäten zu sichern und die Kulturförderung unabhängig von staatlichen Haushaltsnöten zu ermöglichen.

Mehr Sicherheit für unsere Bürger

Rechtsbewußtsein fördern

Recht erschöpft sich nicht nur in Gesetzen und Rechtsprechung. Es setzt Rechtsbewußtsein aller Bürgerinnen und Bürger voraus, also die Bereitschaft, rechtstreu zu handeln. Staat, Polizei und Justiz können Rechtsbewußtsein als unverzichtbare Voraussetzung menschlichen Zusammenlebens nicht erzwingen. Sie können nur die notwendigen Rahmenbedingungen schaffen.

Die Wahrung von Sicherheit und Ordnung ist nicht Selbstzweck, sondern Grundvoraussetzung für die freie Entfaltung des einzelnen und das solidarische Zusammenwirken aller in der Gemeinschaft. Ohne Sicherheit und Ordnung gibt es keinen inneren Frieden und keine soziale Gerechtigkeit, deren Sicherung zu den wichtigsten Aufgaben des Staates gehört. Der Sozialstaat setzt einen funktionierenden Rechtsstaat voraus. Der freiheitliche Staat, der sich nicht gegen seine Feinde verteidigt und Gesetzesbrecher nicht zur Verantwortung zieht, verspielt die Freiheit seiner Bürger.

Was Recht ist, darf nicht selbstherrlich von einzelnen oder Einzelgruppen bestimmt werden. Die Durchsetzung des Rechts ist dem Staat und seinen demokratisch gewählten Organen vorbehalten. Der Staat darf nicht vor kriminellen Gewalttätern zurückweichen, auch wenn diese behaupten, aus politischen Motiven zu handeln.

Der Staat hat das Gewaltmonopol, damit kein Faustrecht herrscht.

Der Staat muß rechtstreu sein.

Gegen die Stimme Bremens im Bundesrat wurde zum Demonstrationsrecht folgendes beschlossen: Strafbar macht sich, wer bei gewalttätigen Demonstrationen seine passive Bewaffnung oder Vermummung trotz Aufforderung nicht ablegt oder sich nicht entfernt.

Die Bürger müssen vor Verbrechen geschützt werden.

Von 1976 bis 1986 stieg die Zahl der Straftaten um rund 50 % auf fast 100.000 pro Jahr. Gleichzeitig sank die Aufklärungsquote besorgniserregend. Nur noch rund ein Drittel aller Straftaten wird aufgeklärt, bei Wohnungseinbrüchen nur noch jeder sechste, bei den weit über 20.000 Diebstählen um das Kraftfahrzeug nur noch jeder zehnte.

1986 wurden über 3.000 Menschen Opfer von Gewaltkriminalität: Die Zahl der Vergewaltigungen und Raubüberfälle hat drastisch zugenommen.

Der Staat muß Recht und Sicherheit aller Bürger schützen und zur wirksamen Bekämpfung der Gewaltkriminalität alle bestehenden Möglichkeiten nutzen. Denn die innere Sicherheit wird durch die erschreckende Zunahme terroristischer Gewaltverbrechen und den Mißbrauch der Demonstrationsfreiheit durch militante Gewalttäter erheblich gefährdet. Wir unterstützen daher die Bundesregierung in ihrem Bemühen, das im Grundgesetz verankerte Demonstrationsrecht besser gegen Mißbrauch zu schützen. Wir wollen nicht, daß friedliche Demonstrationen durch passive Bewaffnung und Vermummung mißbraucht werden.

Viele, vor allem ältere Bürgerinnen und Bürger, fühlen sich in ihrem Lebensgefühl beeinträchtigt, weil sie zu Recht Angst vor Verbrechen haben. Ob es sich um einen abendlichen Spaziergang, eine alleingelassene Wohnung oder ein Autoradio handelt - die Unsicherheit der Menschen nimmt zu. Mehr Sicherheit zu fordern ist also kein bloßes Schlagwort, sondern soll mit-helfen, Lebensqualität zu schaffen.

Wir wollen ein klares Bekenntnis der politischen Führung zum Auftrag der Polizei und der anderen Sicherheitsorgane. Wir wollen, daß die polizeiliche Aufklärung und Beratung verbessert und ausgebaut wird. Denn wichtiger als die Verfolgung von Straftaten ist deren Verhütung.

Der Bremer SPD-Senat hat 1986/87 drei Polizeireviere, eine Wasserschutzpolizeistation, das Landeskriminalamt und die Abteilung Verkehrserziehung und Jugendschutz aufgelöst.

Wir wollen die Schutz- und Kriminalpolizei personell verstärken und die Arbeitsbedingungen der Polizisten grundlegend verbessern. Wir wollen die Reviere renovieren und die technische Ausstattung der Polizei modernisieren.

Wir wollen vermehrte Fußstreifen, also den verstärkten Einsatz von Kontaktbereichsbeamten in den Wohngebieten.

Nur durch diese Maßnahmen wird die Polizei in die Lage versetzt, ihren gesetzlichen Auftrag im Sinne des Allgemeinwohls zu erfüllen.

Polizei als Freund und Helfer

Die Polizei ist auf das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger angewiesen. Die Polizeibeamten müssen verstärkt psychologisch geschult werden. Dies gilt vor allem für den Umgang mit Jugendlichen und Heranwachsenden. Uniformierte Polizisten müssen verstärkt in den Verkehrsunterricht einbezogen werden.

Die Konzentration sozialer Problemgruppen in bestimmten Hochhaus-Gebieten hat zu wachsender und für diese Gebiete typischer Kriminalität geführt.

Die Polizei kann nicht allein für eine Verbesserung der Sicherheit und des Sicherheitsgefühls sorgen. Durch verantwortungsvolle Sozial- und Bildungspolitik müssen kriminalitätsfördernde Verhältnisse verhindert, mindestens aber abgebaut werden.

1986 gab es in Bremen 22 Drogentote. Nach wie vor hat der Suchtkranke in Bremen große Probleme, rechtzeitig sinnvolle und für seine Situation angemessene Hilfe zu erlangen.

Es fehlt ein geschlossenes Konzept zur Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität. Die Bemühungen der Polizei und der Sozialbehörden sind nicht koordiniert. Dieser Mißstand ist mitursächlich für die deutliche Zunahme des Drogenkonsums, Rauschgifthandels und

der damit verbundenen Beschaffungskriminalität.

Sicherheitspolitik, Sozialpolitik und Stadtplanung müssen eine Einheit bilden, um Kriminalität wirksam zurückdrängen zu können. Die Bekämpfung der von Heranwachsenden und Jugendlichen begangenen Straftaten, einschließlich des Vandalismus, kann nicht allein von der Polizei geleistet werden, sondern verlangt Maßnahmen aller betroffenen Behörden und Ämter.

1986 mußte die Bremer Straßenbahn AG 506.544 DM zur Reparatur von Sachbeschädigungen ausgeben. Im Bezirk der Oberpostdirektion Bremen wurden 1986 fast 8.000 Münzfernsprecher mutwillig beschädigt - ein Schaden von 921.000 DM.

In der Schule muß zur Achtung vor dem Leben, vor der Gesundheit und dem Eigentum anderer erzogen werden. Wir wollen konsequenter Jugendschutz. Das bedeutet auch, daß der Verleih jugendgefährdender Videokassetten verhindert wird. Spielhallen gehören nicht in Wohngebiete oder neben Schulen oder Jugendfreizeitheime.

Der Bund hat unter anderem 1986 das Zweite Gesetz zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität verabschiedet und 1987 zur Verhinderung unlauterer Wettbewerbspraktiken das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb verschärft.

Wir wollen, daß Umwelt- und Wirtschaftskriminalität mit ihren schwerwiegenden sozialen und gesundheitlichen Folgen energisch bekämpft werden. Dazu müssen Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichte technisch und personell ausreichend ausgestattet werden. Wir wollen außerdem einen zentralen Meldedienst zur Erfassung von Umweltdelikten einrichten.

Um bei Umweltverstößen in Betrieben auch die Verantwortlichen in den Betriebsleitungen und Unternehmensvorständen zur Rechenschaft ziehen zu können, treten wir dafür ein, daß künftig Verletzungen der Aufsichtspflicht in diesem Zusammenhang strafrechtlich verfolgt werden.

Keine zentrale Sammlung sensibler personenbezogener Daten in Kindergärten und Schulen

Wir wollen den Datenschutz in Bremen verbessern. Weder die Wahrung von Sicherheit und Ordnung noch der Datenschutz sind Selbstzweck. Beides dient demselben Ziel: dem Schutz des einzelnen Bürgers und der freien Entfaltung seiner Persönlichkeit. Wir streben Gesetze zum wirksamen Schutz der Bürger, insbesondere der sensiblen persönlichen Daten von Kindergartenkindern, Schülern und Krankenhauspatienten an. In das Bremische Datenschutzgesetz müssen der bisher unzureichende Arbeitnehmerdatenschutz im öffentlichen Dienst, die Stellung des Datenschutzbeauftragten und der verschuldensunabhängige Schadensersatzanspruch aufgenommen werden.

Bürokratisierung abbauen,
Bürgerrechte stärken

Im Bund wurden bisher insgesamt 42 Gesetze und Verordnungen aufgehoben sowie mehr als 350 Einzelvorschriften in 73 weiteren Gesetzen und Verordnungen gestrichen oder vereinfacht; über 150 weitere Vorhaben sind geplant.

Viele Bürgerinnen und Bürger empfinden Unbehagen über die oftmals ausufernde staatliche Bürokratie. Wir wollen daher, daß Gesetze und Verordnungen auf ihre Verständlichkeit und Notwendigkeit hin überprüft werden. Das trägt zu einer besseren Durchsetzbarkeit der Bürgerrechte bei und fördert zugleich die Bürgermitwirkung.

Wir wollen eine leistungsfähige, bürgernahe Rechtsprechung. Dazu bedarf es einer ausreichenden personellen und Sach-Ausstattung der Gerichte, um die Dauer der Verfahren entscheidend zu verkürzen.

Wir wollen entscheidungsbefugte Widerspruchsausschüsse einrichten, vor denen die Betroffenen ihre Anliegen persönlich erörtern können. Dadurch können Verwaltungsgerichtsverfahren vermieden werden.

Einzelthemen

AIDS

Die von der Immunschwächekrankheit AIDS ausgehende Bedrohung der Menschheit erfordert den konzentrierten Einsatz und die Zusammenarbeit aller Kräfte auf nationaler und internationaler Ebene. Bei der Bekämpfung der Krankheit AIDS handelt es sich um ein komplexes Problem mit weitreichenden gesundheitlichen, sozialen und gesellschaftlichen Auswirkungen. Ein entsprechend umfassendes Maßnahmenbündel zum Schutz der Gesunden vor einer Ansteckung und zur Hilfe für Erkrankte und Infizierte ist erforderlich.

Solange es weder einen Impfstoff noch ein Heilmittel gibt, lehnen wir eine namentliche Meldepflicht AIDS-Kranker und -Infizierter ab.

Durch eine namentliche Meldepflicht würden weder die Infektions- und Krankheitswege besser erfaßt noch würde die Krankheit bekämpft und eingedämmt werden können. Vielmehr würde ein vermeintliches Sicherheitsgefühl erzeugt, das eine umfassende Aufklärung der Bevölkerung über Vorsorgemaßnahmen behindern würde. Auch würde eine namentliche Meldepflicht dazu führen, daß Erkrankte aus Angst vor Diskriminierung untertauchen.

Wir unterstützen daher das von der Bundesregierung verfolgte Konzept zur Bekämpfung der Immunschwäche AIDS, das Aufklärung, Beratung und Hilfe vor seuchenrechtliche Eingriffsmaßnahmen setzt. Seuchenrechtliche Eingriffsmaßnahmen können und sollen getroffen werden, wenn sich einzelne unbelehrbar und

rücksichtslos über die Gesundheitsinteressen anderer hinwegsetzen. AIDS darf nicht uns - wir müssen AIDS besiegen.

Zur Eindämmung der AIDS-Erkrankung sowie zur medizinischen und psycho-sozialen Betreuung AIDS-Kranker und HIV-Infizierter wollen wir folgende Maßnahmen im Lande Bremen ergreifen:

Wir wollen eine gezielte Fortbildung der Lehrerinnen und Lehrer an den Schulen des Landes Bremen.

Wir wollen eine kontinuierliche und altersgemäße Aufklärung der Schülerinnen und Schüler an den Schulen des Landes Bremen über die AIDS-Erkrankung sowohl in naturwissenschaftlich-medizinischer als auch in sozial-ethischer Hinsicht.

Wir wollen finanzielle und organisatorische Möglichkeiten für eine vermehrte Aufklärungsarbeit der entsprechenden Beratungsstellen, insbesondere für entsprechende Informationsmittel in Bordellen, bordell-ähnlichen Betrieben und einschlägigen Einrichtungen, bereitstellen.

Wir wollen die Hauspflegeorganisationen finanziell und fachlich unterstützen, damit eine ambulante Versorgung AIDS-Kranker sichergestellt wird.

Wir wollen in Zusammenarbeit mit den Krankenkassen eine klare Kostenregelung zugunsten des ambulanten Bereichs für die Pflege von AIDS-Kranken schaffen.

Wir wollen, daß auch AIDS-kranke Sozialhilfeempfänger einen krankheitsbedingten Mehrbedarf anerkannt bekommen.

Ausländerpolitik

Wir wollen ein spannungsfreies und friedliches Zusammenleben von Deutschen und Ausländern. Dieses Zusammenleben muß sich am Gemeinwohl aller Bürger ausrichten und soll von der Partnerschaft mit den ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern getragen sein. Daher sind diese den Deutschen sozialpolitisch gleichgestellt.

Ein besonderer Schwerpunkt der Ausländerpolitik ist für uns die Verbesserung der Zukunftschancen der Kinder. Diese dürfen nicht in gesellschaftlicher Isolation aufwachsen. Ihnen soll vielmehr die gleichberechtigte Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ermöglicht werden, ohne ihre nationale und kulturelle Identität mit dem Heimatland der Eltern zu zerstören. Daher kommt eine Politik der Eindeutschung ebenso wenig in Betracht wie die Entfremdung von der Familie.

Wir lehnen das Wahlrecht für Ausländer ab. Das Wahlrecht für den Deutschen Bundestag, die Länderparlamente und Gemeindevertretungen ist an die deutsche Staatsangehörigkeit gebunden. Den ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern muß es jedoch erleichtert werden, sich einbürgern zu lassen.

Die Position der ausländischen Mitbürger wird durch den häufigen Mißbrauch des Asylrechts stark erschwert. Das im Grundgesetz garantierte Recht auf Asyl für politisch, rassisch und religiös Verfolgte ist unantastbar. Wir wollen mit geeigneten Maßnahmen den Zustrom von Asylbewerbern, die nicht politisch, religiös oder rassisch verfolgt sind, einschränken. Denn die Bundesrepublik Deutschland hat weder die Kraft noch die Möglichkeit, sich allen notleidenden

Menschen dieser Erde schrankenlos zu öffnen; wir sind kein Einwanderungsland. Um das Recht auf Asyl auch für die Zukunft zu sichern, muß sein Mißbrauch verhindert werden.

Die Anerkennungsverfahren sind so zu gestalten, daß auch bei Einsprüchen eine rechtskräftige Entscheidung innerhalb eines Jahres vorliegt.

Wir setzen uns dafür ein, daß rechtskräftig abgelehnte Asylbewerber unverzüglich in ihr Heimatland zurückzuführen sind, sofern dies entsprechend der höchstrichterlichen Rechtsprechung bei Beachtung des Grundsatzes der Menschenwürde zulässig ist.

Die illegale Einwanderung mit Hilfe von deutschen und ausländischen "Schlepperorganisationen", Geschäftemachern und deren Helfern muß durch entsprechende Straftatbestände sowie nationale und internationale Vereinbarungen wirksam bekämpft werden.

Asylbewerber sollen während ihres Asylverfahrens zu gemeinnützigen Arbeiten herangezogen werden, unter anderem, um illegale Erwerbstätigkeit möglichst auszuschließen.

Beiräte

Die Beiräte und Ortsämter entstanden nach dem Zweiten Weltkrieg zunächst in den 1939 in die Stadt Bremen eingemeindeten preußischen Städten und Gemeinden sowie den Dörfern des früheren bremischen Landgebiets. Sie konnten die bisherigen Kommunalparlamente und -verwaltungen zwar nicht ersetzen; die Bürgerinnen und Bürger sollten aber die Möglichkeit haben, ihre Probleme unmittelbar einer örtlichen Kommunalvertretung und Verwaltung vorzutragen. Trotz jahrzehntelangen Drängens der CDU wurden die Beiräte nie örtlich direkt gewählt, sondern von der Stadtbürgerschaft bestimmt. Die CDU konnte nur durchsetzen, daß 1971 auch im eigentlichen Stadtgebiet Beiräte und Ämter für Beiratsangelegenheiten geschaffen wurden, die 1979 den Status von Ortsämtern erhielten.

Wie in allen anderen deutschen Großstädten werden auch in Bremen die Probleme in den Stadtteilen für die Bevölkerung immer wichtiger. Der Status der bremischen Beiräte muß daher verbessert werden. Dies soll durch die Direktwahl und die Zuordnung örtlicher Kompetenzen geschehen.

Die CDU hat im Dezember 1986 erneut einen Antrag auf Direktwahl der Beiräte gestellt. Zwar ist Bremen als einheitliche Stadtgemeinde zu erhalten; die Beiräte als örtliche Volksvertretungen müssen aber eigene, klar umrissene, örtlich bezogene Kompetenzen erhalten. Dazu gehören unter anderem Beschlußfassung über das örtliche Verkehrsnetz im Rahmen der übergeordneten Festlegungen, die vereinfachte Änderung der Bauungspläne im Rahmen der gesamtstädtischen Aufgaben sowie örtliche Umweltmaßnahmen und -einrichtungen,

einschließlich Begründung. Die Beiräte müssen auch an den Verfahren zur Aufstellung der Bebauungspläne sowie beim Betrieb lokaler Einrichtungen der Sozialen Dienste, der Jugendpflege und der Kindertagesheime stärker beteiligt werden.

Zur Erfüllung der eigenen Aufgaben und Zuständigkeiten der Beiräte müssen diesen haushaltsrechtliche Kompetenzen zugewiesen werden. Schließlich verlangen wir eine stärkere Demokratisierung der Beiräte über die Direktwahl hinaus. So sollen der Ortsamtsleiter durch den Beirat gewählt und die Fachausschußsprecher proportional auf die Beiratsfraktionen verteilt werden.

Beratungsgesetz zu § 218 StGB

Wir möchten durch eine Verbesserung der Beratung im Rahmen der §§ 218 ff StGB erreichen, daß jede Möglichkeit der Hilfe für schwangere Frauen in Not ausgeschöpft wird, bevor es zu einer Entscheidung über einen Abbruch der Schwangerschaft kommt.

Wir erwarten von dem geplanten Beratungsgesetz, daß in allen Beratungsstellen unter dem Gesichtspunkt der Unantastbarkeit der Menschenwürde und des Lebensrechts von Mutter und Kind besprochen wird, wie eine gemeinsame Lebensperspektive von Mutter und Kind entwickelt werden kann.

Die Entscheidung einer Frau in einem Schwangerschaftskonflikt ist eine schwere Entscheidung: Sie muß diese unter ethischen, gesundheitlichen, rechtlichen und sozialen Gesichtspunkten treffen.

In diesem Zusammenhang von einem Selbstbestimmungsrecht der Frauen zu reden, bedeutet in vielen Fällen Isolation und Unbarmherzigkeit gegenüber der schwangeren Frau, in anderen Fällen eine Mißachtung des geltenden Rechts und eine völlige Verkennung der rechtlichen Verpflichtung des Staates: nämlich zum Schutz des ungeborenen Kindes alle ihm möglichen Maßnahmen tatsächlich zu ergreifen.

Es geht nicht darum, für die Frauen Hürden aufzubauen, sondern wirkungsvolle und konkrete Hilfen anzubieten, die sowohl für die Zeit der Schwangerschaft als auch für die Zeit nach der Geburt gelten.

"C" in der CDU

Die Christlich Demokratische Union orientiert ihr Denken und Handeln an den Grundsätzen einer Politik aus christlicher Verantwortung. Aus christlichem Glauben läßt sich jedoch kein bestimmtes politisches Programm ableiten. Aber er gibt uns mit seinem Verständnis vom Menschen eine ethische Grundlage für verantwortliche Politik. Auf dieser Grundlage ist gemeinsames Handeln von Christen und Nichtchristen möglich, insbesondere auch für die Grundwerte der Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit. Dabei ist das christliche Verständnis vom Menschen Grundlage und Maßstab zugleich.

Der Mensch ist zur freien Entfaltung im Zusammenleben mit anderen geschaffen. Seine Freiheit beruht auf einer Wirklichkeit, welche die menschliche Welt überschreitet. Der Mensch verdankt sie weder sich selbst noch der Gesellschaft. Er ist nicht das letzte Maß aller Dinge. Seinem Bedürfnis, sich und der Welt einen Sinn zu geben, kann er aus eigener Kraft nicht gerecht werden. Der Mensch ist zur sittlichen Entscheidung befähigt. Er steht in der Verantwortung vor seinem Gewissen und damit nach christlichem Verständnis vor Gott. In verantworteter Freiheit sein Leben und die Welt zu gestalten, ist Gabe und Aufgabe für den Menschen.

Der Mensch ist auf Zusammenleben mit anderen - vornehmlich in festen sozialen Lebensformen - angelegt. Sein Leben verkümmert, wenn er sich isoliert oder im Kollektiv untergeht. Sein Wesen erfüllt sich in der Zuwendung zum Mitmenschen, wie es dem christlichen Verständnis der Nächstenliebe entspricht.

Unterschiede in Meinungen und Interessen können zu Konflikten führen. Sie sollen offen und in gegenseitiger Achtung ausgetragen und dadurch fruchtbar gemacht werden. Im Streit um den besten Weg muß jeder seinen Standpunkt selbst verantworten. Kein Mensch verfügt über die absolute Wahrheit. Widerstand gilt daher denen, die ihre Überzeugungen anderen aufzwingen wollen.

Jeder Mensch ist Irrtum und Schuld ausgesetzt. Diese Einsicht bewahrt uns vor der Gefahr, Politik zu ideologisieren. Sie läßt uns den Menschen nüchtern sehen und gibt unserer Leidenschaft in der Politik das menschliche Maß.

Energie

Für eine wirtschaftliche und sozial leistungsfähige Industriegesellschaft ist die ausreichende Versorgung mit sicherer, umweltschonender und preiswerter Energie eine Lebensfrage. Nur so können wirtschaftliche Leistungskraft und Arbeitsplätze, soziale Sicherheit und Wohlstand sowie die Gesundheit der Menschen erhalten werden.

Wir sind uns bewußt, daß es keine Technik ohne Risiko gibt und daß Sicherheit ständig neuer Überprüfungen und neuer Anstrengungen bedarf. Eine verantwortliche Auseinandersetzung mit der Kernenergie muß auf die Ängste und Sorgen der Bevölkerung Rücksicht nehmen. Eine sachliche und umfassende Information der Bevölkerung ist für uns selbstverständlich. Mögliche Ängste dürfen aber sachgerechtes und verantwortliches Handeln nicht behindern.

Zur Sicherung der Energieversorgung ist neben der Nutzung von Kohle, Öl und Erdgas sowie dem verstärkten Einsatz regenerativer Energien auch auf absehbare Zeit die Kernenergie eine unverzichtbare Energiequelle. Bei der Nutzung der Kernenergie müssen die Sicherheit und der Gesundheitsschutz der Bevölkerung - wie bisher - Vorrang vor wirtschaftlichen Erwägungen behalten. Ein sofortiger Verzicht auf Kernenergie in der Bundesrepublik Deutschland würde den dann notwendigen verstärkten Einsatz von Kraftwerken, die mit fossilen Brennstoffen betrieben werden, zur Folge haben. Dies würde zu einer stärkeren Belastung von Luft, Wasser und Boden führen, die Energiepreise steigen lassen und die Abhängigkeit vom Erdöl verstärken.

Wir werden uns im Lande Bremen und auf Bundesebene weiterhin dafür einsetzen, daß alle wirtschaftlich und ökologisch sinnvollen Möglichkeiten zur Energie-

einsparung genutzt werden. Auch zukünftig sind zur Förderung energiesparender Technologien Anreize notwendig.

Wir werden für die Städte Bremen und Bremerhaven in Kooperation mit den Energieanbietern regionale Energieversorgungskonzepte erstellen und umsetzen, die eine an die jeweiligen Verhältnisse angepaßte, optimale wirtschaftliche und umweltverträgliche Energieversorgung sichern. Dabei sind der Wettbewerb der Anbieter sowie die freie Wahl zwischen mehreren Versorgungsarten soweit wie möglich zu erhalten. Hierzu gehört auch, daß der Wirkungsgrad der Energieumwandlung weiter verbessert werden muß und zukunftsweisende technische Konzepte, wie zum Beispiel die der Wirbelschichtfeuerung und der Kraftwärmekopplung, dort, wo es volkswirtschaftlich sinnvoll ist, umgesetzt werden.

Wir werden uns dafür einsetzen, daß beim Neubau des Weser-Wehrs in Hemelingen wiederum ein Wasserkraftwerk gebaut wird.

Der durch die SPD in den vergangenen Jahren eingeschlagene Zickzackkurs in der Energiepolitik wird von uns beendet. Wir werden daher für die Energiepolitik des Landes Bremen Entscheidungen treffen, die für die Bürger und ansiedlungswillige Unternehmen eine verläßliche Entscheidungsgrundlage bilden.

Eine umweltschonende und versorgungssichere Energiepolitik ist eine weltweite Herausforderung. Aus unserer christlichen Verantwortung für die Menschen in den unterentwickelten Ländern sind innerhalb der Europäischen Gemeinschaft verstärkte Anstrengungen vonnöten, gerade in den Entwicklungsländern beherrschbare, preiswerte und umweltfreundliche Energieerzeuger einzuführen, die eigenverantwortlich betrieben werden können.

Entwicklungshilfe

Die zunehmende internationale Arbeitsteilung der Volkswirtschaften, die Verschärfung des Nord-Süd-Konflikts und die Bevölkerungsexplosion in der Dritten Welt verlangen, daß auch die Entwicklungshilfepolitik des Landes Bremen fortgesetzt wird. Ihr finanziell begrenzter Beitrag muß in erster Linie dazu dienen, in den ärmsten Ländern der Erde (LLCD-Länder) menschenwürdige Lebensverhältnisse zu schaffen. Pilotprojekte, wie der Einsatz von Bio-Gas-Anlagen in Indien, Mali und Burma und die Slumsanierung in indischen Städten, finden unsere Unterstützung.

Bei der Entwicklungshilfe ist darauf zu achten, daß die Projekte jeweils auf Länder und Regionen zugeschnitten sind. Projekte, die zu tief in die Kultur des betroffenen Landes einschneiden, werden von uns abgelehnt, weil Hilfen dann oft nicht wirksam werden. Wir bevorzugen die Entwicklungshilfestrategie 'learning by doing', wodurch die Bevölkerung in die Lage versetzt wird, sich selbst zu helfen.

Entwicklungshilfe darf jedoch nicht nur von staatlichen Stellen getragen werden. Privates Engagement ist unentbehrlich und wird von uns bejaht.

Deshalb hat die Bremer CDU in einem eigenen Projekt den Ausbau einer Schule für 850 Indianerkinder in Guatemala wesentlich gefördert.

Wir beteiligen uns außerdem an Projekten, die in afghanischen Flüchtlingslagern durchgeführt werden. Über sieben Jahre nach der gewaltsamen Besetzung Afghanistans durch sowjetische Truppen sind Millionen

von Afghanen auf der Flucht und außer Landes. Allein in Pakistan leben 2,7 Millionen Flüchtlinge in Lagern ohne Hoffnung auf eine baldige Rückkehr in ihr Heimatland. Wir wollen helfen, in diesen Lagern die Möglichkeiten einer schulischen und handwerklichen Ausbildung zu verbessern.

Friedenspolitik

Erhaltung und Sicherung des Friedens sind zentrale Aufgaben der deutschen Politik. Dabei ist Frieden für uns mehr als das Schweigen der Waffen. Frieden herrscht nur in einer Gesellschaft, die frei ist von Unterdrückung, Verfolgung und Ungerechtigkeit.

Frieden gibt es für uns nur in Freiheit. Ein Staat, in dem Minderheiten und Andersdenkende Diskriminierungen ausgesetzt sind, ist unfriedlich. Wir meinen immer inneren und äußeren Frieden. Der Wille zum Frieden in Freiheit bleibt die Grundlage unserer Innen-, Außen- und Deutschlandpolitik.

Die von den CDU-geführten Bundesregierungen mitgeschaffenen Voraussetzungen der westlichen Sicherheitspolitik haben geholfen, den Frieden in Westeuropa seit über 40 Jahren zu bewahren. Gleichzeitig haben wir uns jedoch auch zu einseitigen Abrüstungsmaßnahmen bereitgefunden. Seit 1983 wurden, insbesondere auf Drängen der Bundesregierung, 2.400 Atomwaffen einseitig aus Westeuropa beseitigt.

Heute bietet sich nun erstmals die Chance, wirkliche Erfolge auf dem Gebiet beiderseitiger Abrüstung zu erzielen, nachdem die Sowjetunion auf den westlichen Vorschlag einer Reduzierung der atomaren Mittelstreckenraketen größerer Reichweite (1.000 bis 5.500 km) auf Null nach langjährigem Zögern eingegangen ist. Dies ist nicht zuletzt ein Erfolg der Bundesregierung Helmut Kohl, die an beiden Teilen des NATO-Doppelbeschlusses - des Nachrüstungsteils wie der Abrüstungsteile - konsequent festgehalten und damit die neue Abrüstungsrunde erst möglich gemacht hat.

Ausgehend von unserer obersten politischen Leitlinie, einen jeden Krieg in Europa - konventionell wie nuklear - zuverlässig zu verhindern, wollen wir einerseits die Verteidigungs- und Abschreckungsfähigkeit sichern und andererseits auch Rüstungskontrolle und Abrüstung in allen Bereichen mit dem Ziel anstreben, ein stabiles und ausgewogenes Kräfteverhältnis auf möglichst niedrigem Niveau herzustellen.

Bei der Schaffung eines stabilen Kräfteverhältnisses auf niedrigerem Niveau geht es uns vor allen Dingen darum,

- einen stufenweisen Verhandlungsprozeß in Gang zu bringen, der die unverminderte Sicherheit aller Betroffenen in jeder Phase gewährleistet;
- die Fähigkeit zu Überraschungsangriffen zu beseitigen;
- weitere Maßnahmen zur Vertrauensbildung, zur Verbesserung der Offenheit und Berechenbarkeit militärischen Verhaltens festzuschreiben;
- bei europäischer Geltung regionalen Ungleichgewichten Rechnung zu tragen;
- Umgehungen zuverlässig auszuschließen;
- wirksame Überprüfungsregeln zu entwickeln, die einen detaillierten Informationsaustausch und Vor-Ort-Inspektionen einschließen.

Gentechnologie und Reproduktionsbiologie

Die Forschungsentwicklung in der Humangenetik und in der Reproduktionsbiologie (Fortpflanzungsbiologie) hat dazu geführt, daß menschliches Leben von weniger Krankheit begleitet ist und bisher kinderlosen Ehepaaren der Wunsch nach einem eigenen Kind erfüllt werden kann. Diese Entwicklung birgt jedoch auch unabschätzbare Risiken in sich.

Die gentechnische Veränderung des menschlichen Erbgutes im Sinne einer 'Menschenzüchtung' ist ethisch nicht vertretbar und wird von uns abgelehnt. Es darf nicht versucht werden, menschliche Unvollkommenheit durch gezielte Auslese oder Veränderung der genetischen Ausstattung (Erbsubstanz) in vorgestellte Perfektion zu überführen. Gentechnische Eingriffe in somatische Zellen sind nur mit strengster therapeutischer Zielsetzung zulässig. Eingriffe in Keimzellen sind zu verbieten.

Einer wachsenden Anzahl von Ehepaaren kann der Wunsch nach einem eigenen Kind mit den Mitteln der bisherigen Sterilitätsbehandlung nicht erfüllt werden. Bei allen Maßnahmen der künstlichen Befruchtung ist aber nicht nur der - auf anderem Wege nicht erfüllbare - Kinderwunsch des Ehepaares maßgebend, sondern mit zumindest ebenso starker Gewichtung das künftige Wohlergehen des erhofften Kindes.

Um den betroffenen Ehepaaren zu helfen, kann eine künstliche Befruchtung, einschließlich der extrakorporalen (außerhalb des Körpers vorzunehmenden) Befruchtung, durchgeführt werden, wenn die weibliche Eizelle mit dem Samen des Ehemannes (homolog) befruchtet wird.

Wir lehnen die Verwendung von Samen oder Eizellen fremder oder anonymen Spender(innen) bei der künstlichen Befruchtung ab, da bei einer anonymen Ei- oder Samenspende das Recht des Kindes auf Kenntnis seiner genetischen Eltern nicht gegeben ist.

Deshalb halten wir die Angebote von Pro Familia Bremen zur künstlichen Befruchtung mit anonymen Samen für unverantwortlich.

Mutterschaft bedeutet die untrennbare seelisch-biologische Beziehung zum Kind. Eine Aufspaltung in eine genetische Mutterschaft der Eispenderin und in eine 'Leih'-Mutterschaft einer anderen Frau, die das Kind austrägt, verletzt die Würde des Menschen und gefährdet das Wohl des Kindes. Wir lehnen alle Formen der Leih-Mietmutterschaft ab.

Menschliches Leben entsteht mit der Vereinigung von Eizelle und Samenzelle. Es ist von diesem Zeitpunkt an schutzbedürftig. Menschliche Eizellen dürfen nur zu dem Zweck befruchtet werden, um eine auf natürliche Weise nicht erreichbare Schwangerschaft herbeizuführen. Es sollen nicht mehr Eizellen befruchtet werden, als für die individuelle Sterilitätstherapie benötigt werden. Eine extrakorporale Befruchtung zu Forschungszwecken oder eine extrakorporale Embryonalentwicklung sind unzulässig.

Verantwortbare wissenschaftliche Untersuchungen mit diagnostischer oder therapeutischer Zielsetzung an nicht transferierten (eingepflanzten, übertragenen) Embryonen sind nur nach Prüfung durch eine Ethikkommission unter strengen, in gesonderten Richtlinien festzulegenden Voraussetzungen und Bedingungen zuzulassen.

Jugendarbeitslosigkeit

Jugendarbeitslosigkeit ist ein gesamtwirtschaftliches Problem. Für die Zukunft der jungen Generation ist daher die Entwicklung der wirtschaftlichen Lage genauso wichtig wie ein leistungsfähiges Bildungswesen. Ohne Wirtschaftswachstum kann Arbeitslosigkeit nicht abgebaut werden. Es müssen daher zusätzliche zukunftssichere Arbeits- und Ausbildungsplätze geschaffen werden.

Bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit obliegt den Sozialpartnern eine große Verantwortung. Die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe muß gestärkt werden, damit alle ausbildungswilligen Jugendlichen einen Ausbildungsplatz erhalten. Durch eine verstärkte Kooperation von Betrieben, die allein nicht in der Lage sind auszubilden, sollen Voraussetzungen dafür geschaffen werden, daß auch diese Unternehmen Ausbildungsplätze anbieten können.

Darüber hinaus sind Maßnahmen im Rahmen des Benachteiligtenprogramms des Bundes verstärkt zu unterstützen und zu ergänzen sowie schulische Qualifizierungsformen für behinderte und lernbeeinträchtigte Jugendliche weiterzuentwickeln.

Eine wichtige Voraussetzung für die Überwindung der Jugendarbeitslosigkeit ist die Verbesserung der Berufsberatung und der Informationen über den Arbeitsmarkt. Dafür müssen vor allem in Zusammenarbeit mit den Kammern und den Arbeitsämtern Berufsinformationstage für Eltern und Schüler an den Schulen durchge-

führt werden. In den Klassen 8 - 10 sollen verstärkte Arbeitsblöcke "Bewerbungsschreiben" durchgenommen werden. Und schließlich sollten Wirtschaft und Arbeitsämter gemeinsame Berufsinformationsbörsen veranstalten, um möglichst viele Jugendliche mit Hinweisen über die Arbeitswelt ansprechen zu können.

Kindergärten

Falsche Sparmaßnahmen des SPD-Senats haben dazu geführt, daß jedes Jahr viele Kinder keinen Kindergartenplatz erhalten. Etwa 2.000 Kinder mußten 1987 abgewiesen werden. Dies ist gegenüber den betroffenen Eltern und deren Kindern unverantwortlich.

Kindergärten und andere kind- und familiengerechte Einrichtungen sind notwendig, weil sie die Erziehung in der Familie ergänzen. Kinder aus allen sozialen Schichten und verschiedener Nationalitäten haben hier die Möglichkeit, miteinander zu spielen und zu lernen. Gerade das Miteinander im Kindergarten ist dazu geeignet, Vorurteile erst gar nicht entstehen zu lassen oder bereits bestehende Vorurteile wieder abzubauen. Der Kindergarten bereitet auf das Leben außerhalb der Familie und auf die beginnende Schulzeit vor.

Wir wollen Kindergärten als notwendige familienergänzende Einrichtungen so ausbauen, daß Eltern, die einen Platz für ihr Kind wünschen, diesen auch erhalten, und zwar unabhängig davon, in welchem Stadtteil und in welchen familiären Verhältnissen sie leben.

Die pädagogisch überzeugend und kostengünstig tätigen freien Träger sind bei dem erforderlichen Ausbau besonders zu unterstützen, damit bedarfsgerecht Plätze zur Verfügung gestellt werden können.

Die Arbeit der Eltern-Kind-Gruppen verdient unsere Unterstützung. Diese muß so kontinuierlich erfolgen, daß Eltern mit ihr langfristig rechnen können.

Kirche und Politik

Die Kirchen vertreten und formulieren sittliche und moralische Anforderungen für die Existenz des ganzen Menschen und das gesamte menschliche Verhalten. Die Politik regelt und ordnet auf der jeweiligen Ebene das menschliche Zusammenleben. Es gibt also unvermeidbare Überschneidungen. Sie müssen zu Konflikten führen, wenn ein kirchlicher Amtsträger mit dem moralischen und sittlichen Gewicht der Kirche politische Sachverhalte mit dem Anspruch auf unumstößliche göttliche Wahrheit beurteilt. Er macht damit die Kirche zu einer Partei unter Parteien und zieht sie in den politischen Tageskampf. Sie wird dadurch zum Ärgernis für politisch Andersdenkende.

Die CDU wird wie in der Vergangenheit das Recht der Kirchen und Religionsgemeinschaften, ihre eigenen Angelegenheiten autonom zu ordnen sowie ihre Freiheit, sie in der Gesellschaft zu verwirklichen, unangetastet lassen. Die CDU erkennt die vorbildlichen Leistungen der Kirchen im praktischen Dienst am Nächsten an. Wir wollen, daß die Kirchen auch zukünftig ihre Mitverantwortung für die Gestaltung des Gemeinwohls wahrnehmen können. Wir erwarten aber von den Kirchen und ihren Amtsträgern die sich aus dem religiösen und kirchlichen Auftrag ergebende Zurückhaltung in der Tagespolitik.

Medien

Im freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat müssen die Bürgerinnen und Bürger entscheiden können, was sie an Informationen, Meinungen und Unterhaltung sehen und hören möchten. Die Möglichkeit, Informationen und Meinungen zu verbreiten und zu empfangen, ist deshalb der Kern einer freiheitlichen Kommunikationsverfassung. Daher muß die Versorgung der gesamten Bevölkerung mit vielfältigen Rundfunk- und Fernsehprogrammen gesichert werden. Durch den Medienstaatsvertrag vom 3. April 1987 ist das Nebeneinander öffentlich-rechtlichen und privaten Rundfunks auf Dauer festgeschrieben.

Wir treten für den Erhalt des öffentlich-rechtlichen Rundfunksystems und die in der Verfassung festgelegte Rundfunkhoheit der Länder ein. Nur deren uneingeschränkte Beachtung, Respektierung und Weiterentwicklung sichert die Vielfalt im Medienbereich.

Kabelfernsehprogramme privater Veranstalter können in Bremen erst seit Ende 1986 empfangen werden; bis dahin hatte die SPD diese blockiert. Privater Hörfunk ist von Bremen und Bremerhaven aus immer noch nicht möglich, obwohl auch dem Lande Bremen hierfür nutzbare Wellen zugeteilt wurden. Auch damit koppelt sich Bremen von der Entwicklung im Bundesgebiet ab.

Wir wollen, daß die nächste freie Hörfunkfrequenz privaten Anbietern zugeteilt wird. Wir werden daher Regeln für ein geordnetes Nebeneinander des öffentlich-rechtlichen und privaten Rundfunks in Bremen schaffen.

Ein Doppelmonopol großer bremischer Zeitungsverleger muß ebenso verhindert werden wie der überwiegende Einfluß überregionaler Medienkonzerne. Privater Rundfunk muß auch kleinen Programmanbietern zur Verfügung stehen und sollte sich auf eine breite Organisation von Betrieben im Medienbereich in Bremen und Bremerhaven stützen.

Neue Heimat

Das gemeinnützige Wohnungsbauunternehmen Neue Heimat steht auch in Bremen vor der Pleite. Unseriöse Geschäftspraktiken, eine falsche Einschätzung der Marktlage, die Außerachtlassung primitivster wirtschaftlicher Grundsätze und die fehlende Überwachung der Geschäftsführung haben zum Zusammenbruch geführt. In den Aufsichtsräten des Unternehmens saßen Funktionäre von DGB und SPD. Filz, Unfähigkeit und Kumpagnei führten dazu, daß der Aufsichtsrat tatenlos zusah, wie ein gesundes Unternehmen in den Ruin getrieben wurde.

Der DGB, dem die Neue Heimat gehört, will nun dieses Unternehmen so schnell wie möglich loswerden. Dazu werden in Absprachen mit einigen Landesregierungen sogenannte Regionalisierungskonzepte erstellt, womit eine Verselbständigung von Teilen des Konzerns Neue Heimat - eben in bestimmten Regionen - gemeint ist. Auch in Bremen verhandelt die Neue Heimat darüber mit dem Senat.

Wir halten eine Regionalisierung der Neuen Heimat Bremen im Interesse der Mieter für möglich und unterstützen ein solches Modell unter bestimmten Voraussetzungen:

- Der Anteilseigner DGB muß die Altlasten der Neuen Heimat selbst übernehmen, da er die Misere des Wohnungskonzerns selbst mitverursacht hat und über genügend Kapital verfügt.
- Die über 8.000 Sozialwohnungen der Neuen Heimat, die an die ebenfalls gewerkschaftseigene BG-Immobilien (BGI) verkauft wurden, müssen Teil der neuen Regionalgesellschaft werden. Diese Wohnungen

sind die "Sahnestücke" und bringen Gewinne, andere - nicht an die BGI verkaufte Wohnungen - dagegen Verluste.

- Durch unabhängige Wirtschaftsprüfer muß das Risiko, welches sich als Folge aus dem Verkauf ergibt, offengelegt werden.
- Außerdem muß dem regionalisierten Unternehmen vom alten Anteilseigner genügend Eigenkapital zur Verfügung gestellt werden.
- Der Kaufpreis muß für das Land Bremen angemessen sein und berücksichtigen, daß mit der Wohnungsübernahme erhebliche Lasten für die öffentlichen Haushalte verbunden sind.

In Bremerhaven haben die nicht gemeinnützig organisierten Unternehmen der Neuen Heimat über Jahrzehnte Aufträge von der SPD und dem Magistrat zugeschanzt bekommen - in der Regel gesetzeswidrig ohne Wettbewerb und Ausschreibung. Außerdem wurden Gewährleistungsfristen zugunsten der Neuen Heimat verkürzt und ungewöhnliche Honorare abgerechnet. Den Steuerzahlern sind dadurch unnötige Kosten in Millionenhöhe aufgebürdet worden. Die CDU wird dafür sorgen, daß die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden.

Öffentlicher Dienst

Ein leistungsfähiger öffentlicher Dienst und ein funktionsfähiges Berufsbeamtentum sind für unseren demokratischen und sozialen Rechtsstaat unverzichtbar. Die finanziellen Möglichkeiten Bremens, die wahrzunehmenden Aufgaben und die Zahl der öffentlichen Bediensteten müssen einander allerdings entsprechen. SPD und Senat haben zwischenzeitlich eine nicht finanzierbare Ausweitung des öffentlichen Dienstes betrieben. Die finanziellen Folgen dieser Politik bekommt Bremen jetzt zu spüren.

Durch einen zumindest bis 1995 vorgesehenen Einstellungsstopp und den fast völligen Verzicht auf Beförderungen will der SPD-Senat nunmehr die Zahl der öffentlichen Bediensteten um mehrere tausend verringern, allerdings ohne echte Aufgabenkritik und ohne die öffentlichen Aufgaben entsprechend zu vermindern. Die finanzpolitischen Fehler der vergangenen Jahre sollen nun zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger sowie der öffentlichen Bediensteten bewältigt werden. Im Ergebnis ist damit die ordnungsgemäße Verwaltung dieses Bundeslandes gefährdet.

Ohne eine Verminderung der Personalausgaben ist eine Senkung der bremischen Staatsausgaben nicht erreichbar. Wir werden aber keine planlosen und globalen Einsparungen vornehmen, sondern ein in sich schlüssiges, abgestimmtes Konzept verfolgen:

- Verkleinerung des Senats und Straffung der Zuständigkeiten;

- Durchforstung der öffentlichen Tätigkeit mit dem Ziel, staatliche Tätigkeit abzubauen oder an Private beziehungsweise freie oder gemeinnützige Träger zu übertragen;
- Überprüfung des Personalbestandes nicht nur anhand von Bevölkerungsprognosen, sondern unter Einbeziehung veränderter Aufgabenstellung;
- konsequente Reform der Verwaltung mit dem Ziel des Abbaus von Doppelarbeit zwischen verschiedenen Behörden, Einführung moderner Bürotechnik, Verbesserung der Aus- und Fortbildung für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Verstärkung des betriebswirtschaftlichen Sachverständes in den Behörden;
- Vereinfachung und drastische Reduzierung der Gesetze und Verordnungen;
- Orientierung des öffentlichen Dienstes am Leistungsprinzip durch Verbesserung der Aufstiegschancen und Laufbahnreform; Verbesserung der Qualifikation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch Fortbildungsmaßnahmen, so daß diese vielseitiger einzusetzen sind;
- Aufhebung des totalen Einstellungsstopps zugunsten einer bedarfsgerechten Personalpolitik, die Einstellungen in Teilbereichen zuläßt, wie bei Polizei und Berufsschule sowie Aufhebung des Ausbildungsstopps für Feuerwehr, Justizvollzugsdienst und Polizei.

Die CDU will mit dieser Reform den öffentlichen Dienst auch aus einer polemischen Diskussion herausführen. Die Veränderungen werden deshalb mit Hilfe der Beschäftigten und unter ihrer Beteiligung durchgeführt werden.

Privatschulen

Privatschulen bereichern und ergänzen das Bildungsangebot. Sie erfüllen zusammen mit den staatlichen Schulen den öffentlichen Bildungs- und Erziehungsauftrag als Bestandteil einer freiheitlichen Staats- und Gesellschaftsordnung. Sie ermöglichen Eltern und Schülern die Wahl zwischen Schulen verschiedener Prägung. Es kann aber nicht Aufgabe der Privatschulen sein, die falsche Schulpolitik im Lande Bremen zu korrigieren.

Die Verfassung verpflichtet den Staat, ein leistungsfähiges, den unterschiedlichen Begabungen gerecht werdendes Privatschulsystem zu gewährleisten. Die guten Leistungen der Schulen in freier Trägerschaft zeigen sich im Lande Bremen besonders deutlich. So haben die allgemein zurückgehenden Schülerzahlen sich bisher nicht auf die Anmeldungen zu den Privatschulen ausgewirkt.

Die CDU unterstützt die Privatschulen. Wir werden dafür sorgen, daß sie auch in Bremen gemäß dem Verfassungsauftrag existenzfähig bleiben.

Qualifizierungsoffensive

Die Anstrengungen der privaten Wirtschaft und der Wirtschafts- und Finanzpolitik durch arbeitsplatzschaffende Investitionen zu einem noch stärkeren, kontinuierlichen Anstieg der Beschäftigung beizutragen, müssen durch eine zielgerichtete Arbeitsförderung des Landes, des Bundes, der Bundesanstalt für Arbeit und der EG begleitet werden. Deswegen muß auch die Qualifizierungsoffensive fortgesetzt und verstärkt werden.

Berufliche Qualifizierung soll dazu beitragen, dem einzelnen neue Perspektiven für seinen beruflichen Werdegang zu öffnen und unter Beachtung des Bedarfs der Wirtschaft an qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auch die Arbeitslosigkeit in Bremen und Bremerhaven abzubauen.

Wir werden diejenigen Maßnahmen vorrangig fördern, die als eine Kombination von Arbeit und Lernen unter Zuhilfenahme betrieblicher Praxisplätze organisiert werden. Besonderes Gewicht ist auf die Vermittlung neuer Techniken in allen Anwendungsbereichen der Wirtschaft zu legen.

Wir fordern die Erarbeitung eines Qualifizierungskonzepts unter Beteiligung der anerkannten und sonstigen bewährten Einrichtungen der Weiterbildung im Lande Bremen sowie der beiden Arbeitsämter in Bremen und Bremerhaven.

Außerdem werden wir mehr Landesmittel zur Verfügung stellen, um zusätzliche Mittel des Bundes, der Bundesanstalt für Arbeit und der EG zu erhalten.

Sport

Der Sport ist für die erzieherische, gesundheitliche und soziale Betreuung der Bevölkerung unersetzlich. Zudem erhöht die zunehmende Freizeit das Interesse an sportlicher Betätigung und damit die Anforderungen an die Sportvereine. Die Schaffung ausreichender Möglichkeiten sportlicher Betätigung durch Bau von Sportanlagen und Förderung der Sportvereine ist daher ein Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge und Teil der Gesundheitspolitik. Die CDU fordert eine Verbesserung des Sportstättenangebots entsprechend dem Bedarf in den einzelnen Ortsteilen, damit den Menschen durch eine größere Auswahl von Sportarten eine sinnvolle Freizeitgestaltung ermöglicht wird.

Wir vertrauen auf die Bereitschaft und Fähigkeit der freien Träger des Sports, ihre Aufgaben in eigener Verantwortung und Selbstverwaltung zu leisten. Die Vereine können ohne öffentliche Hilfen aber nicht die gestiegenen gesellschaftspolitischen Anforderungen erfüllen. Deshalb bedarf der Sport der kontinuierlichen und ausreichenden Förderung. Die öffentliche Sportförderung darf die Autonomie der Sportvereine aber nicht einschränken oder mit bürokratischen Auflagen belasten. Die Übungsleiter und Trainer müssen entsprechend ihrer Leistung bezahlt, die Vereine organisatorisch unterstützt werden. Für den Berufssport gelten andere Kriterien.

Wir wollen folgende Ziele in der Sportpolitik verfolgen:

- Einhaltung des von der CDU initiierten Bremischen Sportförderungsgesetzes,
- Förderung des Breiten-, Freizeit- und Leistungssports,

- Anerkennung der ehrenamtlichen Mitarbeit in Sportvereinen und -verbänden,
- Gründung einer Stiftung zur Förderung des Leistungssports,
- Fortführung des Sportstättenbaus unter Berücksichtigung der gewandelten Ansprüche im Freizeitsport,
- Sanierung der Sportstätten, insbesondere der Bezirkssportanlagen,
- umfassende zeitlich abgestufte Sanierung (3-Stufen-Plan) des Weser-Stadions unter Einbeziehung der West- und Ostkurve sowie der Südtribüne,
- Erteilung des in den Lehrplänen ausgewiesenen Sportunterrichts,
- Bereitstellung notwendiger Schulsportanlagen, die auch soweit wie möglich den Sportvereinen zur Benutzung überlassen werden; Erhalt der Schulturnhallen für den Vereinssport,
- Entlastung der Sportvereine im steuerlichen Bereich,
- Ausbau der schulärztlichen und sportmedizinischen Untersuchungen,
- Erhaltung des Sportamts als Anlaufstelle für die Vereine.

Strafvollzug

Im Vollzug der Freiheitsstrafe sollen die Verurteilten fähig werden, künftig in sozialer Verantwortung ein Leben ohne Straftaten zu führen. Der Vollzug der Freiheitsstrafe dient zugleich dem Schutz der Allgemeinheit vor weiteren Straftaten. Bei allen Maßnahmen des Strafvollzugs darf der Sicherheitsanspruch der Bevölkerung nicht vernachlässigt werden. Schließlich muß berücksichtigt werden, daß die Strafe auch Sühne für begangenes Unrecht sein soll.

Für den auf Resozialisierung ausgerichteten Behandlungsvollzug, wie ihn das Strafvollzugsgesetz fordert, sind in Bremen die Voraussetzungen nicht gegeben. Wegen des Wegfalls der sogenannten dritten Schicht gibt es in den Justizvollzugsanstalten überwiegend Verwahrvollzug. Im Vergleich zu den übrigen Bundesländern beschäftigt Bremen die wenigsten Bewährungshelfer. Dadurch erhöht sich die Rückfallgefahr.

Wir wollen die Anleitung zu geregelter und geordneter Arbeit als wichtigste Behandlungsmaßnahme in den Mittelpunkt des Strafvollzugs stellen.

Vollzugslockerungen dürfen nur solchen Strafgefangenen gewährt werden, die ihre Mitwirkungsbereitschaft an den Vollzugszielen gezeigt haben; in Zweifelsfällen muß die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger den Vorrang haben.

Die Gefangenen müssen auf die Situation nach der Haftentlassung vorbereitet, die Entlassenenhilfe muß ausgebaut werden.

Wir wollen, daß auch die Straftaten jugendlicher Täter verfolgt und geahndet werden, damit das Rechtsbewußtsein der Jugendlichen nicht weiter ausgehöhlt wird. Dabei unterstreichen wir, daß Hauptzweck des Jugendstrafvollzugs die Erziehung jugendlicher Täter ist.

Die Arbeitsbedingungen und Ausbildung der Bediensteten im Strafvollzug müssen so beschaffen sein, daß sie die Aufgaben des Behandlungsvollzugs oder zumindest eines behandlungsorientierten Strafvollzugs mit Erfolg wahrnehmen können.

Suchtgefahren

Zur Drogensucht gehören Alkohol-, Rauschmittel- und Medikamentenabhängigkeit. Trotz vielfältiger Abwehrmaßnahmen in den vergangenen Jahren hat der Drogenkonsum ein erschreckendes Ausmaß angenommen. Die Drogenbekämpfung ist schwieriger geworden, da der Drogenkonsum immer unüberschaubarer wird. Neue "Billigprodukte" als Einstiegsdroge überschwemmen den Drogenmarkt und verringern so die finanzielle Einstiegsbarriere. Die "Billig-Drogen" führen genauso in die Abhängigkeit wie die harten Drogen. Die Abhängigkeit bringt für die zumeist jungen Drogenkonsumenten schwere Gefahren für deren Persönlichkeit, Gesundheit und Leistungsfähigkeit mit sich. Die Sucht führt häufig zur Beschaffungskriminalität.

Oft sehen vor allem junge Menschen im Drogenkonsum den einzigen Ausweg aus einer für sie nicht zu bewältigenden Gegenwart. Wir wollen daher das Bewußtsein stärken, daß Probleme nicht durch Drogen gelöst werden können. Psychotherapeutische Maßnahmen zur Stärkung der Persönlichkeit müssen im Mittelpunkt einer erfolgreichen Drogentherapie stehen. Der Betreuung nach der Therapie kommt eine große Bedeutung zu. Vielfach geraten die ehemaligen Abhängigen ansonsten wieder in ihren gewohnten Kreislauf, der häufig in Richtung Drogenkonsum führt. Nach der Therapie benötigen die ehemaligen Süchtigen Hilfestellung bei Wohnungs- und Arbeitsplatzsuche sowie bei seelischen und körperlichen Problemen.

Der Zugang zu Drogen muß erschwert werden. Wir lehnen die Forderung nach Freigabe sogenannter "weicher Drogen" ab.

Häufigste Einstiegsdroge ist der Alkohol. Der Anteil der Alkoholkranken in unserer Gesellschaft steigt. In Gaststätten sollte daher mindestens ein alkoholfreies Getränk angeboten werden, das billiger ist als alkoholische Getränke.

Die Einhaltung der Bestimmungen des Jugendschutzgesetzes, insbesondere bezüglich der Abgabe von Alkohol, ist nachhaltiger zu kontrollieren.

Wir fordern eine verstärkte Aufklärungsarbeit an den Schulen über die Suchtgefahren. Die in der Jugendarbeit Tätigen sollen ständig Informationen über die Auswirkungen der Alkohol-, Rauschmittel- und Medikamentenabhängigkeit erhalten, um über die Gefahren besser aufklären zu können.

Einen Schwerpunkt der Aufklärung sollen die Einstiegs- und Modedrogen bilden.

Wir wollen die Arbeit der Drogenberatungsstellen verbessern und erweitern. Die Drogenberater müssen den Hilfesuchenden mit Rat und Tat bei allen Lebensfragen zur Verfügung stehen. Daher ist eine enge Zusammenarbeit der Drogenberatungsstellen mit anderen sozialen Einrichtungen und Hilfsorganisationen dringend erforderlich.

Da viele Abhängige Schwellenängste haben, die Drogenberatungsstellen aufzusuchen, setzen wir uns für den verstärkten Einsatz der aufsuchenden Sozialarbeit ein.

Neben den Drogenberatungsstellen wollen wir in Bremen und Bremerhaven Drogentelefone einrichten, die von den Hilfesuchenden zu jeder Zeit angerufen werden können.

Eine Vielzahl von Selbsthilfeorganisationen leisten bei der Bekämpfung der Suchtgefahren und der Betreuung von Suchtkranken einen unverzichtbaren Beitrag. Wir werden diese Arbeit weiter unterstützen.

Wir wollen die verstärkte Aus- und Fortbildung von Ärzten, Lehrern, Sozialarbeitern, Krankenkassen- und Krankenhausbediensteten, Polizeibeamten und Justizvollzugsbediensteten für die Suchtbekämpfung sowie ein schlüssiges Konzept für eine wirkungsvolle Zusammenarbeit der Behörden.

Im Rahmen der Drogenbekämpfung ist eine härtere Bestrafung derjenigen notwendig, die als Geschäftemacher Leben und Gesundheit vieler Menschen, insbesondere Jugendlicher, ruinieren. Die Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität kann aber nicht allein von der Polizei geleistet werden, sondern verlangt Maßnahmen aller betroffenen Behörden und Ämter.

Wir wollen eine Intensivierung der mit dem Bund und den anderen Bundesländern abzustimmenden Verfolgung der Rauschgift Händler. Deshalb treten wir für vermehrte Razzien in der Rauschgiftszene und eine Verstärkung der Kontrollen auf dem Flughafen und in den Häfen ein.

Tierschutz

Das Tierschutzgesetz von 1972 ist mit Wirkung vom 1. Januar 1987 novelliert worden. Die jetzt vorgegebenen Möglichkeiten sind voll zu nutzen. Rechtsverordnungen sind zu erlassen, zum Beispiel für den Transport von Tieren in Behältern und über das Verbot des Versandes per Nachnahme. Gesetzliche Vorschriften zur Durchführung von Tierversuchen müssen daraufhin überprüft werden, ob sie nicht durch den Einsatz von Alternativmethoden abgelöst werden können. Die Einrichtung von Datenbanken ist zu beschleunigen, um Doppel- und Mehrfachversuche an verschiedenen Orten zu unterbinden. Ziel aller Überlegungen muß es sein, die immer noch große Zahl von Tierversuchen weiterhin auf ein Mindestmaß zu reduzieren.

Vertriebene, Flüchtlinge, Aussiedler

Die Bundesregierung ist Sachwalter für die Grund- und Menschenrechte aller Deutschen. Die Bremer CDU unterstützt die Bemühungen der Bundesregierung, eine Europäische Friedensordnung zu schaffen, die auf der Grundlage des Rechts und des gegenseitigen Interessenausgleichs ein freundschaftliches Miteinander des deutschen Volkes auch mit seinen östlichen Nachbarvölkern ermöglicht und damit der Idee der Freiheit und der Würde des Menschen dient. Für uns gilt die Präambel des Grundgesetzes unverändert.

Millionen deutsche Vertriebene, Flüchtlinge und Aussiedler aus Mittel- und Ostdeutschland leben in der Bundesrepublik Deutschland. Viele Tausende von ihnen und ihre Nachkommen wohnen in Bremen und Bremerhaven. Wir setzen uns dafür ein, daß das Land Bremen - wie die anderen Bundesländer auch - seiner gesetzlichen Verpflichtung aus § 96 des Bundesvertriebenengesetzes nachkommt, nämlich unter anderem "das Kulturgut der Vertreibungsgebiete in dem Bewußtsein der Vertriebenen und Flüchtlinge, des gesamten deutschen Volkes und des Auslandes zu erhalten und die Weiterentwicklung der Kulturleistungen der Vertriebenen und Flüchtlinge zu fördern."

Dazu gehört unter anderem,

- die kulturelle Arbeit der Vertriebenen finanziell zu unterstützen;
- die Kulturgüter der ostdeutschen Gebiete zu erhalten;

- die Bibliotheken im Lande Bremen in größerem Umfange mit mittel- und ostdeutscher Literatur auszustatten.

Wir treten dafür ein,

- daß der "Bund der Vertriebenen" und die Landsmannschaften nachhaltig unterstützt werden;
- daß Aussiedler gezielt finanzielle Unterstützung und Förderungsmaßnahmen erhalten;
- daß das bisher von fremdem Zwangsregime verweigerte Erlernen der Muttersprache nachhaltig unterstützt wird;
- daß die Patenschaft der Stadt Bremerhaven für Elbing erhalten bleibt und neu belebt wird;
- daß das Besuchsgeld für alle Besucher aus Mittel- und Ostdeutschland - wie in anderen Bundesländern - aus Landesmitteln gewährt wird.

Herausgeber:
CDU-Landesverband Bremen
Am Wall 135
2800 Bremen 1
Telefon: (04 21) 17 02 24
Teletex: 4212187=CDUHB
Druck: Offset Service Bremen